Europäisches Parlament
2024-2029

Haushaltskontrollausschuss

2024/2020(DEC)

5.2.2025

ÄNDERUNGSANTRÄGE 1 - 217

Entwurf eines Berichts
Monika Hohlmeier
(PE764.999v01-00)

Entlastung 2023: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäisches Parlament
(2024/2020(DEC))

Änderungsantrag 1
Monika Hohlmeier

Vorschlag für einen Beschluss1
Ziffer 1

Vorschlag für einen Beschluss	*Geänderter Text*
1. erteilt seiner Präsidentin Entlastung für die Ausführung des Haushaltsplans des Europäischen Parlaments für das Haushaltsjahr 2023 ***/ schiebt seinen Beschluss über die Entlastung seiner Präsidentin für die Ausführung des Haushaltsplans des Europäischen Parlaments für das Haushaltsjahr 2023 auf***;	1. erteilt seiner Präsidentin Entlastung für die Ausführung des Haushaltsplans des Europäischen Parlaments für das Haushaltsjahr 2023;

Or. en

Änderungsantrag 2
Tamás Deutsch

Vorschlag für einen Beschluss1
Ziffer 1

Vorschlag für einen Beschluss	*Geänderter Text*
1. ***erteilt seiner Präsidentin Entlastung für die Ausführung des Haushaltsplans des Europäischen Parlaments für das Haushaltsjahr 2023 /*** schiebt seinen Beschluss über die Entlastung seiner Präsidentin für die Ausführung des Haushaltsplans des Europäischen Parlaments für das Haushaltsjahr 2023 auf;	1. schiebt seinen Beschluss über die Entlastung seiner Präsidentin für die Ausführung des Haushaltsplans des Europäischen Parlaments für das Haushaltsjahr 2023 auf;

Or. en

Änderungsantrag 3
Giuseppe Lupo, Carla Tavares, José Cepeda

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 1 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– gestützt auf Artikel 2 und Artikel 11 des Vertrags über die Europäische Union,

Or. en

Änderungsantrag 4
Giuseppe Lupo, Carla Tavares, José Cepeda

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 1 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juli 2018 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1296/2013, (EU) Nr. 1301/2013, (EU) Nr. 1303/2013, (EU) Nr. 1304/2013, (EU) Nr. 1309/2013, (EU) Nr. 1316/2013, (EU) Nr. 223/2014, (EU) Nr. 283/2014 und des Beschlusses Nr. 541/2014/EU sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012[1a],
	[1a] ABl. L 193 vom 30.7.2018, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2018/1046/oj.

Or. en

Änderungsantrag 5
Julien Sanchez, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Erwägung B

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
B. in der Erwägung, dass der Verwaltung des Parlaments entsprechend	B. in der Erwägung, dass der Verwaltung des Parlaments entsprechend

dem üblichen Verfahren 61 Fragen übersandt wurden, auf die schriftliche Antworten eingingen, die vom Haushaltskontrollausschuss des Parlaments am 4. Dezember 2024 in Anwesenheit des Generalsekretärs, des für den Haushalt zuständigen Vizepräsidenten, des Direktors der Behörde für europäische politische Parteien und europäische politische Stiftungen (im Folgenden „die Behörde“) und des Internen Prüfers in öffentlicher Sitzung erörtert wurden;	dem üblichen Verfahren 61 Fragen übersandt wurden, auf die schriftliche Antworten eingingen, die vom Haushaltskontrollausschuss des Parlaments am 4. Dezember 2024 in Anwesenheit des Generalsekretärs, des für den Haushalt zuständigen Vizepräsidenten, des Direktors der Behörde für europäische politische Parteien und europäische politische Stiftungen (im Folgenden „die Behörde“) und des Internen Prüfers in öffentlicher Sitzung erörtert wurden; ***bedauert, dass nicht alle Themen im Zusammenhang mit der Verwendung von EU-Mitteln aufgenommen wurden und vor der Vorlage an die Verwaltung des Europäischen Parlaments eine Vorauswahl getroffen wurde;***
	Or. fr

Änderungsantrag 6
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Erwägung C

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
C. in der Erwägung, dass die Qualität, Effizienz und Effektivität der Verwaltung der öffentlichen Mittel immer verbessert werden können; ***in der Erwägung, dass Kontrollen notwendig sind, um sicherzustellen, dass die politische Führung und die Parlamentsverwaltung ihrer Verantwortung gegenüber den Unionsbürgern nachkommen;***	C. in der Erwägung, dass die Qualität, Effizienz und Effektivität der Verwaltung der öffentlichen Mittel immer verbessert werden können;
	Or. en

Änderungsantrag 7
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Erwägung C a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ca. in der Erwägung, dass die weitere Stärkung der demokratischen Legitimität der Organe der Union durch die Verbesserung von Transparenz, Rechenschaftspflicht und Integrität von größter Bedeutung ist; in der Erwägung, dass Kontrollen notwendig sind, um sicherzustellen, dass das Europäische Parlament und seine Mitglieder den Unionsbürgerinnen und -bürgern gegenüber zur Rechenschaft gezogen werden;

Or. en

Änderungsantrag 8
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Erwägung C b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Cb. in der Erwägung, dass Demokratie und Pluralismus Grundwerte sind, auf die sich die Europäische Union gründet; in der Erwägung, dass die Organe der Union gemäß Artikel 11 des Vertrags über die Europäische Union „einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit den repräsentativen Verbänden und der Zivilgesellschaft“ pflegen sollen;

Or. en

Änderungsantrag 9
Giuseppe Lupo, Carla Tavares, José Cepeda

Entschließungsantrag
Erwägung C c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

Cc. in der Erwägung, dass in der Haushaltsordnung der EU bereits strenge Transparenzanforderungen für alle Einrichtungen, die EU-Mittel erhalten, festgelegt sind; in der Erwägung, dass es im Unionsrecht keine Begriffsbestimmung für „nichtstaatliche Organisation“ gibt;

Or. en

Änderungsantrag 10
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Erwägung C d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Cd. in der Erwägung, dass das Vertrauen in die Integrität des Parlaments und in die Rechtsstaatlichkeit für das Funktionieren der europäischen Demokratie von allergrößter Bedeutung ist; in der Erwägung, dass die Rechte der Bürgerinnen und Bürger uneingeschränkt geachtet werden sollten;

Or. en

Änderungsantrag 11
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Erwägung D

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
D. in der Erwägung, dass Rechtssicherheit ***das Leitprinzip*** bei der Umsetzung von Verwaltungsbeschlüssen ist und die Verwaltung ***verpflichtet,*** im Umgang mit den Mitgliedern und ihren Büros ***Sicherheit zu bieten***; in der Erwägung, dass eine ***ständig*** wachsende Anzahl ***von*** Vorschriften und	D. in der Erwägung, dass Rechtssicherheit ***eines der Leitprinzipien*** bei der Umsetzung von Verwaltungsbeschlüssen ist und die Verwaltung im Umgang mit den Mitgliedern und ihren Büros ***zu einer klaren, verständlichen und rechtlich fundierten Kommunikation verpflichtet***;

Verpflichtungen Verwirrung und Unklarheit ***für die*** Betroffenen ***zur Folge hat und ein Umfeld herbeiführt, das anfällig für Überregulierung ist***; in der Erwägung, dass ***es unerlässlich ist, dass die Mitglieder und ihre Büros Rechtssicherheit in Anspruch nehmen können, sodass die Verwaltung zu einer klaren, umfassenden und rechtlich fundierten Kommunikation verpflichtet wird***;

in der Erwägung, dass eine wachsende Anzahl ***an*** Vorschriften und Verpflichtungen ***mitunter für*** Verwirrung und Unklarheit ***bei den*** Betroffenen ***sorgt, wohingegen klare, verhältnismäßige, zielgerichtete, standardisierte und vereinfachte Verfahren, sofern dies möglich ist, Einsparungen bei gleichzeitigem Bürokratieabbau bewirken können***; in der Erwägung, dass ***eine übermäßige Vereinfachung sich aber auch nachteilig auswirken kann, wenn es darum geht, die entstandenen Kosten ordnungsgemäß zu bewerten, was in der Folge der Transparenz und Rechenschaftspflicht abträglich ist***;

Or. en

Änderungsantrag 12
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Erwägung E

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
E. in der Erwägung, dass unbedingt hervorzuheben ist, dass die Kernarbeit der Mitglieder in der Teilnahme und Mitwirkung an den Verhandlungen über Gesetzgebungsdossiers ***und*** Haushaltsverfahren ***sowie an den politischen Debatten im Beschlussfassungsprozess der EU*** besteht und dass die Mitglieder ***für die Ausführung ihrer Arbeit finanzielle und logistische Unterstützung erhalten müssen und auf die*** Unterstützung durch die Verwaltung ***angewiesen sind***, damit sie ***ihrem Beruf uneingeschränkt nachgehen*** können; in der Erwägung, dass die Beziehungen zwischen den Mitgliedern, ihren Büros, den Ausschusssekretariaten und der Verwaltung auf gegenseitigem ***Vertrauen*** beruhen***, was an sich als Leitprinzip bei der finanziellen Unterstützung der Mitglieder fungieren***	E. in der Erwägung, dass unbedingt hervorzuheben ist, dass die Kernarbeit der Mitglieder in der Teilnahme und Mitwirkung an den ***Plenartagungen, Ausschusssitzungen,*** Verhandlungen über Gesetzgebungsdossiers***,*** Haushaltsverfahren ***und der parlamentarischen Kontrolle*** besteht und dass die Mitglieder ***von der*** Unterstützung durch die Verwaltung ***Gebrauch machen***, damit sie ***ihren Pflichten als gewählten Vertreter nachkommen*** können; in der Erwägung, dass die Beziehungen zwischen den Mitgliedern, ihren Büros, den Ausschusssekretariaten und der Verwaltung auf gegenseitigem ***Respekt*** beruhen; in der Erwägung, dass ***das Präsidium unlängst Maßnahmen zur Stärkung der Verwaltungsfähigkeiten des Parlaments mit Blick auf Legislativ-, Kontroll- und Haushaltstätigkeiten***

sollte; in der Erwägung, dass ***sich dieser Umstand in dem Umfang der von der Verwaltung durchgeführten Ex-ante- und Ex-post-Kontrollen und -Überprüfungen widerspiegeln sollte; in der Erwägung, dass es offensichtlich ist, dass klare, verhältnismäßige, gezielte, standardisierte und vereinfachte Verfahren der beste und wirksamste Weg zur Durchführung von Überprüfungen und Kontrollen der finanziellen Ansprüche sind und dass solche Maßnahmen zu Einsparungen führen und gleichzeitig den Verwaltungsaufwand verringern, jedoch für ein angemessenes Maß an Transparenz und Rechenschaftspflicht sorgen, damit die Ausgaben gerechtfertigt werden können***;

angenommen hat;

Or. en

Änderungsantrag 13
Jonas Sjöstedt, Younous Omarjee

Entschließungsantrag
Erwägung E

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
E. in der Erwägung, dass unbedingt hervorzuheben ist, dass die Kernarbeit der Mitglieder in der Teilnahme und Mitwirkung an den Verhandlungen über Gesetzgebungsdossiers und Haushaltsverfahren sowie an den politischen Debatten im Beschlussfassungsprozess der EU besteht und dass die Mitglieder für die Ausführung ihrer Arbeit finanzielle und logistische Unterstützung erhalten müssen und auf die Unterstützung durch die Verwaltung angewiesen sind, damit sie ihrem Beruf uneingeschränkt nachgehen können; in der Erwägung, dass die Beziehungen zwischen den Mitgliedern, ihren Büros, den Ausschusssekretariaten und der Verwaltung auf gegenseitigem Vertrauen beruhen, was an sich als Leitprinzip bei der	E. in der Erwägung, dass unbedingt hervorzuheben ist, dass die Kernarbeit der Mitglieder in der Teilnahme und Mitwirkung an den Verhandlungen über Gesetzgebungsdossiers und Haushaltsverfahren sowie an den politischen Debatten im Beschlussfassungsprozess der EU besteht und dass die Mitglieder für die Ausführung ihrer Arbeit finanzielle und logistische Unterstützung erhalten müssen und auf die Unterstützung durch die Verwaltung angewiesen sind, damit sie ihrem Beruf uneingeschränkt nachgehen können; in der Erwägung, dass die Beziehungen zwischen den Mitgliedern, ihren Büros, den Ausschusssekretariaten und der Verwaltung auf gegenseitigem Vertrauen beruhen, was an sich als Leitprinzip bei der

finanziellen Unterstützung der Mitglieder fungieren sollte; in der Erwägung, dass sich dieser Umstand in dem Umfang der von der Verwaltung durchgeführten Ex-ante- und Ex-post-Kontrollen und -Überprüfungen widerspiegeln sollte***; in der Erwägung, dass es offensichtlich ist, dass klare, verhältnismäßige, gezielte, standardisierte und vereinfachte Verfahren der beste und wirksamste Weg zur Durchführung von Überprüfungen und Kontrollen der finanziellen Ansprüche sind und dass solche Maßnahmen zu Einsparungen führen und gleichzeitig den Verwaltungsaufwand verringern, jedoch für ein angemessenes Maß an Transparenz und Rechenschaftspflicht sorgen, damit die Ausgaben gerechtfertigt werden können***;	finanziellen Unterstützung der Mitglieder fungieren sollte; in der Erwägung, dass sich dieser Umstand in dem Umfang der von der Verwaltung durchgeführten Ex-ante- und Ex-post-Kontrollen und -Überprüfungen widerspiegeln sollte***, wobei ein möglichst hohes Maß an Transparenz und Rechenschaftspflicht erreicht werden sollte, um das Vertrauen der Unionsbürgerinnen und -bürger zu stärken***;
	Or. en

Änderungsantrag 14
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Erwägung E a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ea. in der Erwägung, dass die Strategie des Parlaments zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung des Wohlergehens der Mitglieder und Bediensteten spielt;
	Or. en

Änderungsantrag 15
Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 1 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	1a. betont, dass sich gezeigt hat, dass die finanziellen Interessen der Europäischen Union im Europäischen Parlament nur unzureichend geschützt wurden; weist darauf hin, dass dies durch das Strafverfahren und die Ende 2022 aufgenommenen und noch laufenden Ermittlungen zu dem Umstand, dass mehrere Mitglieder des Parlaments Teil eines der organisierten Kriminalität ähnlichen Netzes waren, bekannt wurde;

Or. en

Änderungsantrag 16
Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 1 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	1b. betont, dass die Vorschriften des Europäischen Parlaments zum Schutz der finanziellen Interessen der EU, zur Sicherstellung der Transparenz und zur Vermeidung von Fehlverhalten keine Wirkung zeigten, da sich herausstellte, dass sich Mitglieder des Europäischen Parlaments über mehrere Jahre hinweg aktiv an einem Mafia-ähnlichen Netz und an Korruption und Geldwäsche beteiligten;

Or. en

Änderungsantrag 17
Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 1 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

1c. stellt fest, dass die Vorschriften der Organe zur Korruptionsbekämpfung und zur Transparenz weiter gestärkt und überarbeitet werden müssen; begrüßt die Überarbeitung der Geschäftsordnung und des Verhaltenskodex des Parlaments im September 2023; hält die Änderungen jedoch für unzureichend;

Or. en

Änderungsantrag 18
Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 1 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	1d. ist der Ansicht, dass das Ausmaß des Skandals und die Tatsache, dass die beteiligten Personen diese illegalen Aktivitäten innerhalb des Organs über mehrere Jahre fortführten, Konsequenzen für das Organ und seine Gremien, die für den Schutz und die Wahrung der finanziellen Interessen der Europäischen Union verantwortlich sind, haben sollte;

Or. en

Änderungsantrag 19
Rudi Kennes

Entschließungsantrag
Ziffer 6 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	6a. hebt hervor, dass die Entschädigungen und Leistungen für die Mitglieder des Europäischen Parlaments sehr großzügig ausfallen; ist besorgt darüber, dass sie mit diesen überzogenen Entschädigungen völlig den Bezug zum

Alltag und zu den Bedürfnissen und Nöten der Menschen verlieren; ist daher der Ansicht, dass bei angemesseneren Entschädigungen und Leistungen höher gewesen wäre, dass beim Haushaltsplan 2023 den Bedürfnissen der Erwerbstätigen besser Rechnung getragen wird;

Or. en

Änderungsantrag 20
Rudi Kennes

Entschließungsantrag
Ziffer 6 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	6b. schlägt vor, die monatliche Grundentschädigung der Mitglieder des Europäischen Parlaments um 50 % zu kürzen;

Or. en

Änderungsantrag 21
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 6 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	6a. fordert das Parlament auf, seine derzeitigen Haushaltsverfahren zu überprüfen und die Einführung innovativer Instrumente für die Haushaltsplanung in Erwägung zu ziehen, einschließlich einer leistungsorientierten Haushaltsplanung und Zero-Base-Budgeting; stellt fest, dass diese Instrumente von öffentlichen Einrichtungen für gewöhnlich eingesetzt werden, um die Transparenz,

Rechenschaftspflicht und Effizienz des Haushaltsverfahrens zu erhöhen und sicherzustellen, dass öffentliche Mittel in den Bereichen verwendet werden, in denen sie am dringendsten benötigt werden und die größte Wirkung entfalten; hebt hervor, dass im öffentlichen Sektor der meisten OECD-Staaten eine leistungsorientierte Haushaltsplanung sowie Elemente des Zero-Base-Budgeting genutzt werden, um die Mittelzuweisung an strategischen Ziele und Leistungsergebnisse auszurichten, Kosten zu senken, Verfahren zu vereinfachen und sicherzustellen, dass die Ausgaben aufgrund des bestehenden Bedarfs gerechtfertigt sind und nicht aufgrund von Ausgaben in der Vergangenheit;

Or. en

Änderungsantrag 22
José Cepeda, Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. begrüßt die Zusage des Generalsekretärs, ein Referat eigens für Vereinfachung und gute Verwaltung einzurichten; stellt mit Zufriedenheit fest, dass die Vereinfachung nicht nur als ein zu erreichendes Ziel, sondern auch als Leitprinzip verstanden wird, das systematisch in allen Bereichen der parlamentarischen Arbeit Anwendung finden soll, damit Verwaltungsverfahren sicherer und zugänglicher werden;	7. begrüßt die Zusage des Generalsekretärs, ein Referat eigens für Vereinfachung und gute Verwaltung einzurichten; stellt mit Zufriedenheit fest, dass die Vereinfachung nicht nur als ein zu erreichendes Ziel, sondern auch als Leitprinzip verstanden wird, das systematisch in allen Bereichen der parlamentarischen Arbeit Anwendung finden soll, damit Verwaltungsverfahren sicherer und zugänglicher werden; ***weist darauf hin, dass die notwendige Digitalisierung interner Verfahren ein wesentlicher Bestandteil der administrativen Vereinfachung ist, und fordert die Verwaltung auf, sich stärker für die Schulung der Bediensteten im effizienten und sicheren Umgang mit neuen Technologien wie KI einzusetzen,***

damit diese nicht zu einem Stellenabbau führt;

Or. en

Änderungsantrag 23
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 7 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	7a. fordert eine unabhängige Kosten-Nutzen-Analyse der Ausgaben des Parlaments mit besonderem Augenmerk auf Reisekosten, Gebühren für externe Beratung und Beschaffungsaufträgen, um Einsparungsmöglichkeiten zu ermitteln; fordert die Verwaltung des Parlaments auf, die Abhängigkeit von externen Beratern zu verringern, wenn Fachwissen intern zur Verfügung steht; nimmt die hohen Kosten im Zusammenhang mit externen Dolmetsch- und Übersetzungsdiensten zur Kenntnis und fordert eine Überprüfung der Auslagerungspraxis, um für den kosteneffizientesten Ansatz zu sorgen, während zugleich die sprachliche Vielfalt zu wahren ist; fordert die Annahme einer Strategie für nachhaltige und kosteneffiziente Dienstreisen, in deren Rahmen der Fernteilnahme, soweit möglich, Vorrang eingeräumt wird;

Or. en

Änderungsantrag 24
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. stellt fest, dass das wirtschaftliche Umfeld ***im Euro-Währungsgebiet*** 2023 erheblich von den anhaltenden geopolitischen Spannungen beeinflusst wurde, die zu einer hohen Inflation beigetragen haben, die im Oktober 2022 mit 10,6 % ihren Höchststand erreichte, bevor sie im Jahr 2023 allmählich auf 5,4 % zurückging; weist darauf hin, dass der ursprüngliche Voranschlag des Parlaments für 2023 auf der Grundlage vorläufiger Prognosen für die Indexierung der Dienstbezüge Anpassungen im Wege des Berichtigungsschreibens Nr. 1/2023 erforderte; begrüßt, dass die Verwaltung des Parlaments trotz dieser schwierigen Umstände zusätzliche Kosten für die Anpassung der Gehälter nach Statut durch sorgfältige interne Umschichtungen, die ***Priorisierung*** wesentlicher Ausgaben und die Verschiebung von Projekten mit geringerer Priorität aufbringen konnte;	8. stellt fest, dass das wirtschaftliche Umfeld ***in der EU*** 2023 erheblich von den anhaltenden geopolitischen Spannungen beeinflusst wurde, die zu einer hohen Inflation beigetragen haben, die im Oktober 2022 mit 10,6 % ihren Höchststand erreichte, bevor sie im Jahr 2023 allmählich auf 5,4 % zurückging; weist darauf hin, dass der ursprüngliche Voranschlag des Parlaments für 2023 auf der Grundlage vorläufiger Prognosen für die Indexierung der Dienstbezüge Anpassungen im Wege des Berichtigungsschreibens Nr. 1/2023 erforderte; begrüßt, dass die Verwaltung des Parlaments trotz dieser schwierigen Umstände zusätzliche Kosten für die Anpassung der Gehälter nach Statut durch sorgfältige interne Umschichtungen, die ***prioritäre Behandlung*** wesentlicher Ausgaben und die Verschiebung von Projekten mit geringerer Priorität aufbringen konnte;

Or. en

Änderungsantrag 25
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 8 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	8a. stellt fest, dass der Sitz des Plenarsaals in Straßburg mit erheblichen Reisekosten, die auf 114 Mio. EUR pro Jahr geschätzt werden, und einem CO_2-Fußabdruck von etwa 19 000 Tonnen an CO_2-Emissionen pro Jahr, verbunden ist; hebt die Energieverschwendung für den ganzjährigen Betrieb von Heizung, Kühlung und Beleuchtung der Räumlichkeiten in Straßburg sowie den Doppelbetrieb in Verbindung mit hohen

Logistik- und Wartungskosten hervor; fordert das Parlament angesichts dieser Bedenken auf, zu überdenken, ob regelmäßige Plenartagungen in Straßburg notwendig sind;

Or. en

Änderungsantrag 26
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. fordert die Verwaltung des Parlaments auf, ***sich im Interesse einer stärkeren Vereinfachung nur dann an*** eine gemeinsame Methodik für die Kontrolle der Ausgaben und die Kategorisierung von Fehlern ***anzupassen***, wenn es sinnvoll ist, einen Standardansatz zu verfolgen, ***und*** die Besonderheiten der ***Generaldirektionen und*** Dienststellen zu berücksichtigen; stellt fest, dass die Generaldirektion Finanzen des Parlaments ein Forum für Ex-ante-Überprüfungen einrichten, ein jährliches spezifisches Schulungsprogramm durchführen und regelmäßig Leitlinien bereitstellen wird, um die Standardisierung der Ex-ante-Kontrollverfahren innerhalb des Parlaments zu verbessern;	13. fordert die Verwaltung des Parlaments auf, ***ihr Haushaltsverfahren zu vereinfachen, um die Transparenz, Effizienz und Rechenschaftspflicht zu erhöhen, indem sie sich auf*** eine gemeinsame Methodik für die Kontrolle der Ausgaben und die Kategorisierung von Fehlern ***stützt und erforderlichenfalls bewährte Verfahren wie die leistungsorientierte Haushaltsplanung anwendet***, wenn es sinnvoll ist, einen Standardansatz zu verfolgen, ***während zugleich*** die Besonderheiten der ***verschiedenen*** Dienststellen zu berücksichtigen ***sind***; stellt fest, dass die Generaldirektion Finanzen des Parlaments ein Forum für Ex-ante-Überprüfungen einrichten, ein jährliches spezifisches Schulungsprogramm durchführen und regelmäßig Leitlinien bereitstellen wird, um die Standardisierung der Ex-ante-Kontrollverfahren innerhalb des Parlaments zu verbessern;

Or. en

Änderungsantrag 27
Julien Sanchez, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. nimmt die Beobachtungen des Rechnungshofs im Hinblick auf die internen Vorschriften des Parlaments zur Kenntnis; stellt fest, dass die Verwaltung des Parlaments der Haushaltsordnung und deren Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge unterliegt; stellt jedoch fest, dass das Präsidium für die Fraktionen die Regelung für die Verwendung der Mittel von Haushaltsartikel ***4 0 0*** angenommen hat, die eine Reihe spezifischer Bestimmungen für bestimmte Vergabeverfahren enthält; weist erneut darauf hin, dass die Fraktionen die ihnen zugewiesenen Mittel nach den Grundsätzen der indirekten Mittelverwaltung verwalten, wobei Artikel 62 Absatz 1 Buchstabe c der Haushaltsordnung sinngemäß Anwendung findet; ist der Ansicht, dass diese Vorschriften selbst die „Beitragsvereinbarungen“ (gemäß Artikel 158 Absatz 7 der Haushaltsordnung) ersetzen; betont, dass ein externer Prüfer für jede Fraktion die jeweiligen jährlichen Tätigkeiten genehmigt, um die Einhaltung der Vorschriften sicherzustellen, und dass durch diesen Umstand ein neutrales Kontrollniveau gewährleistet wird; betont, dass auch der Europäische Rechnungshof die Tätigkeiten der Fraktionen in seinem Jahresbericht überprüft;	14. nimmt die Beobachtungen des Rechnungshofs im Hinblick auf die internen Vorschriften des Parlaments zur Kenntnis; stellt fest, dass die Verwaltung des Parlaments der Haushaltsordnung und deren Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge unterliegt; stellt jedoch fest, dass das Präsidium für die Fraktionen die Regelung für die Verwendung der Mittel von Haushaltsartikel ***4 0 0*** angenommen hat, die eine Reihe spezifischer Bestimmungen für bestimmte Vergabeverfahren enthält; weist erneut darauf hin, dass die Fraktionen die ihnen zugewiesenen Mittel nach den Grundsätzen der indirekten Mittelverwaltung verwalten, wobei Artikel 62 Absatz 1 Buchstabe c der Haushaltsordnung sinngemäß Anwendung findet; ist der Ansicht, dass diese Vorschriften selbst die „Beitragsvereinbarungen“ (gemäß Artikel 158 Absatz 7 der Haushaltsordnung) ersetzen; betont, dass ein externer Prüfer für jede Fraktion die jeweiligen jährlichen Tätigkeiten genehmigt, um die Einhaltung der Vorschriften sicherzustellen, und dass durch diesen Umstand ein neutrales Kontrollniveau gewährleistet wird; betont, dass auch der Europäische Rechnungshof die Tätigkeiten der Fraktionen in seinem Jahresbericht überprüft; ***bedauert, dass der Europäische Rechnungshof in seinem letzten Jahresbericht auf die Nichteinhaltung einer seit 2021 jährlich abgegebenen Empfehlung hinwies: "Die Verwaltung des Europäischen Parlaments sollte ihre Leitlinien für die Anwendung der Vorschriften über die Vergabe öffentlicher Aufträge durch die Fraktionen überarbeiten und dem Präsidium des Parlaments eine Überarbeitung dieser Vorschriften vorschlagen, um sie besser an die***

Haushaltsordnung anzupassen. Zudem sollte es die Anwendung dieser Vorschriften besser überwachen“;

Or. fr

Änderungsantrag 28
Tamás Deutsch, Julien Sanchez, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. begrüßt die Umsetzung des 14-Punkte-Aktionsplans und die ***darin enthaltenen*** Bemühungen zur ***Umsetzung*** der neuen Vorschriften über Integrität und Transparenz; ***begrüßt***, dass das Parlament ***Initiativen ergriffen hat, um Betrug zu verhindern und aufzudecken, einschließlich der Beschlüsse des Präsidiums über die Meldung von Missständen, und begrüßt zudem Initiativen des Generalsekretärs über den Umgang mit finanziellen Unregelmäßigkeiten, Inhalte zur Sensibilisierung für Betrug im Intranet des Parlaments, Schulungsmaßnahmen und damit zusammenhängende Maßnahmen im Bereich der Ethik***;	16. begrüßt die Umsetzung des 14-Punkte-Aktionsplans und die Bemühungen zur ***Durchsetzung*** der neuen Vorschriften über Integrität und Transparenz; ***betont jedoch***, dass das Parlament ***nach wie vor nicht in der Lage ist, effektiv gegen Korruption und finanzielles Fehlverhalten innerhalb des Parlaments vorzugehen. stellt fest, dass durch den Fall Eva Kaili die Schwächen der internen Kontrollmechanismen des Parlaments zutage traten und offenbar wurde, dass politisch mit zweierlei Maß gemessen wird, wodurch bestimmte Fraktionen geschützt wurden***;

Or. en

Änderungsantrag 29
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. begrüßt die Umsetzung des 14-Punkte-Aktionsplans und die darin enthaltenen Bemühungen zur Umsetzung der neuen Vorschriften über Integrität und	16. begrüßt die Umsetzung des 14-Punkte-Aktionsplans und die darin enthaltenen Bemühungen zur Umsetzung der neuen Vorschriften über Integrität und

Transparenz; begrüßt, dass das Parlament Initiativen ergriffen hat, um Betrug zu verhindern und aufzudecken, einschließlich der Beschlüsse des Präsidiums über die Meldung von Missständen, und begrüßt zudem Initiativen des Generalsekretärs über den Umgang mit finanziellen Unregelmäßigkeiten, Inhalte zur Sensibilisierung für Betrug im Intranet des Parlaments, Schulungsmaßnahmen und damit zusammenhängende Maßnahmen im Bereich der Ethik;	Transparenz; ***nimmt die positive Bewertung der technischen Umsetzung des Verhaltenskodex für die Mitglieder des Europäischen Parlaments in Bezug auf Integrität und Transparenz zur Kenntnis, über die dem Präsidium berichtet wurde; fordert zusätzliche Anstrengungen, um die Transparenz in Bezug auf alle Bereiche und Dienstleistungen des Parlaments zu verbessern, mit besonderem Augenmerk auf der Rechtsetzung; fordert die Verwaltung des Parlaments in diesem Zusammenhang auf, die Einführung von Transparenzanforderungen nicht auf die Führungsebene zu beschränken;*** begrüßt, dass das Parlament Initiativen ergriffen hat, um Betrug zu verhindern und aufzudecken, einschließlich der Beschlüsse des Präsidiums über die Meldung von Missständen, und begrüßt zudem Initiativen des Generalsekretärs über den Umgang mit finanziellen Unregelmäßigkeiten, Inhalte zur Sensibilisierung für Betrug im Intranet des Parlaments, Schulungsmaßnahmen und damit zusammenhängende Maßnahmen im Bereich der Ethik;
	Or. en

Änderungsantrag 30
Jonas Sjöstedt, Younous Omarjee

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. begrüßt die Umsetzung des 14-Punkte-Aktionsplans und die darin enthaltenen Bemühungen zur Umsetzung der neuen Vorschriften über Integrität und Transparenz; begrüßt, dass das Parlament Initiativen ergriffen hat, um Betrug zu verhindern und aufzudecken, einschließlich der Beschlüsse des Präsidiums über die Meldung von Missständen, und begrüßt	16. begrüßt die Umsetzung des 14-Punkte-Aktionsplans und die darin enthaltenen Bemühungen zur Umsetzung der neuen Vorschriften über Integrität und Transparenz; begrüßt, dass das Parlament Initiativen ergriffen hat, um Betrug zu verhindern und aufzudecken, einschließlich der Beschlüsse des Präsidiums über die Meldung von Missständen, und begrüßt

zudem Initiativen des Generalsekretärs über den Umgang mit finanziellen Unregelmäßigkeiten, Inhalte zur Sensibilisierung für Betrug im Intranet des Parlaments, Schulungsmaßnahmen und damit zusammenhängende Maßnahmen im Bereich der Ethik;

zudem Initiativen des Generalsekretärs über den Umgang mit finanziellen Unregelmäßigkeiten, Inhalte zur Sensibilisierung für Betrug im Intranet des Parlaments, Schulungsmaßnahmen und damit zusammenhängende Maßnahmen im Bereich der Ethik; ***schlägt vor, Pflichtschulungen zur Korruptionsbekämpfung für alle Bediensteten der EU sowie alle Mitglieder des Parlaments und ihre Assistenten einzuführen, wobei der Schwerpunkt auf dem Erkennen unzulässiger Einflussnahme, auf Berichterstattungsverfahren und auf der Einhaltung der Transparenzvorschriften liegen sollte;***

Or. en

Änderungsantrag 31
Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. stellt fest, dass das Parlament ***die Empfehlung des Rechnungshofs, die Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung im Parlament zu verstärken, akzeptiert; stellt fest, dass im Einklang mit der Haushaltsordnung die Prävention, Aufdeckung, Korrektur und Weiterverfolgung von Betrug und Unregelmäßigkeiten zu den Kernzielen des internen Kontrollrahmens einer jeden Generaldirektion gehören; nimmt zur Kenntnis, dass das Parlament seine zuständigen Dienststellen damit beauftragen*** wird, ***seine bestehenden Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung zu bewerten und gegebenenfalls einen übergreifenden Rahmen für die Verwaltung des Parlaments auszuarbeiten***;	17. stellt fest, dass das Parlament ***bisher unterschiedliche Ansätze verfolgte, wenn einzelne Mitglieder der Korruption oder des Fehlverhaltens verdächtigt wurden, wobei die Herangehensweise von ihrer politischen Zugehörigkeit abhing; verurteilt, dass mit zweierlei Maß gemessen wird, wodurch sich bestimmte Fraktionen den Folgen von Verstößen gegen die Vorschriften entziehen können; fordert die Einführung eines einheitlichen und automatischen Verfahrens, mit dem sichergestellt wird, dass für alle Mitglieder, denen finanzielles Fehlverhalten oder Korruption vorgeworfen*** wird, ***die gleichen Konsequenzen Anwendung finden, sodass der politischen Einflussnahmen auf die Durchsetzung der Maßnahmen ein Riegel vorgeschoben***

wird;

Or. en

Änderungsantrag 32
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. stellt fest, dass das Parlament die Empfehlung des Rechnungshofs, die Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung im Parlament zu verstärken, akzeptiert; stellt fest, dass im Einklang mit der Haushaltsordnung die Prävention, Aufdeckung, Korrektur und Weiterverfolgung von Betrug und Unregelmäßigkeiten zu den Kernzielen des internen Kontrollrahmens einer jeden Generaldirektion gehören; nimmt zur Kenntnis, dass das Parlament seine zuständigen Dienststellen damit beauftragen wird, seine bestehenden Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung zu bewerten und gegebenenfalls einen übergreifenden Rahmen für die Verwaltung des Parlaments auszuarbeiten;	17. stellt fest, dass das Parlament die Empfehlung des Rechnungshofs, die Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung im Parlament zu verstärken, akzeptiert; stellt fest, dass im Einklang mit der Haushaltsordnung die Prävention, Aufdeckung, Korrektur und Weiterverfolgung von Betrug und Unregelmäßigkeiten zu den Kernzielen des internen Kontrollrahmens einer jeden Generaldirektion gehören; nimmt zur Kenntnis, dass das Parlament seine zuständigen Dienststellen damit beauftragen wird, seine bestehenden Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung zu bewerten und ***eine institutionsweite Strategie zur Betrugsbekämpfung zu entwickeln, die im gesamten Parlament Anwendung finden wird, und*** gegebenenfalls einen übergreifenden Rahmen für die Verwaltung des Parlaments auszuarbeiten;

Or. en

Änderungsantrag 33
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

21. stellt fest, dass die Weiterbehandlung 2023 ergeben hat, dass 27 der 69 Maßnahmen als wirksam umgesetzt gelten und daher vom Internen Auditdienst validiert wurden; stellt fest, dass bei drei wichtigen Maßnahmen die Risikostufe unter Berücksichtigung der laufenden Entwicklungen gesenkt werden konnte; stellt fest, dass das Restrisiko bei zwei Maßnahmen im Zusammenhang mit der Cybersicherheit aufgrund der langsamen Fortschritte von „gemäßigt“ wieder auf „erheblich“ geändert wurde;	21. stellt fest, dass die Weiterbehandlung ***für*** 2023 ergeben hat, dass 27 der 69 Maßnahmen als wirksam umgesetzt gelten und daher vom Internen Auditdienst validiert wurden***; stellt fest, dass Verbesserungen möglich gewesen wären, um die Umsetzung weiterer Maßnahmen zu begünstigen***; stellt fest, dass bei drei wichtigen Maßnahmen die Risikostufe unter Berücksichtigung der laufenden Entwicklungen gesenkt werden konnte; stellt fest, dass das Restrisiko bei zwei Maßnahmen im Zusammenhang mit der Cybersicherheit aufgrund der langsamen Fortschritte von „gemäßigt“ wieder auf „erheblich“ geändert wurde;

Or. en

Änderungsantrag 34
Tamás Deutsch, Ondřej Knotek

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. ***stellt fest, dass im Einklang mit Artikel 118 Absatz 9 der Haushaltsordnung die Berichte und Feststellungen des Internen Prüfers sowie der Bericht des betreffenden Unionsorgans der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden müssen, sobald der Interne Prüfer die Maßnahmen validiert hat; stellt fest, dass die Berichte in der Praxis veröffentlicht werden, sobald alle Empfehlungen umgesetzt wurden; begrüßt die Tatsache, dass der Interne Prüfer dem Haushaltskontrollausschuss des Parlaments über die durchgeführten jährlichen Prüfungstätigkeiten Bericht erstattet***;	22. ***begrüßt die Initiativen des Parlaments zur Verhinderung und Aufdeckung von Betrug, weist jedoch darauf hin, dass nichtstaatliche Organisationen und externe Lobbygruppen, deren finanzieller Hintergrund intransparent ist, weiterhin eine wichtige Rolle bei den Tätigkeiten des Parlaments spielen; fordert das Parlament nachdrücklich auf, die Transparenzvorschriften für die Finanzierung nichtstaatlicher Organisationen zu verschärfen und sicherzustellen, dass diese Organisationen nicht als Deckmantel für politische Akteure oder externe Interessengruppen dienen***;

Or. en

Änderungsantrag 35
Jonas Sjöstedt, Younous Omarjee

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. stellt fest, dass im Einklang mit Artikel 118 Absatz 9 der Haushaltsordnung die Berichte und Feststellungen des Internen Prüfers sowie der Bericht des betreffenden Unionsorgans der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden müssen, sobald der Interne Prüfer die Maßnahmen validiert hat; stellt fest, dass die Berichte in der Praxis veröffentlicht werden, sobald alle Empfehlungen umgesetzt wurden***; begrüßt die Tatsache***, dass der Interne Prüfer dem Haushaltskontrollausschuss des Parlaments über die durchgeführten jährlichen Prüfungstätigkeiten Bericht erstattet;	22. stellt fest, dass im Einklang mit Artikel 118 Absatz 9 der Haushaltsordnung die Berichte und Feststellungen des Internen Prüfers sowie der Bericht des betreffenden Unionsorgans der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden müssen, sobald der Interne Prüfer die Maßnahmen validiert hat; stellt fest, dass die Berichte in der Praxis veröffentlicht werden, sobald alle Empfehlungen umgesetzt wurden***, wodurch sich die Veröffentlichung faktisch um Jahre verzögert; bedauert, dass die Mitglieder des Parlaments gemäß der einschlägigen Regelung des Präsidiums nur nach dem Grundsatz „Kenntnis nur, wenn nötig“ Zugang zu vertraulichen Dokumenten erhalten; fordert das Präsidium auf, dafür zu sorgen, dass der Bericht über die interne Prüfung den Mitgliedern zumindest im Hinblick auf das Entlastungsverfahren rascher zugänglich gemacht wird; fordert das Präsidium ferner auf, alle Berichte über die interne Prüfung ein Jahr nach ihrer Fertigstellung der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, nachdem der Interne Prüfer die Maßnahmen zur Umsetzung der Empfehlung des Vorjahres validiert hat; begrüßt allerdings***, dass der Interne Prüfer dem Haushaltskontrollausschuss des Parlaments über die durchgeführten jährlichen Prüfungstätigkeiten Bericht erstattet;

Or. en

Änderungsantrag 36
Monika Hohlmeier

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. stellt fest, dass im Einklang mit Artikel 118 Absatz 9 der Haushaltsordnung die Berichte und Feststellungen des Internen Prüfers sowie der Bericht des betreffenden Unionsorgans der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden müssen, sobald der Interne Prüfer die Maßnahmen validiert hat; stellt fest, dass die Berichte in der Praxis veröffentlicht werden, sobald alle Empfehlungen umgesetzt wurden; begrüßt die Tatsache, dass der Interne Prüfer dem Haushaltskontrollausschuss des Parlaments über die durchgeführten jährlichen Prüfungstätigkeiten Bericht erstattet;	22. stellt fest, dass im Einklang mit Artikel 118 Absatz 9 der Haushaltsordnung die Berichte und Feststellungen des Internen Prüfers sowie der Bericht des betreffenden Unionsorgans der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden müssen, sobald der Interne Prüfer die Maßnahmen validiert hat; stellt fest, dass die Berichte in der Praxis veröffentlicht werden, sobald alle Empfehlungen umgesetzt wurden; ***weist erneut darauf hin, dass nur die Mitglieder nach dem Grundsatz „Kenntnis nur, wenn nötig“ im Rahmen der Regelung des Präsidiums für den Zugang zu vertraulichen Dokumenten Zugang erhalten; weist darauf hin, dass alle Mitglieder des Haushaltskontrollausschusses das Recht haben, einen vertraulichen Zugang zum Bericht über die interne Prüfung in Bezug auf das Entlastungsverfahren zu beantragen;*** begrüßt die Tatsache, dass der Interne Prüfer dem Haushaltskontrollausschuss des Parlaments über die durchgeführten jährlichen Prüfungstätigkeiten Bericht erstattet;

Or. en

Änderungsantrag 37
José Cepeda, Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. stellt fest, dass im Einklang mit Artikel 118 Absatz 9 der Haushaltsordnung die Berichte und Feststellungen des Internen Prüfers sowie der Bericht des betreffenden Unionsorgans der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden	22. stellt fest, dass im Einklang mit Artikel 118 Absatz 9 der Haushaltsordnung die Berichte und Feststellungen des Internen Prüfers sowie der Bericht des betreffenden Unionsorgans der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden

müssen, sobald der Interne Prüfer die Maßnahmen validiert hat; stellt fest, dass die Berichte in der Praxis veröffentlicht werden, sobald alle Empfehlungen umgesetzt wurden; begrüßt die Tatsache, dass der Interne Prüfer dem Haushaltskontrollausschuss des Parlaments über die durchgeführten jährlichen Prüfungstätigkeiten Bericht erstattet;

müssen, sobald der Interne Prüfer die Maßnahmen validiert hat; stellt fest, dass die Berichte in der Praxis veröffentlicht werden, sobald alle Empfehlungen umgesetzt wurden; begrüßt die Tatsache, dass der Interne Prüfer ***einmal jährlich*** dem Haushaltskontrollausschuss des Parlaments über die durchgeführten jährlichen Prüfungstätigkeiten Bericht erstattet ***und bekräftigt seine Forderung an die Entlastungsbehörde, zweimal im Jahr über den Status noch ausstehender Maßnahmen informiert zu werden***;

Or. en

Änderungsantrag 38
Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. fordert ***den Internen Prüfer auf, Vorschläge für einen Abbau der Bürokratie zu unterbreiten, um dem Parlament dabei zu helfen, Verfahren zu straffen, den Verwaltungsaufwand zu verringern, Überschneidungen zwischen IT-Anwendungen ausfindig zu machen und sicherzustellen, dass Maßnahmen für die Mitglieder leicht verständlich und leicht umsetzbar sind; betont, dass der Interne Prüfer die Verhältnismäßigkeit der Verwaltungsausgaben anhand einer Kosten-Nutzen-Rechnung bewerten muss, um festzustellen, ob die Prüfungs- und Kontrolltätigkeiten in einem angemessenen Verhältnis zum bürokratischen Aufwand*** für die ***Mitglieder stehen; fordert den Internen Prüfer auf, zu bewerten, inwieweit Lösungen im Bereich der künstlichen Intelligenz der Verwaltung dabei behilflich sein könnten, die Effizienz der Prüfungs- und Kontrolltätigkeiten zu***	24. fordert ***eine umfassende interne Untersuchung, um festzustellen, inwieweit das Parlament interne Fälle von Korruption und Betrug nicht aufgedeckt und sanktioniert hat; schlägt die Einsetzung eines unabhängigen Untersuchungsausschusses vor, um*** für die ***letzten fünf Jahre finanzielles und ethisches Fehlverhalten zu untersuchen und Empfehlungen auszusprechen, wie solche Fälle künftig verhindert werden können***;

verbessern;

Or. en

Änderungsantrag 39
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. fordert den Internen Prüfer auf, Vorschläge für einen Abbau der Bürokratie zu unterbreiten, um dem Parlament dabei zu helfen, Verfahren zu straffen, den Verwaltungsaufwand zu verringern, Überschneidungen zwischen IT-Anwendungen ausfindig zu machen und sicherzustellen, dass Maßnahmen für die Mitglieder leicht verständlich und leicht umsetzbar sind; ***betont, dass der Interne Prüfer die Verhältnismäßigkeit der Verwaltungsausgaben anhand einer Kosten-Nutzen-Rechnung bewerten muss, um festzustellen, ob die Prüfungs- und Kontrolltätigkeiten in einem angemessenen Verhältnis zum bürokratischen Aufwand für die Mitglieder stehen;*** fordert den Internen Prüfer auf, zu bewerten, inwieweit Lösungen im Bereich der künstlichen Intelligenz der Verwaltung dabei behilflich sein könnten, die Effizienz der Prüfungs- und Kontrolltätigkeiten zu verbessern;	24. fordert den Internen Prüfer auf, Vorschläge für einen Abbau der Bürokratie zu unterbreiten, um dem Parlament dabei zu helfen, Verfahren zu straffen, den Verwaltungsaufwand zu verringern, Überschneidungen zwischen IT-Anwendungen ausfindig zu machen und sicherzustellen, dass Maßnahmen für die Mitglieder leicht verständlich und leicht umsetzbar sind; fordert den Internen Prüfer auf, zu bewerten, inwieweit Lösungen im Bereich der künstlichen Intelligenz der Verwaltung dabei behilflich sein könnten, die Effizienz der Prüfungs- und Kontrolltätigkeiten zu verbessern;

Or. en

Änderungsantrag 40
Julien Sanchez, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

24. fordert den Internen Prüfer auf, Vorschläge für einen Abbau der Bürokratie zu unterbreiten, um dem Parlament dabei zu helfen, Verfahren zu straffen, den Verwaltungsaufwand zu verringern, Überschneidungen zwischen IT-Anwendungen ausfindig zu machen und sicherzustellen, dass Maßnahmen für die Mitglieder leicht verständlich und leicht umsetzbar sind; betont, dass der Interne Prüfer die Verhältnismäßigkeit der Verwaltungsausgaben anhand einer Kosten-Nutzen-Rechnung bewerten muss, um festzustellen, ob die Prüfungs- und Kontrolltätigkeiten in einem angemessenen Verhältnis zum bürokratischen Aufwand für die Mitglieder stehen; fordert den Internen Prüfer auf, zu bewerten, inwieweit Lösungen im Bereich der künstlichen Intelligenz der Verwaltung dabei behilflich sein könnten, die Effizienz der Prüfungs- und Kontrolltätigkeiten zu verbessern;	24. fordert den Internen Prüfer auf, Vorschläge für einen Abbau der Bürokratie zu unterbreiten, um dem Parlament dabei zu helfen, Verfahren zu straffen, den Verwaltungsaufwand zu verringern, Überschneidungen zwischen IT-Anwendungen ausfindig zu machen und sicherzustellen, dass Maßnahmen für die Mitglieder ***gleich behandelt werden sowie*** leicht verständlich und leicht umsetzbar sind; betont, dass der Interne Prüfer die Verhältnismäßigkeit der Verwaltungsausgaben anhand einer Kosten-Nutzen-Rechnung bewerten muss, um festzustellen, ob die Prüfungs- und Kontrolltätigkeiten in einem angemessenen Verhältnis zum bürokratischen Aufwand für die Mitglieder stehen; fordert den Internen Prüfer auf, zu bewerten, inwieweit Lösungen im Bereich der künstlichen Intelligenz der Verwaltung dabei behilflich sein könnten, die Effizienz der Prüfungs- und Kontrolltätigkeiten zu verbessern;

Or. fr

Änderungsantrag 41
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 26

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
26. weist darauf hin, dass gemäß Artikel 25 und Anlage V der Geschäftsordnung sowie gemäß den Artikeln 6 und 268 der Haushaltsordnung ***vorgeschlagene Regelungen oder Maßnahmen*** vom Präsidium erörtert und zur Abstimmung gestellt werden, sobald das Plenum verschiedene Regelungen oder Maßnahmen zur Umsetzung durch das Parlament fordert; weist in Anbetracht von Artikel 25 der Geschäftsordnung erneut darauf hin, dass das Präsidium dafür zuständig ist, Entscheidungen über finanzielle, organisatorische und	26. weist darauf hin, dass gemäß Artikel 25 und Anlage V der Geschäftsordnung sowie gemäß den Artikeln 6 und 268 der Haushaltsordnung ***Regelungen vom Generalsekretär oder einer Partei vorgeschlagen und*** vom Präsidium erörtert und zur Abstimmung gestellt werden, sobald das Plenum verschiedene Regelungen oder Maßnahmen zur Umsetzung durch das Parlament fordert; weist in Anbetracht von Artikel 25 der Geschäftsordnung erneut darauf hin, dass das Präsidium dafür zuständig ist, Entscheidungen über

administrative Angelegenheiten der Mitglieder zu treffen; weist erneut darauf hin, dass sich das Präsidium aus dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, den 14 Vizepräsidenten und den fünf Quästoren (nicht stimmberechtigte Mitglieder) zusammensetzt, die alle vom Europäischen Parlament demokratisch gewählt werden; weist darauf hin, dass sich die Mitglieder des Präsidiums über den Entwurf des Haushaltsvoranschlags des Parlaments beraten;	finanzielle, organisatorische und administrative Angelegenheiten der Mitglieder zu treffen; weist erneut darauf hin, dass sich das Präsidium aus dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, den 14 Vizepräsidenten und den fünf Quästoren (nicht stimmberechtigte Mitglieder) zusammensetzt, die alle vom Europäischen Parlament demokratisch gewählt werden; weist darauf hin, dass sich die Mitglieder des Präsidiums über den Entwurf des Haushaltsvoranschlags des Parlaments beraten; ***weist darauf hin, dass die Entlastung ein Mittel der demokratischen Kontrolle ist und dass die vom Plenum in Entlastungsbeschlüssen angenommenen konkreten Forderungen in den Beratungen des Präsidiums berücksichtigt werden müssen;***

Or. en

Änderungsantrag 42
Jonas Sjöstedt, Younous Omarjee

Entschließungsantrag
Ziffer 26

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
26. weist darauf hin, dass gemäß Artikel 25 und Anlage V der Geschäftsordnung sowie gemäß den Artikeln 6 und 268 der Haushaltsordnung vorgeschlagene Regelungen oder Maßnahmen vom Präsidium erörtert und zur Abstimmung gestellt werden, sobald das Plenum verschiedene Regelungen oder Maßnahmen zur Umsetzung durch das Parlament fordert; weist in Anbetracht von Artikel 25 der Geschäftsordnung erneut darauf hin, dass das Präsidium dafür zuständig ist, Entscheidungen über finanzielle, organisatorische und administrative Angelegenheiten der Mitglieder zu treffen; weist erneut darauf hin, dass sich das Präsidium aus dem Präsidenten des Europäischen Parlaments,	26. weist darauf hin, dass gemäß Artikel 25 und Anlage V der Geschäftsordnung sowie gemäß den Artikeln 6 und 268 der Haushaltsordnung vorgeschlagene Regelungen oder Maßnahmen vom Präsidium erörtert und zur Abstimmung gestellt werden, sobald das Plenum verschiedene Regelungen oder Maßnahmen zur Umsetzung durch das Parlament fordert; weist in Anbetracht von Artikel 25 der Geschäftsordnung erneut darauf hin, dass das Präsidium dafür zuständig ist, Entscheidungen über finanzielle, organisatorische und administrative Angelegenheiten der Mitglieder zu treffen; weist erneut darauf hin, dass sich das Präsidium aus dem Präsidenten des Europäischen Parlaments,

den 14 Vizepräsidenten und den fünf Quästoren (nicht stimmberechtigte Mitglieder) zusammensetzt, die alle vom Europäischen Parlament demokratisch gewählt werden; weist darauf hin, dass sich die Mitglieder des Präsidiums über den Entwurf des Haushaltsvoranschlags des Parlaments beraten;	den 14 Vizepräsidenten und den fünf Quästoren (nicht stimmberechtigte Mitglieder) zusammensetzt, die alle vom Europäischen Parlament demokratisch gewählt werden; weist darauf hin, dass sich die Mitglieder des Präsidiums über den Entwurf des Haushaltsvoranschlags des Parlaments beraten; ***weist erneut auf die Bedeutung des Entlastungsverfahrens als Mittel der demokratischen Kontrolle hin und fordert, dass Entschließungen, die sich auf die Arbeitsweise des Parlaments auswirken, in einer ordnungsgemäßen und transparenten Weise, die sich in den Diskussionen des Präsidiums niederschlägt, gründlich berücksichtigt und weiterverfolgt werden;***
	Or. en

Änderungsantrag 43
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 26 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26a. bekräftigt seine Besorgnis darüber, dass bei den Beschlüssen des Präsidiums der vom Plenum in Entlastungsentschließungen zum Ausdruck gebrachte Wille häufig missachtet wird und dass eine beträchtliche Anzahl konkreter Forderungen, die vom Plenum in Entlastungsentschließungen angenommen wurden, bei den Beratungen in den Sitzungen des Präsidiums nicht immer angemessen berücksichtigt werden; fordert den Generalsekretär auf, in seinen Folgebericht konkrete Vorschläge in Bezug auf die Entlastungsforderungen aufzunehmen, zusammen mit einem Zeitrahmen, der dem Präsidium zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll; empfiehlt darüber hinaus, dass der

Haushaltskontrollausschuss systematisch unterrichtet werden sollte, wenn die Erörterung eines Vorschlags, der sich aus einem Entlastungsbeschluss ergibt, durch das Präsidium bevorsteht;

Or. en

Änderungsantrag 44
Monika Hohlmeier

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
27. nimmt die seit Langem bestehende Forderung der Gehörlosengemeinschaft zur Kenntnis, die Möglichkeit vorzusehen, Petitionen in den in der Union verwendeten nationalen Gebärdensprachen einzureichen; nimmt die in den Sitzungen des Petitionsausschusses vom 29. November 2023 und vom 19. März 2024 geführten Diskussionen zur Kenntnis, die insbesondere die Petition Nr. 1056/2016 zum Gegenstand hatten, und hebt die diesbezügliche Zusage des Parlaments hervor; weist darauf hin, dass die Dienststellen des Parlaments praktikable Lösungen, die im Einklang mit der Geschäftsordnung stehen***, bewerten***; weist darauf hin, dass Petitionen an das Parlament nach der Geschäftsordnung des Parlaments in schriftlicher Form eingereicht werden müssen; fordert die Verwaltung auf, einschlägige Interessenträger, darunter Vertreter der Gehörlosengemeinschaft, einzuladen, während der Umsetzung Beiträge und Rückmeldungen zu der vorgeschlagenen Lösung einzureichen, damit die Wirksamkeit und Inklusivität der vorgeschlagenen Maßnahmen sichergestellt wird;	27. nimmt die seit Langem bestehende Forderung der Gehörlosengemeinschaft zur Kenntnis, die Möglichkeit vorzusehen, Petitionen in den in der Union verwendeten nationalen Gebärdensprachen einzureichen; nimmt die in den Sitzungen des Petitionsausschusses vom 29. November 2023 und vom 19. März 2024 geführten Diskussionen zur Kenntnis, die insbesondere die Petition Nr. 1056/2016 zum Gegenstand hatten, und hebt die diesbezügliche Zusage des Parlaments hervor; weist darauf hin, dass die Dienststellen des Parlaments praktikable Lösungen ***bewerten***, die im Einklang mit der Geschäftsordnung stehen ***und die ausreichend Garantien bieten, sodass rechtliche und technische Probleme vermieden werden, die entstehen, wenn die Öffentlichkeit Videodateien auf ein vom Parlament verwaltetes Webportal hochladen kann***; weist darauf hin, dass Petitionen an das Parlament nach der Geschäftsordnung des Parlaments in schriftlicher Form eingereicht werden müssen; fordert die Verwaltung auf, einschlägige Interessenträger, darunter Vertreter der Gehörlosengemeinschaft, einzuladen, während der Umsetzung Beiträge und Rückmeldungen zu der vorgeschlagenen Lösung einzureichen, damit die

Wirksamkeit und Inklusivität der vorgeschlagenen Maßnahmen sichergestellt wird;

Or. en

Änderungsantrag 45
José Cepeda, Cristina Maestre, Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
27. nimmt die seit Langem bestehende Forderung der Gehörlosengemeinschaft zur Kenntnis, die Möglichkeit vorzusehen, Petitionen in den in der Union verwendeten nationalen Gebärdensprachen einzureichen; nimmt die in den Sitzungen des Petitionsausschusses vom 29. November 2023 und vom 19. März 2024 geführten Diskussionen zur Kenntnis, die insbesondere die Petition Nr. 1056/2016 zum Gegenstand hatten, und hebt die diesbezügliche Zusage des Parlaments hervor; weist darauf hin, dass die Dienststellen des Parlaments praktikable Lösungen, die im Einklang mit der Geschäftsordnung stehen, bewerten; weist darauf hin, dass Petitionen an das Parlament nach der Geschäftsordnung des Parlaments in schriftlicher Form eingereicht werden müssen; fordert die Verwaltung auf, einschlägige Interessenträger, darunter Vertreter der Gehörlosengemeinschaft, einzuladen, während der Umsetzung Beiträge und Rückmeldungen zu der vorgeschlagenen Lösung einzureichen, damit die Wirksamkeit und Inklusivität der vorgeschlagenen Maßnahmen sichergestellt wird;	27. nimmt die seit Langem bestehende Forderung der Gehörlosengemeinschaft zur Kenntnis, die Möglichkeit vorzusehen, Petitionen in den in der Union verwendeten nationalen Gebärdensprachen einzureichen; nimmt die in den Sitzungen des Petitionsausschusses vom 29. November 2023 und vom 19. März 2024 geführten Diskussionen zur Kenntnis, die insbesondere die Petition Nr. 1056/2016 zum Gegenstand hatten, und hebt die diesbezügliche Zusage des Parlaments hervor; weist darauf hin, dass die Dienststellen des Parlaments praktikable Lösungen, die im Einklang mit der Geschäftsordnung stehen, bewerten; weist darauf hin, dass Petitionen an das Parlament nach der Geschäftsordnung des Parlaments in schriftlicher Form eingereicht werden müssen; ***nimmt die schriftliche Mitteilung der Generaldirektion Innovation und technologische Unterstützung an den Vorsitzenden des Petitionsausschusses vom Mai 2020 zur Kenntnis, in der bekräftigt wird, dass die Kosten im Zusammenhang mit der Bereitstellung von Petitionen in Gebärdensprache für die Dolmetscher der Generaldirektion Logistik und Verdolmetschung für Konferenzen machbar und minimal wären;*** fordert die Verwaltung auf, einschlägige Interessenträger, darunter Vertreter der Gehörlosengemeinschaft,

einzuladen, während der Umsetzung Beiträge und Rückmeldungen zu der vorgeschlagenen Lösung einzureichen, damit die Wirksamkeit und Inklusivität der vorgeschlagenen Maßnahmen sichergestellt wird;

Or. en

Änderungsantrag 46
Giuseppe Lupo, Csaba Molnár

Entschließungsantrag
Ziffer 27 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27a. begrüßt die Überarbeitung der obligatorischen Schulungen für akkreditierten parlamentarischen Assistenten bei Dienstantritt; begrüßt die Überarbeitung der für akkreditierten parlamentarischen Assistenten geltenden Regelungen zum Mutterschutz, um die effiziente Nutzung von Ressourcen seitens der Mitglieder zu verbessern; würdigt, dass das Präsidium den Forderungen des Plenums und den Anregungen der Vertretung der akkreditierten parlamentarischen Assistenten in den vergangenen Jahren Rechnung getragen hat; legt dem Präsidium nahe, diese konstruktive Arbeit mit der Vertretung der akkreditierten parlamentarischen Assistenten hinsichtlich anderer offener Fragen weiterzuführen;

Or. en

Änderungsantrag 47
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 28

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
28. weist erneut darauf hin, dass die Generaldirektion Präsidentschaft (GD PRES) in jeder Phase des parlamentarischen und legislativen Prozesses Fachwissen bereitstellt und die legislative und parlamentarische Arbeit des Präsidenten, des Plenums und der Leitungsgremien des Parlaments sowie der Mitglieder ***erleichtert***; weist erneut darauf hin, dass sie auch für die interinstitutionellen Beziehungen, für die protokollarische Unterstützung bei offiziellen Besuchen und bei durch den Präsidenten bzw. durch die Präsidentin gesponserten Veranstaltungen, für die Verwaltung von Verschlusssachen der Union und für die Verwaltung der offiziellen und eingeschriebenen Post zuständig ist; stellt fest, dass die GD PERS am 31. Dezember 2023 379 Bedienstete beschäftigte, davon 307 Beamte, 23 Bedienstete auf Zeit, 46 Vertragsbedienstete, einen abgeordneten nationalen Experten und zwei Bedienstete einer Agentur;	28. weist erneut darauf hin, dass die Generaldirektion Präsidentschaft (GD PRES) in jeder Phase des parlamentarischen und legislativen Prozesses Fachwissen bereitstellt und die legislative und parlamentarische Arbeit des Präsidenten, des Plenums und der Leitungsgremien des Parlaments sowie der Mitglieder ***unterstützt***; weist erneut darauf hin, dass sie auch für die interinstitutionellen Beziehungen, für die protokollarische Unterstützung bei offiziellen Besuchen und bei durch den Präsidenten bzw. durch die Präsidentin gesponserten Veranstaltungen, für die Verwaltung von Verschlusssachen der Union und für die Verwaltung der offiziellen und eingeschriebenen Post zuständig ist; stellt fest, dass die GD PERS am 31. Dezember 2023 379 Bedienstete beschäftigte, davon 307 Beamte, 23 Bedienstete auf Zeit, 46 Vertragsbedienstete, einen abgeordneten nationalen Experten und zwei Bedienstete einer Agentur;

Or. en

Änderungsantrag 48
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 30

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
30. stellt fest, dass die Konferenz der Präsidenten am 18. Januar 2023 ein von der Präsidentin vorgeschlagenes Mandat für eine politische Arbeitsgruppe gebilligt hat; hebt hervor, dass diese Gruppe damit beauftragt wurde, sich auf die legislative Rolle und die Verfahren des Parlaments zu konzentrieren und Verbesserungen bei seiner Rolle und seinen Kapazitäten als Teil der Haushaltsbehörde und als einzige	*(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

Entlastungsbehörde zu prüfen;

Or. en

Änderungsantrag 49
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 31

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
31. stellt mit Zufriedenheit fest, dass die GD PRES ihre Unterstützungsfunktion in Bezug auf die Kernaufgaben des Parlaments und insbesondere ihre Aufgaben der Planung der Plenartagungen und der legislativen Koordinierung, die Förderung des Plenums als Forum für hochrangige Debatten, die Vorbereitung und Weiterverfolgung der Sitzungen der Konferenz der Präsidenten, die Verbesserung und Erhöhung der Verfügbarkeit modernster Instrumente und Dienste für alle ihre Tätigkeiten, die Erleichterung des Zugangs zu einschlägigen parlamentarischen und legislativen Tätigkeiten, die aktive Mitwirkung an den vom Parlament im Zusammenhang mit der Wahl zum Europäischen Parlament 2024 eingeleiteten Maßnahmen sowie ihren Beitrag zu Solidaritätsinitiativen und zur administrativen Unterstützung des ukrainischen Parlaments weiterhin sichergestellt und weiter verbessert hat;	31. stellt mit Zufriedenheit fest, dass die GD PRES ihre Unterstützungsfunktion in Bezug auf die Kernaufgaben des Parlaments und insbesondere ihre Aufgaben der Planung der Plenartagungen und der legislativen Koordinierung, die Förderung des Plenums als Forum für hochrangige Debatten, die Vorbereitung und Weiterverfolgung der Sitzungen der Konferenz der Präsidenten, die Verbesserung und Erhöhung der Verfügbarkeit modernster Instrumente und Dienste für alle ihre Tätigkeiten, die Erleichterung des Zugangs zu ***und die Wirksamkeit von*** einschlägigen parlamentarischen und legislativen Tätigkeiten, die aktive Mitwirkung an den vom Parlament im Zusammenhang mit der Wahl zum Europäischen Parlament 2024 eingeleiteten Maßnahmen sowie ihren Beitrag zu Solidaritätsinitiativen und zur administrativen Unterstützung des ukrainischen Parlaments weiterhin sichergestellt und weiter verbessert hat;

Or. en

Änderungsantrag 50
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion
Daniel Freund

Entschließungsantrag
Ziffer 32 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	32a. fordert das Parlament auf, einen Jahresbericht über die Disziplinarmaßnahmen zu veröffentlichen, die gegen Mitglieder oder Bedienstete, die gegen ethische Normen verstoßen haben, verhängt wurden, und dabei umfassende Rechenschaft und einen transparente Umgang mit den Namen der betroffenen Mitglieder sicherzustellen, wenn dies nicht in den Jahresbericht des Beratender Ausschuss zum Verhalten von Mitgliedern aufgenommen wird; empfiehlt, dass seine Dienststellen eine Suchfunktion bereitstellen, um Erwähnungen von verhängten Strafen in den Protokollen des Parlaments und den Profilen der Mitglieder auf der Website des Parlaments leichter zu finden;

Or. en

Änderungsantrag 51
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 33

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
33. hebt hervor, dass das Plenum am 13. Juli 2023 Empfehlungen für die Reform der Vorschriften des Parlaments gebilligt hat, mit denen gegen politische Einflussnahme aus dem Ausland, Spionage und Korruptionsversuche vorgegangen werden soll; nimmt die zwischen den Organen der Union erzielte Einigung über die gemeinsame Einrichtung eines neuen Gremiums für ethische Normen zur Kenntnis; hebt hervor, dass dieses Gremium gemeinsame Mindeststandards für ethisches Verhalten entwickeln aktualisieren und entsprechend auslegen wird sowie Berichte veröffentlichen wird,	33. hebt hervor, dass das Plenum am 13. Juli 2023 Empfehlungen für die Reform der Vorschriften des Parlaments gebilligt hat, mit denen gegen politische Einflussnahme aus dem Ausland, Spionage und Korruptionsversuche vorgegangen werden soll; nimmt die zwischen den Organen der Union erzielte Einigung über die gemeinsame Einrichtung eines neuen Gremiums für ethische Normen zur Kenntnis; hebt hervor, dass dieses Gremium gemeinsame Mindeststandards für ethisches Verhalten entwickeln aktualisieren und entsprechend auslegen wird sowie Berichte veröffentlichen wird,

die sich mit diesen Standards in den internen Vorschriften befassen, und unabhängiges Fachwissen für Konsultationen zu Themen wie Interessenerklärungen bereitstellen wird; ***betont, dass das Parlament keinen im Vergleich zu anderen beteiligten Organen unverhältnismäßig hohen Anteil am finanziellen oder administrativen Aufwand tragen sollte; fordert, dass die Kosten und das Personal gerecht und ausgewogen auf alle teilnehmenden Organe verteilt werden, wobei sicherzustellen ist, dass jede Einrichtung einen verhältnismäßigen Beitrag leistet; betont, dass bei den Tätigkeiten*** des Gremiums ***Kosteneffizienz und Transparenz zu wahren und Überschneidungen mit anderen Gremien wie dem Beratenden Ausschuss für den Verhaltenskodex zu vermeiden sind***;	die sich mit diesen Standards in den internen Vorschriften befassen, und unabhängiges Fachwissen für Konsultationen zu Themen wie Interessenerklärungen bereitstellen wird; ***fordert die vollständige und dringende Umsetzung der Vereinbarung über die Einrichtung eines interinstitutionellen Gremiums für ethische Normen für Mitglieder der in Artikel 13 des Vertrags über die Europäische Union genannten Organe und beratenden Einrichtungen; bedauert den Ausschluss des Europäischen Rates und den Sonderstatus des Rates und würde ihr Engagement begrüßen; begrüßt nachdrücklich die Erklärung des Präsidenten des Europäischen Rates António Costa in seinem Einladungsschreiben, in dem er das Ersuchen des Europäischen Rates bekräftigt, sich den anderen Organen im interinstitutionellen Ethikgremium anzuschließen; ist entschlossen, die Arbeit*** des Gremiums ***so bald wie möglich beginnen zu lassen, und wird die vorgesehenen Mittel bereitstellen; ist der Ansicht, dass das Parlament alles in seiner Macht Stehende tun sollte, um alle Bestimmungen der Vereinbarung rasch in seine Geschäftsordnung aufzunehmen***;
	Or. en

Änderungsantrag 52
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 33

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
33. hebt hervor, dass das Plenum am 13. Juli 2023 Empfehlungen für die Reform der Vorschriften des Parlaments gebilligt hat, mit denen gegen politische Einflussnahme aus dem Ausland, Spionage und Korruptionsversuche vorgegangen	33. hebt hervor, dass das Plenum am 13. Juli 2023 Empfehlungen für die Reform der Vorschriften des Parlaments gebilligt hat, mit denen gegen politische Einflussnahme aus dem Ausland, Spionage und Korruptionsversuche vorgegangen

werden soll; nimmt die zwischen den Organen der Union erzielte Einigung über die gemeinsame Einrichtung eines neuen Gremiums für ethische Normen zur Kenntnis; hebt hervor, dass dieses Gremium gemeinsame Mindeststandards für ethisches Verhalten entwickeln aktualisieren und entsprechend auslegen wird sowie Berichte veröffentlichen wird, die sich mit diesen Standards in den internen Vorschriften befassen, und unabhängiges Fachwissen für Konsultationen zu Themen wie Interessenerklärungen bereitstellen wird; betont, dass das Parlament ***keinen im Vergleich zu anderen beteiligten Organen unverhältnismäßig hohen Anteil am finanziellen oder administrativen Aufwand tragen sollte***; fordert, dass die Kosten und das Personal gerecht und ausgewogen auf alle teilnehmenden Organe verteilt werden, wobei sicherzustellen ist, dass jede Einrichtung einen ***verhältnismäßigen*** Beitrag leistet; betont, dass bei den Tätigkeiten des Gremiums ***Kosteneffizienz und*** Transparenz ***zu wahren*** und Überschneidungen mit anderen Gremien wie dem Beratenden Ausschuss für den Verhaltenskodex zu vermeiden sind;

werden soll; nimmt die zwischen den Organen der Union erzielte Einigung über die gemeinsame Einrichtung eines neuen Gremiums für ethische Normen zur Kenntnis; hebt hervor, dass dieses Gremium gemeinsame Mindeststandards für ethisches Verhalten entwickeln aktualisieren und entsprechend auslegen wird sowie Berichte veröffentlichen wird, die sich mit diesen Standards in den internen Vorschriften befassen, und unabhängiges Fachwissen für Konsultationen zu Themen wie Interessenerklärungen bereitstellen wird; betont, dass ***sich*** das Parlament ***angesichts seiner spezifischen Rolle und Funktion den höchstmöglichen Standards folgen sollte, um das Vertrauen der Bürger zu stärken, und fordert erneut alle erforderlichen Ressourcen, damit die internen Transparenzvorschriften wirksam durchgesetzt werden***; fordert, dass die Kosten und das Personal gerecht und ausgewogen auf alle teilnehmenden Organe verteilt werden, wobei sicherzustellen ist, dass jede Einrichtung einen ***im Verhältnis zu ihrer Größe und Rolle stehenden*** Beitrag leistet; betont, dass bei den Tätigkeiten des Gremiums ***die höchstmöglichen Standards an*** Transparenz ***sicherzustellen und aufrechtzuerhalten*** und Überschneidungen mit anderen Gremien wie dem Beratenden Ausschuss für den Verhaltenskodex zu vermeiden sind;

Or. en

Änderungsantrag 53
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion
Daniel Freund

Entschließungsantrag
Ziffer 33

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

33. hebt hervor, dass das Plenum am 13. Juli 2023 Empfehlungen für die Reform der Vorschriften des Parlaments gebilligt hat, mit denen gegen politische Einflussnahme aus dem Ausland, Spionage und Korruptionsversuche vorgegangen werden soll; nimmt die zwischen den Organen der Union erzielte Einigung über die gemeinsame Einrichtung eines neuen Gremiums für ethische Normen zur Kenntnis; hebt hervor, dass dieses Gremium gemeinsame Mindeststandards für ethisches Verhalten entwickeln aktualisieren und entsprechend auslegen wird sowie Berichte veröffentlichen wird, die sich mit diesen Standards in den internen Vorschriften befassen, und unabhängiges Fachwissen für Konsultationen zu Themen wie Interessenerklärungen bereitstellen wird; betont, dass das Parlament ***keinen*** im Vergleich zu anderen beteiligten Organen ***unverhältnismäßig hohen Anteil am finanziellen oder administrativen Aufwand tragen sollte; fordert, dass die Kosten und das Personal gerecht und ausgewogen*** auf alle teilnehmenden Organe ***verteilt werden***, wobei sicherzustellen ist, dass jede Einrichtung einen verhältnismäßigen Beitrag leistet; betont, dass ***bei den Tätigkeiten des Gremiums Kosteneffizienz und Transparenz zu wahren und*** Überschneidungen mit anderen Gremien wie dem Beratenden Ausschuss für den Verhaltenskodex ***zu vermeiden sind***;	33. hebt hervor, dass das Plenum am 13. Juli 2023 Empfehlungen für die Reform der Vorschriften des Parlaments gebilligt hat, mit denen gegen politische Einflussnahme aus dem Ausland, Spionage und Korruptionsversuche vorgegangen werden soll; nimmt die zwischen den Organen der Union erzielte Einigung über die gemeinsame Einrichtung eines neuen Gremiums für ethische Normen zur Kenntnis; hebt hervor, dass dieses Gremium gemeinsame Mindeststandards für ethisches Verhalten entwickeln aktualisieren und entsprechend auslegen wird sowie Berichte veröffentlichen wird, die sich mit diesen Standards in den internen Vorschriften befassen, und unabhängiges Fachwissen für Konsultationen zu Themen wie Interessenerklärungen bereitstellen wird; betont, dass das Parlament im Vergleich zu anderen beteiligten Organen***, mit Ausnahme des Europäischen Gerichtshofs, einen im Verhältnis zu seinem Verwaltungshaushalt stehenden Teil finanziert, zumals es nur einen Beobachterstatus innehat; unterstützt die gerechte und ausgewogene Verteilung der Kosten und des Personals*** auf alle teilnehmenden Organe, wobei sicherzustellen ist, dass jede Einrichtung einen verhältnismäßigen Beitrag leistet; betont, dass ***die Kosteneffizienz und Transparenz noch weiter erhöht werden können, wenn zusätzliche*** Überschneidungen mit anderen Gremien wie dem Beratenden Ausschuss für den Verhaltenskodex ***verhindert werden, indem stattdessen das unabhängige Ethikgremium und dessen Sachverständige eingesetzt werden***;
	Or. en

Änderungsantrag 54
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag

Ziffer 34

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
34. begrüßt, dass die GD PRES außerdem in Bezug auf alle Aspekte, die das interinstitutionelle Sekretariat des Transparenzregisters betreffen, weiter wirksam mit dem Rat und der Kommission zusammengearbeitet hat, wobei sie 2023 an 21 Sitzungen teilnahm, damit die Funktionsweise des Registers weiter verbessert werden kann; stellt fest, dass die vollständige Umsetzung des verbindlichen Transparenzregisters ein wichtiges Instrument zur Förderung der Transparenz auf Unionsebene ist; und zwar durch die Einführung einer obligatorischen Registrierung als Voraussetzung dafür, dass Interessenvertreter spezifische Tätigkeiten bei den Organen der Union, auch dem Parlament, ausüben können; fordert, dass alle erforderlichen Ressourcen bereitgestellt werden, um sicherzustellen, dass die internen Vorschriften im Zusammenhang mit dem Transparenz-Register wirksam durchgesetzt werden; betont, dass die Verpflichtung ***der*** Mitglieder zur Aufzeichnung von Treffen lediglich geplante Treffen, solche, an denen Interessenvertreter teilnehmen, die in den Anwendungsbereich des Transparenzregisters fallen, und solche, die sich mit der parlamentarischen Tätigkeit befassen, betrifft; erläutert, dass dieser Ansatz für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Transparenzanforderungen und Verwaltungsaufwand sorgt;	34. begrüßt, dass die GD PRES außerdem in Bezug auf alle Aspekte, die das interinstitutionelle Sekretariat des Transparenzregisters betreffen, weiter wirksam mit dem Rat und der Kommission zusammengearbeitet hat, wobei sie 2023 an 21 Sitzungen teilnahm, damit die Funktionsweise des Registers weiter verbessert werden kann; stellt fest, dass die vollständige Umsetzung des verbindlichen Transparenzregisters ein wichtiges Instrument zur Förderung der Transparenz auf Unionsebene ist; und zwar durch die Einführung einer obligatorischen Registrierung als Voraussetzung dafür, dass Interessenvertreter spezifische Tätigkeiten bei den Organen der Union, auch dem Parlament, ausüben können; fordert, dass alle erforderlichen Ressourcen bereitgestellt werden, um sicherzustellen, dass die internen Vorschriften im Zusammenhang mit dem Transparenz-Register wirksam durchgesetzt werden; betont, dass die ***im November 2023 ausgeweitete*** Verpflichtung ***aller*** Mitglieder zur Aufzeichnung von Treffen lediglich geplante Treffen, solche, an denen Interessenvertreter teilnehmen, die in den Anwendungsbereich des Transparenzregisters fallen, und solche, die sich mit der parlamentarischen Tätigkeit befassen, betrifft; ***fordert die vollständige Umsetzung dieser Bestimmungen, die nicht umgangen werden dürfen;*** erläutert, dass dieser Ansatz für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Transparenzanforderungen und Verwaltungsaufwand sorgt; ***weist erneut auf die Forderung hin, den Anwendungsbereich des Transparenzregisters auf Vertreter von Drittstaaten auszuweiten;***

Or. en

Änderungsantrag 55
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 34

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
34. begrüßt, dass die GD PRES außerdem in Bezug auf alle Aspekte, die das interinstitutionelle Sekretariat des Transparenzregisters betreffen, weiter wirksam mit dem Rat und der Kommission zusammengearbeitet hat, wobei sie 2023 an 21 Sitzungen teilnahm, damit die Funktionsweise des Registers weiter verbessert werden kann; stellt fest, dass die vollständige Umsetzung des verbindlichen Transparenzregisters ein wichtiges Instrument zur Förderung der Transparenz auf Unionsebene ist; und zwar durch die Einführung einer obligatorischen Registrierung als Voraussetzung dafür, dass Interessenvertreter spezifische Tätigkeiten bei den Organen der Union, auch dem Parlament, ausüben können; fordert, dass alle erforderlichen Ressourcen bereitgestellt werden, um sicherzustellen, dass die internen Vorschriften im Zusammenhang mit dem Transparenz-Register wirksam durchgesetzt werden; betont, dass die Verpflichtung der Mitglieder zur Aufzeichnung von Treffen lediglich geplante Treffen, solche, an denen Interessenvertreter teilnehmen, die in den Anwendungsbereich des Transparenzregisters fallen, und solche, die sich mit der parlamentarischen Tätigkeit befassen, betrifft; erläutert, dass dieser Ansatz für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Transparenzanforderungen und Verwaltungsaufwand sorgt;	34. begrüßt, dass die GD PRES außerdem in Bezug auf alle Aspekte, die das interinstitutionelle Sekretariat des Transparenzregisters betreffen, weiter wirksam mit dem Rat und der Kommission zusammengearbeitet hat, wobei sie 2023 an 21 Sitzungen teilnahm, damit die Funktionsweise des Registers weiter verbessert werden kann; stellt fest, dass die vollständige Umsetzung des verbindlichen Transparenzregisters ein wichtiges Instrument zur Förderung der Transparenz auf Unionsebene ist; und zwar durch die Einführung einer obligatorischen Registrierung als Voraussetzung dafür, dass Interessenvertreter spezifische Tätigkeiten bei den Organen der Union, auch dem Parlament, ausüben können; fordert, dass alle erforderlichen Ressourcen bereitgestellt werden, um sicherzustellen, dass die internen Vorschriften im Zusammenhang mit dem Transparenz-Register wirksam durchgesetzt werden; betont, dass die Verpflichtung der Mitglieder zur Aufzeichnung von Treffen lediglich geplante Treffen, solche, an denen Interessenvertreter teilnehmen, die in den Anwendungsbereich des Transparenzregisters fallen, und solche, die sich mit der parlamentarischen Tätigkeit befassen, betrifft; erläutert, dass dieser Ansatz für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Transparenzanforderungen und Verwaltungsaufwand sorgt; ***bekräftigt, dass die Mitglieder des Parlaments und die Mitarbeiter ihre Büros keine Treffen mit Interessenvertretern abhalten dürfen, die nicht ins Transparenzregister eingetragen sind;***

Or. en

Änderungsantrag 56
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion
Daniel Freund

Entschließungsantrag
Ziffer 35

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
35. begrüßt die verstärkte Nutzung des Transparenz-Registers als Informations- und Referenzwerkzeug für Tätigkeiten der Interessenvertretung auf Unionsebene, was sich an der Zunahme der Anträge auf Registrierung und der gestiegenen Zahl von Aufrufen der Website im Jahresvergleich zeigt; begrüßt die Entwicklung von IT-Lösungen zur Verbesserung des Transparenzregisters; stellt fest, dass sich die Qualität der Einträge im Transparenzregister verbessert hat, und weist erneut darauf hin, dass die Prüfungen der Datenqualität bei neuen Antragstellern weiter verstärkt werden müssen; begrüßt die Festlegung solider Normen innerhalb des Parlaments in Bezug auf die Transparenz und den Zugang zu den Organen für Einrichtungen, die im Transparenz-Register aufgeführt sind***, auch nichtstaatliche Organisationen; weist darauf hin, dass nichtstaatliche Organisationen infolge der Fälle mutmaßlicher Korruption im Parlament als Vehikel für Einflussnahme aus dem Ausland genutzt worden sein sollen; bekräftigt in diesem Zusammenhang, dass Einrichtungen einer umfassenden finanziellen Vorabkontrolle unterzogen werden müssen, bevor sie in das Transparenz-Register aufgenommen werden***;	35. begrüßt die verstärkte Nutzung des Transparenz-Registers als Informations- und Referenzwerkzeug für Tätigkeiten der Interessenvertretung auf Unionsebene, was sich an der Zunahme der Anträge auf Registrierung und der gestiegenen Zahl von Aufrufen der Website im Jahresvergleich zeigt; begrüßt die Entwicklung von IT-Lösungen zur Verbesserung des Transparenzregisters; stellt fest, dass sich die Qualität der Einträge im Transparenzregister verbessert hat, und weist erneut darauf hin, dass die Prüfungen der Datenqualität bei neuen Antragstellern weiter verstärkt werden müssen; begrüßt die Festlegung solider Normen innerhalb des Parlaments in Bezug auf die Transparenz und den Zugang zu den Organen für Einrichtungen, die im Transparenz-Register aufgeführt sind;

Or. en

Änderungsantrag 57

Giuseppe Lupo, Carla Tavares, José Cepeda

Entschließungsantrag
Ziffer 35

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
35. begrüßt die verstärkte Nutzung des Transparenz-Registers als Informations- und Referenzwerkzeug für Tätigkeiten der Interessenvertretung auf Unionsebene, was sich an der Zunahme der Anträge auf Registrierung und der gestiegenen Zahl von Aufrufen der Website im Jahresvergleich zeigt; begrüßt die Entwicklung von IT-Lösungen zur Verbesserung des Transparenzregisters; stellt fest, dass sich die Qualität der Einträge im Transparenzregister verbessert hat, und weist erneut darauf hin, dass die Prüfungen der Datenqualität bei neuen Antragstellern weiter verstärkt werden müssen; begrüßt die Festlegung solider Normen innerhalb des Parlaments in Bezug auf die Transparenz und den Zugang zu den Organen für Einrichtungen, die im ***Transparenz-Register*** aufgeführt sind, ***auch nichtstaatliche Organisationen; weist darauf hin, dass nichtstaatliche Organisationen infolge der Fälle mutmaßlicher Korruption im Parlament als Vehikel für Einflussnahme aus dem Ausland genutzt worden sein sollen***; bekräftigt ***in*** diesem ***Zusammenhang, dass Einrichtungen einer umfassenden finanziellen Vorabkontrolle unterzogen werden müssen, bevor sie in das Transparenz-Register aufgenommen werden***;	35. begrüßt die verstärkte Nutzung des Transparenz-Registers als Informations- und Referenzwerkzeug für Tätigkeiten der Interessenvertretung auf Unionsebene, was sich an der Zunahme der Anträge auf Registrierung und der gestiegenen Zahl von Aufrufen der Website im Jahresvergleich zeigt; begrüßt die Entwicklung von IT-Lösungen zur Verbesserung des Transparenzregisters; stellt fest, dass sich die Qualität der Einträge im Transparenzregister verbessert hat, und weist erneut darauf hin, dass die Prüfungen der Datenqualität bei neuen Antragstellern weiter verstärkt werden müssen; begrüßt die Festlegung solider Normen innerhalb des Parlaments in Bezug auf die Transparenz und den Zugang zu den Organen für Einrichtungen, die im ***Transparenzregister*** aufgeführt sind, ***und zwar ausnahmslos für alle ins Transparenzregister eingetragenen Interessenvertreter; verurteilt jedweden missbräuchlichen Versuch, die legislativen Tätigkeiten des Parlaments zu beeinflussen***; bekräftigt ***vor*** diesem ***Hintergrund, dass daher eine umfassende und regelmäßige finanzielle Überprüfung aller Antragsteller durchgeführt werden muss***;

Or. en

Änderungsantrag 58
Gerben-Jan Gerbrandy, Vlad Vasile-Voiculescu, Michal Wiezik, Olivier Chastel, Gilles Boyer

Entschließungsantrag
Ziffer 35

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
35. begrüßt die verstärkte Nutzung des Transparenz-Registers als Informations- und Referenzwerkzeug für Tätigkeiten der Interessenvertretung auf Unionsebene, was sich an der Zunahme der Anträge auf Registrierung und der gestiegenen Zahl von Aufrufen der Website im Jahresvergleich zeigt; begrüßt die Entwicklung von IT-Lösungen zur Verbesserung des Transparenzregisters; stellt fest, dass sich die Qualität der Einträge im Transparenzregister verbessert hat, und weist erneut darauf hin, dass die Prüfungen der Datenqualität bei neuen Antragstellern weiter verstärkt werden müssen; begrüßt die Festlegung solider Normen innerhalb des Parlaments in Bezug auf die Transparenz und den Zugang zu den Organen für ***Einrichtungen, die im Transparenz-Register aufgeführt sind, auch nichtstaatliche Organisationen; weist darauf hin, dass nichtstaatliche Organisationen infolge der Fälle mutmaßlicher Korruption im Parlament als Vehikel für*** Einflussnahme aus dem Ausland ***genutzt worden sein sollen***; bekräftigt in diesem Zusammenhang, dass Einrichtungen einer umfassenden finanziellen Vorabkontrolle unterzogen werden müssen, bevor sie in das Transparenz-Register aufgenommen werden;	35. begrüßt die verstärkte Nutzung des Transparenz-Registers als Informations- und Referenzwerkzeug für Tätigkeiten der Interessenvertretung auf Unionsebene, was sich an der Zunahme der Anträge auf Registrierung und der gestiegenen Zahl von Aufrufen der Website im Jahresvergleich zeigt; begrüßt die Entwicklung von IT-Lösungen zur Verbesserung des Transparenzregisters; stellt fest, dass sich die Qualität der Einträge im Transparenzregister verbessert hat, und weist erneut darauf hin, dass die Prüfungen der Datenqualität bei neuen Antragstellern weiter verstärkt werden müssen; begrüßt die Festlegung solider Normen innerhalb des Parlaments in Bezug auf die Transparenz und den Zugang zu den Organen für ***eingetragene Einrichtungen; betont, dass es wichtig ist, die institutionelle Integrität zu wahren und eine etwaige*** Einflussnahme aus dem Ausland ***zu verhindern***; bekräftigt in diesem Zusammenhang, dass ***alle*** Einrichtungen einer umfassenden finanziellen Vorabkontrolle unterzogen werden müssen, bevor sie in das Transparenz-Register aufgenommen werden;

Or. en

Änderungsantrag 59
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 35

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
35. begrüßt die verstärkte Nutzung des Transparenz-Registers als Informations-	35. begrüßt die verstärkte Nutzung des Transparenz-Registers als Informations-

und Referenzwerkzeug für Tätigkeiten der Interessenvertretung auf Unionsebene, was sich an der Zunahme der Anträge auf Registrierung und der gestiegenen Zahl von Aufrufen der Website im Jahresvergleich zeigt; begrüßt die Entwicklung von IT-Lösungen zur Verbesserung des Transparenzregisters; stellt fest, dass sich die Qualität der Einträge im Transparenzregister verbessert hat, und weist erneut darauf hin, dass die Prüfungen der Datenqualität bei neuen Antragstellern weiter verstärkt werden müssen; begrüßt die Festlegung solider Normen innerhalb des Parlaments in Bezug auf die Transparenz und den Zugang zu den Organen für Einrichtungen, die im Transparenz-Register aufgeführt sind***, auch nichtstaatliche Organisationen***; weist darauf hin, dass nichtstaatliche Organisationen infolge der Fälle mutmaßlicher Korruption im Parlament als Vehikel für Einflussnahme aus dem Ausland genutzt worden sein sollen; bekräftigt ***in diesem Zusammenhang, dass Einrichtungen einer umfassenden finanziellen Vorabkontrolle unterzogen werden müssen, bevor sie*** in das ***Transparenz-Register aufgenommen werden***;

und Referenzwerkzeug für Tätigkeiten der Interessenvertretung auf Unionsebene, was sich an der Zunahme der Anträge auf Registrierung und der gestiegenen Zahl von Aufrufen der Website im Jahresvergleich zeigt; begrüßt die Entwicklung von IT-Lösungen zur Verbesserung des Transparenzregisters; stellt fest, dass sich die Qualität der Einträge im Transparenzregister verbessert hat, und weist erneut darauf hin, dass die Prüfungen der Datenqualität bei neuen Antragstellern weiter verstärkt werden müssen; begrüßt die Festlegung solider Normen innerhalb des Parlaments in Bezug auf die Transparenz und den Zugang zu den Organen für Einrichtungen, die im Transparenz-Register aufgeführt sind; weist darauf hin, dass nichtstaatliche Organisationen infolge der Fälle mutmaßlicher Korruption im Parlament als Vehikel für Einflussnahme aus dem Ausland ***und von korrupten Akteuren innerhalb des Parlaments missbräuchlich*** genutzt worden sein sollen; bekräftigt***, dass es wichtig ist, über aktuelle und eindeutige Informationen zu allen*** in das ***Transparenzregister verzeichneten Einrichtungen zu verfügen***;

Or. en

Änderungsantrag 60
Julien Sanchez, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 35

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
35. begrüßt die verstärkte Nutzung des Transparenz-Registers als Informations- und Referenzwerkzeug für Tätigkeiten der Interessenvertretung auf Unionsebene, was sich an der Zunahme der Anträge auf Registrierung und der gestiegenen Zahl von Aufrufen der Website im	35. begrüßt die verstärkte Nutzung des Transparenz-Registers als Informations- und Referenzwerkzeug für Tätigkeiten der Interessenvertretung auf Unionsebene, was sich an der Zunahme der Anträge auf Registrierung und der gestiegenen Zahl von Aufrufen der Website im

Jahresvergleich zeigt; begrüßt die Entwicklung von IT-Lösungen zur Verbesserung des Transparenzregisters; stellt fest, dass sich die Qualität der Einträge im Transparenzregister verbessert hat, und weist erneut darauf hin, dass die Prüfungen der Datenqualität bei neuen Antragstellern weiter verstärkt werden müssen; begrüßt die Festlegung solider Normen innerhalb des Parlaments in Bezug auf die Transparenz und den Zugang zu den Organen für Einrichtungen, die im Transparenz-Register aufgeführt sind, auch nichtstaatliche Organisationen; weist darauf hin, dass nichtstaatliche Organisationen infolge der Fälle mutmaßlicher Korruption im Parlament als Vehikel für Einflussnahme aus dem Ausland genutzt worden sein sollen; bekräftigt in diesem Zusammenhang, dass Einrichtungen einer umfassenden finanziellen Vorabkontrolle unterzogen werden müssen, bevor sie in das Transparenz-Register aufgenommen werden;	Jahresvergleich zeigt; begrüßt die Entwicklung von IT-Lösungen zur Verbesserung des Transparenzregisters; stellt fest, dass sich die Qualität der Einträge im Transparenzregister verbessert hat, und weist erneut darauf hin, dass die Prüfungen der Datenqualität bei neuen Antragstellern weiter verstärkt werden müssen; begrüßt die Festlegung solider Normen innerhalb des Parlaments in Bezug auf die Transparenz und den Zugang zu den Organen für Einrichtungen, die im Transparenz-Register aufgeführt sind, auch nichtstaatliche Organisationen; weist darauf hin, dass nichtstaatliche Organisationen***, auf die das Parlament Anfang 2024 die Vorschriften zur Bekämpfung der Geldwäsche nicht anwenden wollte,*** infolge der Fälle mutmaßlicher Korruption im Parlament als Vehikel für Einflussnahme aus dem Ausland genutzt worden sein sollen; bekräftigt in diesem Zusammenhang, dass Einrichtungen einer umfassenden finanziellen Vorabkontrolle unterzogen werden müssen, bevor sie in das Transparenz-Register aufgenommen werden;
	Or. fr

Änderungsantrag 61
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion
Daniel Freund

Entschließungsantrag
Ziffer 35 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	35a. stellt fest, dass sich die Qualität der Transparenzregister-Einträge in den letzten Jahren verbessert hat, und würdigt die Rolle des gemeinsamen Sekretariats bei dieser Verbesserung, die trotz begrenzter Ressourcen stattfand; bedauert jedoch, dass die Qualität der Einträge

insgesamt nach wie vor nicht zufriedenstellend ist, wobei das Sekretariat bei der Überprüfung von etwa 35 % der Einträge im Laufe des Jahres 2023 festgestellt hat, dass 40 % der überprüften Einträge nicht von Anfang an eine zufriedenstellende Datenqualität aufwiesen; betont, dass dem Sekretariat zusätzliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden müssen, um die Prüfung des Transparenzregisters zur Sicherstellung der Datenqualität zu ermöglichen;

Or. en

Änderungsantrag 62
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 35 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	35a. bekräftigt, dass die Integrität der EU-Organe gewahrt werden muss; fordert, dass die obligatorische Karenzzeit für scheidende Mitglieder des Europäischen Parlaments und hochrangige Beamte in den EU-Organen auf zwei Jahre verlängert wird, in denen es ihnen untersagt ist, Lobby- oder Interessenvertretungstätigkeiten auszuüben, die in unmittelbarem Zusammenhang mit den Gesetzgebungs- oder Regulierungsverfahren der EU stehen; weist darauf hin, dass dazu die Vertretung privater Interessen oder das Handeln im Namen von Organisationen gehört, die versuchen, die Politik, Haushaltsentscheidungen oder die Auftragsvergabe der EU zu beeinflussen, wobei das Ziel verfolgt wird, das Risiko unzulässiger Einflussnahme und „Drehtür“-Praktiken zu verringern;

Or. en

Änderungsantrag 63
Monika Hohlmeier

Entschließungsantrag
Ziffer 35 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	35a. stellt fest, dass sich die Einführung einer sechsmonatigen Karenzzeit für ehemalige Mitglieder nach Ablauf ihres Mandats als geeignetes Instrument erwiesen hat, und fordert die Verwaltung auf, Verstößen gegen diese Bestimmung vorzubeugen;

Or. en

Änderungsantrag 64
Giuseppe Lupo, Carla Tavares, José Cepeda

Entschließungsantrag
Ziffer 35 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	35a. stell fest, dass die Organe gemäß Artikel 11 des Vertrags über die Europäische Union dazu verpflichtet sind, den Bürgerinnen und Bürgern und den repräsentativen Verbänden in geeigneter Weise die Möglichkeit zu geben, ihre Ansichten in allen Bereichen des Handelns der Union öffentlich bekannt zu geben und auszutauschen; weist außerdem darauf hin, dass die Organe der Union im Einklang mit dem Vertrag verpflichtet sind, einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit repräsentativen Verbänden und der Zivilgesellschaft zu führen; weist darauf hin, dass vom Parlament aufgrund seiner Position als einzigem direkt gewähltem Organ ein Höchstmaß an Offenheit erwartet wird;

Or. en

Änderungsantrag 65
Jonas Sjöstedt, Younous Omarjee

Entschließungsantrag
Ziffer 36 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	36a. begrüßt, dass das Parlament Mitgliedern im Mutterschaftsurlaub oder bei einer bevorstehenden Geburt neuerdings die Möglichkeit bietet, ihre Abwesenheit bei Abstimmungen mitzuteilen; wiederholt seine Aufforderung, es den Mitgliedern zu ermöglichen, ihr Recht auf Fernabstimmung während der Inanspruchnahme von Mutterschaftsurlaub oder Elternzeit, während einer Langzeiterkrankung oder im Falle höherer Gewalt auszuüben, und ihnen dadurch zu ermöglichen, ihre Aufgaben wahrzunehmen und gleichzeitig einen Nutzen aus den großen Verwaltungsbemühungen und finanziellen Investitionen zu ziehen, die das Parlament während der Pandemie im Hinblick auf technische Lösungen zur Ermöglichung der Fernabstimmung geleistet bzw. getätigt hat;

Or. en

Änderungsantrag 66
Jonas Sjöstedt, Younous Omarjee

Entschließungsantrag
Ziffer 36

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
36. betont, dass der Ruf des Parlaments als einziges direkt gewähltes Organ vor ungebührlicher Einflussnahme	***entfällt***

geschützt werden muss, und betont, dass nichtstaatliche Organisationen und Netzwerke mit einer eindeutig aktivistischen Agenda, die versuchen, unmittelbar Einfluss auf den Beschlussfassungsprozess im Parlament zu nehmen, indem sie vorab verfasste Änderungsanträge und Dokumente für Ausschussbeschlüsse und Triloge übermitteln, der Arbeit des Parlaments schaden; betont, dass das Parlament klar zwischen nichtstaatlichen Organisationen und professionellen Netzwerken, die politische Aktivisten beschäftigen, einerseits und Organisationen, deren Arbeit von Freiwilligen und Ehrenamtlichen ausgeübt wird, andererseits unterscheiden sollte; fordert das Parlament auf, nichtstaatliche Organisationen zu sanktionieren, die in unzulässiger Weise versuchen, Entscheidungen zu manipulieren;

Or. en

Änderungsantrag 67
Giuseppe Lupo, Carla Tavares, José Cepeda

Entschließungsantrag
Ziffer 36

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
36. betont, dass der Ruf des Parlaments als einziges direkt gewähltes Organ vor ungebührlicher Einflussnahme geschützt werden muss, und betont, dass nichtstaatliche Organisationen und Netzwerke mit einer eindeutig aktivistischen Agenda, die versuchen, unmittelbar Einfluss auf den Beschlussfassungsprozess im Parlament zu nehmen, indem sie vorab verfasste Änderungsanträge und Dokumente für Ausschussbeschlüsse und Triloge übermitteln, der Arbeit des Parlaments schaden; betont, dass das Parlament klar zwischen nichtstaatlichen Organisationen	***entfällt***

und professionellen Netzwerken, die politische Aktivisten beschäftigen, einerseits und Organisationen, deren Arbeit von Freiwilligen und Ehrenamtlichen ausgeübt wird, andererseits unterscheiden sollte; fordert das Parlament auf, nichtstaatliche Organisationen zu sanktionieren, die in unzulässiger Weise versuchen, Entscheidungen zu manipulieren;

Or. en

Änderungsantrag 68
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion
Daniel Freund

Entschließungsantrag
Ziffer 36

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
36. betont, dass ***der Ruf des Parlaments als einziges direkt gewähltes Organ vor ungebührlicher Einflussnahme geschützt werden muss, und*** betont***, dass nichtstaatliche Organisationen und Netzwerke mit einer eindeutig aktivistischen Agenda, die versuchen, unmittelbar Einfluss auf den Beschlussfassungsprozess im Parlament zu nehmen, indem sie vorab verfasste Änderungsanträge und Dokumente für Ausschussbeschlüsse und Triloge übermitteln, der Arbeit des Parlaments schaden***; betont, dass ***das Parlament klar zwischen nichtstaatlichen Organisationen und professionellen Netzwerken, die politische Aktivisten beschäftigen, einerseits und Organisationen, deren Arbeit von Freiwilligen und Ehrenamtlichen ausgeübt wird, andererseits unterscheiden sollte; fordert das Parlament auf, nichtstaatliche Organisationen zu sanktionieren, die in unzulässiger Weise versuchen,***	36. betont, dass ***die Einbeziehung von Interessenträgern für eine faktengestützte Politikgestaltung von entscheidender Bedeutung ist,*** betont ***jedoch auch, dass der Ruf des Europäischen Parlaments als einziges direkt gewähltes Organ vor ungebührlicher Einflussnahme geschützt werden muss***; betont, dass ***Einrichtungen und Netzwerke, die versuchen, den politischen Entscheidungsprozess im Parlament durch intransparente Mittel oder durch Umgehung etablierter demokratischer Verfahren zu beeinflussen, Gefahr laufen, die Integrität der Arbeit des Parlaments zu untergraben***;

Entscheidungen zu manipulieren;

Or. en

Änderungsantrag 69
Gerben-Jan Gerbrandy, Vlad Vasile-Voiculescu, Michal Wiezik, Gilles Boyer

Entschließungsantrag
Ziffer 36

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
36. betont, dass der Ruf des Parlaments als einziges direkt gewähltes Organ vor ungebührlicher Einflussnahme geschützt werden muss***, und*** betont, dass ***nichtstaatliche Organisationen*** und Netzwerke ***mit einer eindeutig aktivistischen Agenda***, die versuchen, ***unmittelbar Einfluss auf*** den Beschlussfassungsprozess im Parlament ***zu nehmen, indem sie vorab verfasste Änderungsanträge und Dokumente für Ausschussbeschlüsse und Triloge übermitteln, der Arbeit des Parlaments schaden; betont, dass das Parlament klar zwischen nichtstaatlichen Organisationen und professionellen Netzwerken, die politische Aktivisten beschäftigen, einerseits und Organisationen, deren*** Arbeit ***von Freiwilligen und Ehrenamtlichen ausgeübt wird, andererseits unterscheiden sollte; fordert das Parlament auf, nichtstaatliche Organisationen zu sanktionieren, die in unzulässiger Weise versuchen, Entscheidungen zu manipulieren***;	36. betont, dass ***die Einbeziehung von Interessenträgern für eine fundierte Entscheidungsfindung von wesentlicher Bedeutung ist, weist jedoch darauf hin, dass*** der Ruf des Parlaments als einziges direkt gewähltes Organ vor ungebührlicher Einflussnahme geschützt werden muss***;*** betont, dass ***Einrichtungen*** und Netzwerke, die versuchen, den Beschlussfassungsprozess im Parlament ***durch intransparente Mittel oder durch Umgehung etablierter demokratischer Verfahren zu beeinflussen, Gefahr laufen, die*** Arbeit ***des Parlaments zu beeinträchtigen***;

Or. en

Änderungsantrag 70
Monika Hohlmeier

Entschließungsantrag
Ziffer 36

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
36. betont, dass der Ruf des Parlaments als einziges direkt gewähltes Organ vor ungebührlicher Einflussnahme geschützt werden ***muss, und*** betont***, dass nichtstaatliche Organisationen und Netzwerke mit*** einer ***eindeutig aktivistischen Agenda, die versuchen, unmittelbar Einfluss auf den Beschlussfassungsprozess im Parlament zu nehmen, indem sie vorab verfasste Änderungsanträge und Dokumente für Ausschussbeschlüsse und Triloge übermitteln, der Arbeit*** des Parlaments ***schaden***; betont***, dass das Parlament klar zwischen nichtstaatlichen Organisationen und professionellen Netzwerken, die politische Aktivisten beschäftigen, einerseits und Organisationen, deren Arbeit von Freiwilligen und Ehrenamtlichen ausgeübt wird, andererseits unterscheiden sollte; fordert das Parlament auf, nichtstaatliche Organisationen zu sanktionieren, die in unzulässiger Weise versuchen, Entscheidungen zu manipulieren***;	36. betont, dass der Ruf des Parlaments als einziges direkt gewähltes Organ ***und die Integrität seines Beschlussfassungsprozesses*** vor ungebührlicher Einflussnahme geschützt werden ***müssen;*** betont ***nachdrücklich, dass der Beschlussfassungsprozess des Parlaments niemals Gegenstand*** einer ***versteckten Lobbyarbeit der Kommission oder eines anderen Organs oder einer anderen Einrichtung sein darf, um die Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen den Organen zu wahren und die Autonomie*** des Parlaments ***zu schützen***; betont ***in ähnlicher Weise und unter Berücksichtigung der jüngsten Ereignisse, dass jeder Versuch externer Akteure, den Beschlussfassungsprozess des Parlaments zu beeinflussen, indem beispielsweise vorab verfasste Änderungsanträge vorschlagen werden, das Gesetzgebungsverfahren und die Arbeit des Parlaments und seiner gewählten Mitglieder nicht beeinträchtigen sollte***;

Or. en

Änderungsantrag 71
Giuseppe Lupo, Carla Tavares, José Cepeda

Entschließungsantrag
Ziffer 36 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	36a. betont, dass der Ruf des Parlaments als einziges direkt gewähltes Organ vor unzulässiger Einflussnahme, insbesondere der Einflussnahme aus dem Ausland, geschützt werden muss; betont, dass die Tätigkeiten des Europäischen Parlaments vor jeder unzulässigen Einflussnahme und jedem Versuch geschützt werden müssen, die Autonomie der Mitglieder des Europäischen

Parlaments und des Parlaments selbst zu beeinträchtigen; betont, dass das Europäische Parlament gegenüber allen Interessenvertretern einen vorsichtigen Ansatz verfolgen sollte, um so transparent wie möglich und im Einklang mit den Werten der EU die Interessen und Rechte der europäischen Bürgerinnen und Bürger zu schützen und zu vertreten; fordert das Europäische Parlament auf, alle erforderlichen Initiativen zu ergreifen, um jeden unzulässigen Versuch, die parlamentarischen Tätigkeiten zu manipulieren, zu verhindern;

Or. en

Änderungsantrag 72
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion
Daniel Freund

Entschließungsantrag
Ziffer 36 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	36a. bekräftigt, dass das Europäische Parlament den in Artikel 11 EUV verankerten „offenen, transparenten und regelmäßigen“ Dialog mit Organisationen der Zivilgesellschaft, einschließlich Überwachungsorganisationen, und Basisbewegungen aufrechterhalten, erleichtern und sich daran beteiligen sollte;

Or. en

Änderungsantrag 73
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 37

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
37. weist darauf hin, dass die Konferenz der Präsidenten am 7. Dezember 2023 auf der Grundlage der Empfehlungen der Arbeitsgruppe „Parlament 2024“ ein Paket von Reformmaßnahmen verabschiedete, die bis zum Ende der Wahlperiode umgesetzt werden sollten. weist darauf hin, dass diese Maßnahmen fünf Schlüsselbereiche umfassen, die im Mandat der Arbeitsgruppe festgelegt wurden: Gesetzgebung, Kontrolle, Haushaltsfunktionen und Haushaltskontrolle, Plenum und Außenbeziehungen; hebt hervor, dass die Reformvorschläge darauf abzielen, die Funktionsweise des Parlaments als Mitgesetzgeber zu verbessern, seine Fähigkeit zur demokratischen Kontrolle zu stärken und die Rechenschaftspflicht, insbesondere gegenüber anderen Organen, insbesondere der Kommission, sicherzustellen;	37. weist darauf hin, dass die Konferenz der Präsidenten am 7. Dezember 2023 auf der Grundlage der Empfehlungen der Arbeitsgruppe „Parlament 2024“ ein Paket von Reformmaßnahmen verabschiedete, die bis zum Ende der Wahlperiode umgesetzt werden sollten. weist darauf hin, dass diese Maßnahmen fünf Schlüsselbereiche umfassen, die im Mandat der Arbeitsgruppe festgelegt wurden: Gesetzgebung, Kontrolle, Haushaltsfunktionen und Haushaltskontrolle, Plenum und Außenbeziehungen; hebt hervor, dass die Reformvorschläge darauf abzielen, die Funktionsweise des Parlaments als Mitgesetzgeber zu verbessern, seine Fähigkeit zur demokratischen Kontrolle zu stärken und die Rechenschaftspflicht, insbesondere gegenüber anderen Organen, insbesondere der Kommission, sicherzustellen; ***begrüßt in diesem Zusammenhang Maßnahmen zur Stärkung der Verwaltungskapazitäten des Parlaments für Gesetzgebungs-, Kontroll- und Haushaltstätigkeiten, die kürzlich vom Präsidium des Parlaments angenommen wurden;***
	Or. en

Änderungsantrag 74
Monika Hohlmeier

Entschließungsantrag
Ziffer 38

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
38. begrüßt, dass die GD PRES 2023 in Bezug auf Transparenzfragen technische Verbesserungen, Sensibilisierungsmaßnahmen und die Bereitstellung von technischem Fachwissen und Dienstleistungen, auch für	38. begrüßt, dass die GD PRES 2023 in Bezug auf Transparenzfragen technische Verbesserungen, Sensibilisierungsmaßnahmen und die Bereitstellung von technischem Fachwissen und Dienstleistungen, auch für

die Mitglieder, verfolgte; ***stellt fest***, dass die GD PRES insbesondere ihre Sekretariatsaufgaben für den Beratenden Ausschuss zum Verhalten von Mitgliedern wahrgenommen hat, dem erheblich mehr Befugnisse übertragen wurden; begrüßt, dass dies auch die dringend erforderliche IT-Entwicklung für alle digitalen Formulare oder – im Hinblick auf die Sensibilisierung – die Vorbereitung von Schulungen, Briefings und Mitteilungen an die Mitglieder und Fraktionen zu den Ethik- und Transparenzvorschriften umfasste;	die Mitglieder, verfolgte; ***begrüßt die Tatsache***, dass die GD PRES insbesondere ihre Sekretariatsaufgaben für den Beratenden Ausschuss zum Verhalten von Mitgliedern wahrgenommen hat, dem erheblich mehr Befugnisse übertragen wurden***; begrüßt die Arbeit des Beratenden Ausschusses im Umgang mit Fällen, die potenzielle Verstöße gegen den Verhaltenskodex für Mitglieder und Interessenkonflikte betreffen, wobei alle Fälle uneingeschränkt vertraulich behandelt werden; fordert den Ausschuss auf, weiterhin unklare Auslegungen der Vorschriften zu klären und in Fällen, in denen die Umsetzung die Rechtssicherheit für die Mitglieder gefährdet, Änderungsvorschläge vorzulegen***; begrüßt, dass dies auch die dringend erforderliche IT-Entwicklung für alle digitalen Formulare oder – im Hinblick auf die Sensibilisierung – die Vorbereitung von Schulungen, Briefings und Mitteilungen an die Mitglieder und Fraktionen zu den Ethik- und Transparenzvorschriften umfasste;

Or. en

Änderungsantrag 75
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 39

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
39. stellt fest, dass die GD PRES auch am Reformprozess des Parlaments 2024 mitwirkte, mit dem die internen Arbeitsmethoden des Parlaments sowie seine institutionelle Rolle und seine Handlungsfähigkeit gestärkt werden sollten; weist darauf hin, dass ***es*** unmittelbar an Angelegenheiten des Plenums sowie an anderen Aspekten im Zusammenhang mit dieser Reform wie Ausschüssen, Außenbeziehungen,	39. stellt fest, dass die GD PRES auch am Reformprozess des Parlaments 2024 mitwirkte, mit dem die internen Arbeitsmethoden des Parlaments sowie seine institutionelle Rolle und seine Handlungsfähigkeit gestärkt werden sollten; weist darauf hin, dass ***sie*** unmittelbar an Angelegenheiten des Plenums sowie an anderen Aspekten im Zusammenhang mit dieser Reform wie Ausschüssen, Außenbeziehungen,

Kontrolle und Haushaltsfragen beteiligt war; stellt fest, dass die GD PRES die von der Konferenz der Präsidenten am 18. Januar 2023 eingesetzte Arbeitsgruppe unterstützte;

Kontrolle und Haushaltsfragen ***sowie an der Überarbeitung der Geschäftsordnung*** beteiligt war; stellt fest, dass die GD PRES die von der Konferenz der Präsidenten am 18. Januar 2023 eingesetzte Arbeitsgruppe unterstützte;

Or. en

Änderungsantrag 76
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 40

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
40. fordert die GD PRES auf, die Umsetzung der Vorschriften nach zwölf Monaten ihrer Umsetzung ***zu überprüfen, um deren*** Nutzen zu bewerten und etwaige Mängel zu beheben, insbesondere ***Mängel im Zusammenhang mit übermäßigen Verwaltungsaufwand und Rechtsunsicherheit in Bezug auf die Mitglieder***;	40. fordert die GD PRES auf, die Umsetzung der Vorschriften nach zwölf Monaten ihrer Umsetzung ***im Hinblick auf den*** Nutzen zu bewerten und etwaige Mängel zu beheben, insbesondere ***in Bezug auf die Vorschriften über das Gesetzgebungsprogramm und das Gesetzgebungsverfahren***;

Or. en

Änderungsantrag 77
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 40

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
40. fordert die GD PRES auf, die Umsetzung der Vorschriften nach zwölf Monaten ihrer Umsetzung zu überprüfen, um deren Nutzen zu bewerten und etwaige Mängel zu beheben, insbesondere Mängel im Zusammenhang mit ***übermäßigen Verwaltungsaufwand und*** Rechtsunsicherheit in Bezug auf die Mitglieder;	40. fordert die GD PRES auf, die Umsetzung der Vorschriften nach zwölf Monaten ihrer Umsetzung zu überprüfen, um deren Nutzen zu bewerten und etwaige Mängel zu beheben, insbesondere Mängel im Zusammenhang mit Rechtsunsicherheit in Bezug auf die Mitglieder; ***nimmt zur Kenntnis, dass mit den neuen Vorschriften zusätzliche***

Verwaltungsanforderungen für die Mitglieder geschaffen wurden, die im Einklang mit der Notwendigkeit, den Bürgerinnen und Bürgern volle Transparenz zu gewähren, durchaus verständlich sind;

Or. en

Änderungsantrag 78
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 40 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	40a. hält namentliche Abstimmungen für essenziell, um die Transparenz und Rechenschaftspflicht gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern der Union zu verbessern; fordert die Einführung automatischer namentlicher Abstimmungen bei allen Schlussabstimmungen mit Ausnahme von geheimen Abstimmungen und die Erhöhung der Zahl der namentlichen Abstimmungen, die eine Fraktion pro Tagung gemäß Artikel 190 Absatz 2 GO beantragen kann, oder die Befreiung von Gesetzgebungsdossiers von dieser Beschränkung;

Or. en

Änderungsantrag 79
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 40 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	40a. fordert das Europäische Parlament auf, die Möglichkeit zu prüfen, ob in Ausnahmefällen, in denen eine

Teilnahme an der Abstimmung nicht möglich ist, insbesondere in Fällen wie einer Risikoschwangerschaft oder einer schweren Erkrankung, mit ausdrücklicher Genehmigung durch die Präsidentin bzw. den Präsidenten eine Fernabstimmung zugelassen werden kann, um die volle Integrität des Abstimmungsprozesses zu gewährleisten;

Or. en

Änderungsantrag 80
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 40 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	40b. weist darauf hin, dass das Parlament gemäß dem Vertrag über die Europäische Union seinen Sitz in Straßburg hat, wo die zwölf monatlichen Plenartagungen abgehalten werden sollen, und dass jede Änderung der Verträge die Einstimmigkeit der Mitgliedstaaten erfordert; weist darauf hin, dass sich die große Mehrheit des Parlaments für das Recht auf Festlegung seines Sitzes und für einen einzigen Sitz ausspricht, damit das Geld der Steuerzahler der Union effizient verwendet wird und das Parlament als Organ seine Verantwortung für die Verkleinerung seines CO_2-Fußabdrucks übernimmt;

Or. en

Änderungsantrag 81
Monika Hohlmeier

Entschließungsantrag
Ziffer 40 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	40a. erinnert daran, dass das Parlament gemäß dem Vertrag über die Europäische Union und insbesondere dem Protokoll Nr. 6 zum Vertragswerk seinen Sitz in Straßburg hat, wo die zwölf monatlichen Plenartagungen, einschließlich der Haushaltstagung, abgehalten werden sollen; betont, dass jede Änderung der Verträge in Bezug auf ein Parlament mit einem einzigen Sitz die Einstimmigkeit der Mitgliedstaaten erfordert;

Or. en

Änderungsantrag 82
Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 40 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	40a. fordert den Ausschuss auf, davon abzusehen, die Geschlechter- und Wokenessideologie zu fördern, zu verbreiten und zu unterstützen, und stattdessen den Vertrag und seine Bestimmungen sowie die jeweilige nationale Identität der Mitgliedstaaten zu achten, die in ihren grundlegenden Strukturen, ihrer Geschichte, ihrer Religion und ihren Traditionen zum Ausdruck kommt;

Or. en

Änderungsantrag 83
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 41

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
41. weist darauf hin, dass die Generaldirektion Kommunikation (GD COMM) eine Generaldirektion mit mehreren Standorten mit Bediensteten in Brüssel, Straßburg und den Verbindungsbüros in jedem der 27 Mitgliedstaaten sowie im Jean-Monnet-Haus in Bazoches (Frankreich) ist;	41. weist darauf hin, dass die Generaldirektion Kommunikation (GD COMM) eine Generaldirektion mit mehreren Standorten mit Bediensteten in Brüssel, Straßburg und den Verbindungsbüros in jedem der 27 Mitgliedstaaten sowie im Jean-Monnet-Haus in Bazoches (Frankreich) ist; ***stellt fest, dass sich die Gesamtzahl der Dauer- und Zeitplanstellen im Stellenplan zum 1. Januar 2023 auf 590 belief; Ende 2023 belief sich das Personal der GD COMM auf 771 Personen, davon 564 Beamte und Bedienstete auf Zeit sowie 207 Vertragsbedienstete und abgeordnete nationale Sachverständige. Die Gesamtzahl der Bediensteten der GD COMM ist im Vergleich zu den Zahlen Ende 2022 relativ stabil (771 Bedienstete im Jahr 2023 gegenüber 761 Bediensteten im Jahr 2022),***

Or. en

Änderungsantrag 84
Monika Hohlmeier

Entschließungsantrag
Ziffer 42

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
42. stellt fest, dass die Aufgabe der GD COMM darin besteht, dafür zu sorgen, dass die Bürger die Bedeutung des Europäischen Parlaments verstehen, damit sie besser am europäischen demokratischen Prozess teilhaben können; betont, dass die Hauptaufgaben der GD COMM darin bestehen, mit den Medien zusammenzuarbeiten, über die Arbeit des Parlaments zu informieren, sie zu erläutern und besser sichtbar zu machen, das Bewusstsein für das Parlament unter Bürgern in allen Mitgliedstaaten, Interessengruppen und Meinungsführern	42. stellt fest, dass die Aufgabe der GD COMM darin besteht, dafür zu sorgen, dass die Bürger die Bedeutung des Europäischen Parlaments verstehen, damit sie besser am europäischen demokratischen Prozess teilhaben können; betont, dass die Hauptaufgaben der GD COMM darin bestehen, mit den Medien zusammenzuarbeiten, über die Arbeit des Parlaments zu informieren, sie zu erläutern und besser sichtbar zu machen, das Bewusstsein für das Parlament unter Bürgern in allen Mitgliedstaaten, Interessengruppen und Meinungsführern

durch die Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments (EPLO), die sich in den Mitgliedstaaten befinden, zu schärfen, durch verbesserte Besucherprojekte, Veranstaltungen und Informationskampagnen die Interaktion mit den Bürgern sowie die Präsenz in den sozialen Medien zu fördern und den Mitgliedern und Fraktionen Fachwissen zu Themen wie Medienbeobachtung und Überwachung der öffentlichen Meinung zur Verfügung zu stellen

durch die Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments (EPLO), die sich in den Mitgliedstaaten befinden, zu schärfen, durch verbesserte Besucherprojekte, Veranstaltungen und Informationskampagnen die Interaktion mit den Bürgern sowie die Präsenz in den sozialen Medien zu fördern und den Mitgliedern und Fraktionen Fachwissen zu Themen wie Medienbeobachtung und Überwachung der öffentlichen Meinung zur Verfügung zu stellen ***betont, dass die GD COMM Strategien umsetzen muss, um Bürgerinnen und Bürger zu erreichen, die kein besonderes Interesse an der Arbeit der EU und des Europäischen Parlaments zeigen und einen deutlich zu wenig beachteten Teil der Bevölkerung darstellen;***

Or. en

Änderungsantrag 85
Julien Sanchez, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 43

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
43. stellt fest, dass sich die endgültigen Mittel der GD COMM im Jahr 2023 auf 151 176 035 EUR beliefen, was 6,9 % des Haushalts des Parlaments entspricht; betont, dass von diesem Betrag insgesamt ***151 156 839*** EUR gebunden wurden; ***begrüßt*** die hohe Ausschöpfung der Mittel;	43. stellt fest, dass sich die endgültigen Mittel der GD COMM im Jahr 2023 auf 151 176 035 EUR beliefen, was 6,9 % des Haushalts des Parlaments entspricht; ***bedauert, dass die Haushaltsmittel der GD COMM gegenüber 2022 in erheblichem Maße um mehr als 50 Mio. EUR aufgestockt wurden, davon 26,4 Mio. EUR für die Stärkung der Kommunikation im Zusammenhang mit der Wahl zum Europäischen Parlament; bedauert, dass der Zweck dieses Haushaltspostens darin besteht, im Interesse einer politisch ausgerichteten Kommunikation zugunsten einer stärkeren europäischen Integration auf Kosten der Souveränität der Mitgliedstaaten und der Demokratie zu***

dienen; betont, dass von diesem Betrag insgesamt ***151 156 839*** EUR gebunden wurden; ***nimmt*** die hohe Ausschöpfung der Mittel ***zur Kenntnis***;

Or. fr

Änderungsantrag 86
Dick Erixon, Charlie Weimers, Beatrice Timgren

Entschließungsantrag
Ziffer 44 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	44a. bedauert den Umstand, dass das Europäische Parlament Medienorganisationen finanziert; hält es für unangemessen, dass Mitglieder der Politik diejenigen, die sie kontrollieren sollen – im Journalismus tätige Personen – in finanzielle Abhängigkeit bringen; distanziert sich von diesem Ansatz, lehnt ihn ab und fordert, dass bei allen Projekten und medialen Veröffentlichungen, die direkt oder indirekt von der EU finanziert werden, deutlich auf den voreingenommenen Charakter dieser Kampagnen hingewiesen wird;

Or. en

Änderungsantrag 87
Dick Erixon, Charlie Weimers, Beatrice Timgren

Entschließungsantrag
Ziffer 44 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	44b. lehnt die Finanzierung von Organisationen politisch aktiver Menschen ab und ist der Ansicht, dass derlei Praktiken dem Ruf der Unionsorgane, die politisch neutral sein

sollten, schaden; hält es für notwendig, dass zu allen Finanzhilfen und Zuschüssen klare und öffentlich zugängliche Beschreibungen der finanzierten Tätigkeiten veröffentlicht werden; äußert seine Abscheu in Anbetracht der Praxis, einen allgemeinen „Zuschuss für Vereinigungen“ zu gewähren, ohne die Öffentlichkeit darüber zu informieren, welche Tätigkeiten finanziert wurden; hält es für notwendig, der Praxis der Finanzierung von Organisationen politisch aktiver Menschen dringend ein Ende zu setzen;

Or. en

Änderungsantrag 88
Dick Erixon, Charlie Weimers, Beatrice Timgren

Entschließungsantrag
Ziffer 44 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	44c. fordert die Union auf, den Bürgerinnen und Bürgern offen und ehrlich und transparent mitzuteilen, welche Medien oder Organisationen politisch aktiver Menschen von den Organen finanziell unterstützt werden; fordert alle Unionsorgane nachdrücklich auf, über die in der Haushaltsordnung festgelegten Mindestanforderungen hinauszugehen und alle gewährten Finanzhilfen und Zuschüsse unverzüglich offenzulegen;

Or. en

Änderungsantrag 89
José Cepeda, Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 45

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
45. stellt fest, dass 2023 angesichts der Vorbereitung der Wahl zum Europäischen Parlament 2024 (Europawahl 2024) ein besonderes Jahr für die GD COMM war; begrüßt, dass der Fokus auf der sogenannten Kommunikation über die Ergebnisse lag, einschließlich eines starken Schwerpunkts auf der Kommunikation über die vom Parlament gefassten Beschlüsse und ihre Auswirkungen auf das Leben der Menschen; begrüßt die Bemühungen der GD COMM, verschiedene Multiplikatoren hinzuzuziehen, um die Wahlbotschaft zu verbreiten; stellt fest, dass sich die Zusammenarbeit auf Privatunternehmen, Organisationen der Zivilgesellschaft, interinstitutionelle Partner und internationale Organisationen erstreckte; stellt fest, dass die Einbeziehung der Medien von entscheidender Bedeutung war und die Entwicklung neuer Instrumente und Maßnahmen umfasste, darunter Zuschussprogramme, vom Management geleitete Besuche, um wichtige Medienpersönlichkeiten zu treffen, und Maßnahmen für das Vorgehen gegen Fehlinformationen;	45. stellt fest, dass 2023 angesichts der Vorbereitung der Wahl zum Europäischen Parlament 2024 (Europawahl 2024) ein besonderes Jahr für die GD COMM war; begrüßt, dass der Fokus auf der sogenannten Kommunikation über die Ergebnisse lag, einschließlich eines starken Schwerpunkts auf der Kommunikation über die vom Parlament gefassten Beschlüsse und ihre Auswirkungen auf das Leben der Menschen; begrüßt die Bemühungen der GD COMM, verschiedene Multiplikatoren hinzuzuziehen, um die Wahlbotschaft zu verbreiten; stellt fest, dass sich die Zusammenarbeit auf Privatunternehmen, Organisationen der Zivilgesellschaft, interinstitutionelle Partner und internationale Organisationen erstreckte; stellt fest, dass die Einbeziehung der Medien von entscheidender Bedeutung war und die Entwicklung neuer Instrumente und Maßnahmen umfasste, darunter Zuschussprogramme, vom Management geleitete Besuche, um wichtige Medienpersönlichkeiten zu treffen, und Maßnahmen für das Vorgehen gegen Fehlinformationen; ***fordert die GD COMM auf, der Entlastungsbehörde eine Analyse der Tätigkeiten, der Investitionen und der gemessenen Auswirkungen der Kampagne zur Europawahl 2024 vorzulegen, damit Schlussfolgerungen zu den im Rahmen der Kommunikation über die Ergebnisse getätigten Investitionen gezogen werden können;***
	Or. en

Änderungsantrag 90
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 45

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
45. stellt fest, dass 2023 angesichts der Vorbereitung der Wahl zum Europäischen Parlament 2024 (Europawahl 2024) ein besonderes Jahr für die GD COMM war; begrüßt, dass der Fokus auf der sogenannten Kommunikation über die Ergebnisse lag, einschließlich eines starken Schwerpunkts auf der Kommunikation über die vom Parlament gefassten Beschlüsse und ihre Auswirkungen auf das Leben der Menschen; begrüßt die Bemühungen der GD COMM, verschiedene Multiplikatoren hinzuzuziehen, um die Wahlbotschaft zu verbreiten; stellt fest, dass sich die Zusammenarbeit auf Privatunternehmen, Organisationen der Zivilgesellschaft, interinstitutionelle Partner und internationale Organisationen erstreckte; stellt fest, dass die Einbeziehung der Medien von entscheidender Bedeutung war und die Entwicklung neuer Instrumente und Maßnahmen umfasste, darunter Zuschussprogramme, vom Management geleitete Besuche, um wichtige Medienpersönlichkeiten zu treffen, und Maßnahmen für das Vorgehen gegen Fehlinformationen;	45. stellt fest, dass 2023 angesichts der Vorbereitung der Wahl zum Europäischen Parlament 2024 (Europawahl 2024) ein besonderes Jahr für die GD COMM war; ***betont, dass die Außenwirkung der Arbeit des Europäischen Parlaments verbessert und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das Parlament als Institution gestärkt werden muss;*** begrüßt, dass der Fokus auf der sogenannten Kommunikation über die Ergebnisse lag, einschließlich eines starken Schwerpunkts auf der Kommunikation über die vom Parlament gefassten Beschlüsse und ihre Auswirkungen auf das Leben der Menschen; begrüßt die Bemühungen der GD COMM, verschiedene Multiplikatoren hinzuzuziehen, um die Wahlbotschaft zu verbreiten; stellt fest, dass sich die Zusammenarbeit auf Privatunternehmen, Organisationen der Zivilgesellschaft, interinstitutionelle Partner und internationale Organisationen erstreckte; stellt fest, dass die Einbeziehung der Medien von entscheidender Bedeutung war und die Entwicklung neuer Instrumente und Maßnahmen umfasste, darunter Zuschussprogramme, vom Management geleitete Besuche, um wichtige Medienpersönlichkeiten zu treffen, und Maßnahmen für das Vorgehen gegen Fehlinformationen;
	Or. en

Änderungsantrag 91
Dick Erixon, Charlie Weimers, Beatrice Timgren

Entschließungsantrag
Ziffer 46 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	46a. stellt fest, dass das Europäische Parlament dem TED-Portal zufolge im Jahr 2023 mehr als 14 Mio. EUR für die

Organisation von Kommunikations- und Informationstätigkeiten in den Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments in Bulgarien, der Slowakei, Dänemark, Litauen, Kroatien, Deutschland, Griechenland, Zypern, Frankreich, Slowenien, Tschechien, Österreich, Spanien, Estland, Finnland, Rumänien, Schweden und Lettland ausgegeben hat;

Or. en

Änderungsantrag 92
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 46 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	46a. betont die entscheidende Rolle des Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments (EPLO) in Washington für die Förderung der transatlantischen Beziehungen und die Verbesserung der Kontakte zwischen dem US-Kongress und dem Europäischen Parlament; betont, dass die Rolle des Verbindungsbüros des EP in Washington angesichts der neuen Trump-Regierung und der sich abzeichnenden globalen Herausforderungen noch wichtiger ist; fordert eine Aufstockung sowohl der finanziellen als auch der personellen Ressourcen, um die Tätigkeiten des Verbindungsbüros des EP in Washington zu unterstützen, insbesondere im Hinblick auf die Stärkung der strategischen Beziehungen zu verschiedenen Gremien des US-Kongresses, die Ermittlung wichtiger legislativer Fragen von beiderseitigem Interesse, die Sicherstellung eines wirksamen

Informationsaustauschs über neue Kommunikationskanäle, die Stärkung der Zusammenarbeit mit der EU-Delegation in Washington D.C. und die Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses und der Wahrnehmung zwischen den Verwaltungen sowie die Erleichterung einer besseren Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und dem US-Kongress;

Or. en

Änderungsantrag 93
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 46 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	46b. fordert das Europäische Parlament und sein Verbindungsbüro in Washington auf, bei der Entwicklung von Austauschprogrammen für die Bediensteten der beiden Organe mit dem US-Kongress zusammenzuarbeiten, um ein besseres Verständnis zu fördern und die transatlantischen Beziehungen zu stärken;

Or. en

Änderungsantrag 94
Julien Sanchez, Virginie Joron, Ondřej Knotek, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 47

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
47. ***hebt hervor***, dass die elf Ausstellungen „Erlebnis Europa“, die bereits in den Mitgliedstaaten betrieben werden, ***den Mitgliedern ein einzigartiges***	47. ***bedauert***, dass die elf Ausstellungen „Erlebnis Europa“, die bereits in den Mitgliedstaaten betrieben werden, ***hohe Kosten von mehr als***

und wirksames Kommunikationsinstrument an die Hand geben, das es den Besuchern vor Ort und ihrem spezifischen Publikum ermöglicht, das Europäische Parlament in ihren Hauptstädten näher als je zuvor zu erleben; stellt mit Zufriedenheit fest, dass die Einrichtung der interaktiven Räumlichkeiten der Ausstellung „Erlebnis Europa“ mit Blick auf die Europawahl 2024 und darüber hinaus fortgesetzt wurde, wobei drei neue Ausstellungen „Erlebnis Europa“ in Stockholm, Warschau und Wien eröffnet wurden; stellt fest, dass die Ausstellungen erweitert wurden, um die Kernbotschaften der Kampagne für die Europawahl 2024 und der Community gemeinsamfuer.eu zu berücksichtigen, wobei das Ziel darin bestand, den Mitgliedern und Verbindungsbüros im Jahr 2024 geeignete Wahlorte zur Verfügung zu stellen;

12 Mio. EUR im Jahr 2023 mit einer Gesamtinvestition von mehr als 33 Mio. EUR seit ihrer Eröffnung im Jahr 2016 verursacht haben; stellt fest, dass diese Zentren nur von begrenztem Interesse und nicht mehr als ein Mittel der Propaganda für eine stärkere europäische Integration auf Kosten der Souveränität der Mitgliedstaaten sind; ist empört über die gigantischen und abwegigen Durchschnittskosten pro Besucher im Jahr 2023, die beim Zentrum von Paris bis zu 92 Euro pro Person betragen und einen klaren Fall von Misswirtschaft darstellen; bedauert, dass die Einrichtung der interaktiven Räumlichkeiten der Ausstellung „Erlebnis Europa“ mit Blick auf die Europawahl 2024 und darüber hinaus fortgesetzt wurde, wobei drei neue Ausstellungen „Erlebnis Europa“ in Stockholm, Warschau und Wien eröffnet wurden;

Or. fr

Änderungsantrag 95
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 48

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
48. stellt fest, dass der ursprüngliche Plan, bis Ende 2024 27 Ausstellungen „Erlebnis Europa“ in allen Mitgliedstaaten einzurichten, nicht vollständig umgesetzt wurde, da bislang nur 13 Ausstellungen eröffnet wurden, die eine unterschiedlich starke Besucherbeteiligung verzeichnen; erkennt an, dass bestimmte Ausstellungen sehr erfolgreich sind und ein großes Publikum anziehen, während andere Schwierigkeiten haben, ein breites Publikum zu erreichen; begrüßt die Ankündigung des Generalsekretärs, den ursprünglichen Fahrplan unter	48. stellt fest, dass der ursprüngliche Plan, bis Ende 2024 27 Ausstellungen „Erlebnis Europa“ in allen Mitgliedstaaten einzurichten, nicht vollständig umgesetzt wurde, da bislang nur 13 Ausstellungen eröffnet wurden, die eine unterschiedlich starke Besucherbeteiligung verzeichnen; erkennt an, dass bestimmte Ausstellungen sehr erfolgreich sind und ein großes Publikum anziehen, während andere Schwierigkeiten haben, ein breites Publikum zu erreichen; begrüßt die Ankündigung des Generalsekretärs, den ursprünglichen Fahrplan unter

Berücksichtigung der Leistung, der Kosteneffizienz und des Besucherinteresses an den bestehenden Ausstellungen neu zu bewerten;	Berücksichtigung der Leistung, der Kosteneffizienz und des Besucherinteresses an den bestehenden Ausstellungen neu zu bewerten; ***fordert die Verwaltung auf, auch die Schließung derjenigen Zentren in Betracht zu ziehen, die keine Besucher anziehen können;***

Or. en

Änderungsantrag 96
Dick Erixon, Charlie Weimers, Beatrice Timgren

Entschließungsantrag
Ziffer 49 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	49a. weist darauf hin, dass die Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments, die Ausstellungen „Erlebnis Europa“, die Häuser der Europäischen Geschichte und andere Antennen die Steuerzahler im Jahr 2023 15 399 498 EUR kosteten;

Or. en

Änderungsantrag 97
José Cepeda

Entschließungsantrag
Ziffer 50

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
50. stellt fest, dass 2019 eine Prüfung der Zahlungen für Besuchergruppen eingeleitet wurde, deren Abschlussbericht im Februar 2021 vorgelegt wurde; hebt hervor, dass der Bericht einen 14-Punkte-Aktionsplan mit Umsetzungsfristen zur Stärkung des Verwaltungs- und Kontrollrahmens umfasst; stellt fest, dass von diesen Maßnahmen nur fünf vollständig in den Zuständigkeitsbereich	50. stellt fest, dass 2019 eine Prüfung der Zahlungen für Besuchergruppen eingeleitet wurde, deren Abschlussbericht im Februar 2021 vorgelegt wurde; hebt hervor, dass der Bericht einen 14-Punkte-Aktionsplan mit Umsetzungsfristen zur Stärkung des Verwaltungs- und Kontrollrahmens umfasst; stellt fest, dass von diesen Maßnahmen nur fünf vollständig in den Zuständigkeitsbereich

dessen fallen, was die GD COMM autonom umsetzen kann, während die übrigen Maßnahmen nur durch eine Überarbeitung der Regelung über die Einladung von Besuchergruppen erreicht werden können; stellt fest, dass diese neue Regelung für die Zahlung von Zuschüssen für bezuschusste Besuchergruppen vom Präsidium am 11. September 2023 angenommen wurde und am 1. Januar 2024 in Kraft trat;	dessen fallen, was die GD COMM autonom umsetzen kann, während die übrigen Maßnahmen nur durch eine Überarbeitung der Regelung über die Einladung von Besuchergruppen erreicht werden können; stellt fest, dass diese neue Regelung für die Zahlung von Zuschüssen für bezuschusste Besuchergruppen vom Präsidium am 11. September 2023 angenommen wurde und am 1. Januar 2024 in Kraft trat; ***beharrt gegenüber dem Präsidium darauf, dass es nicht möglich sein sollte, akkreditierte parlamentarische Assistenten zu Gruppenleitern zu ernennen, da es unter den Gesichtspunkten der Haushaltskontrolle, der Rechnungsprüfung und der Transparenz äußerst ungewöhnlich ist, dass eine angestellte Person verpflichtet ist, einen öffentlichen finanziellen Beitrag auf ihrem privaten Bankkonto anzunehmen und ihn dann ohne rechtliche Absicherung an die Endbegünstigten weiterzuleiten; fordert das Präsidium auf, die Rollen der Gruppenleitung und der für die Entgegennahme des Finanzbeitrags verantwortlichen Person zu trennen und letztere ausschließlich einem Gruppenmitglied oder einer Fachkraft zu übertragen;***
	Or. en

Änderungsantrag 98
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 50 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	50a. fordert das Europäische Parlament auf, die Möglichkeit zu prüfen, Informationsinitiativen, die sich insbesondere an junge Menschen richten, angesichts der unbefriedigenden Wahlbeteiligung an der letzten Wahl zum

Europäischen Parlament 2024 zu stärken, insbesondere in den Randgebieten der Europäischen Union;

Or. en

Änderungsantrag 99
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 51

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
51. hebt hervor, dass im Juni 2023 zum fünften Mal das Europäische Jugendevent stattfand; stellt fest, dass mehr als ***8 500*** Personen in Straßburg teilnahmen und weitere ***10 000*** per Online-Streaming erreicht wurden; hebt hervor, dass die Veranstaltung 325 Aktivitäten mit 400 Rednerinnen und Rednern umfasste – darunter 35 Mitglieder – die alle gemeinsam mit jungen Menschen gestaltet wurden; stellt mit Zufriedenheit fest, dass die Ausgabe 2023 eine hervorragende Möglichkeit war, das Bewusstsein für die Europawahl zu schärfen, und es jungen Menschen ermöglichte, ihre Hoffnungen und Ideen für die Zukunft der Europäischen Union zum Ausdruck zu bringen;	51. hebt hervor, dass im Juni 2023 zum fünften Mal das Europäische Jugendevent stattfand; stellt fest, dass mehr als ***8 500*** Personen in Straßburg teilnahmen und weitere ***10 000*** per Online-Streaming erreicht wurden; hebt hervor, dass die Veranstaltung 325 Aktivitäten mit 400 Rednerinnen und Rednern umfasste – darunter 35 Mitglieder – die alle gemeinsam mit jungen Menschen gestaltet wurden; stellt mit Zufriedenheit fest, dass die Ausgabe 2023 eine hervorragende Möglichkeit war, das Bewusstsein für die Europawahl zu schärfen, und es jungen Menschen ermöglichte, ihre Hoffnungen und Ideen für die Zukunft der Europäischen Union zum Ausdruck zu bringen; ***betont, dass es wichtig ist, solche Veranstaltungen auch in den Mitgliedstaaten in Bereichen einzurichten, in denen die Wahlbeteiligung an der letzten Wahl zum Europäischen Parlament 2024 deutlich unter dem Durchschnitt lag, um das Europäische Parlament den Regionen und den Bürgerinnen und Bürgern näherzubringen;***

Or. en

Änderungsantrag 100
Dick Erixon, Charlie Weimers, Beatrice Timgren

Entschließungsantrag
Ziffer 51 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	51a. bedauert die Mittel, die das Europäische Parlament 2023 für integrationsfördernde Organisationen wie die Jungen Europäischen Föderalisten und andere EU-freundliche Aktivisten bereitgestellt hat; stellt mit Besorgnis fest, dass diese Ausgaben in vielen Fällen dazu bestimmt waren, ein spezifisches proeuropäisches Segment der Wählerschaft (die Jugend) zur Wahl zum Europäischen Parlament 2024 zu bewegen;

Or. en

Änderungsantrag 101
Dick Erixon, Charlie Weimers, Beatrice Timgren

Entschließungsantrag
Ziffer 51 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	51b. hält die Vergabe des Auftrags für die Entwicklung der physischen und Online-Rollenspiele des EP mit 11 135 780,00 EUR für völlig unangemessen[1a]; verlangt eine schriftliche Erklärung und eine Folgenabschätzung zu dieser Initiative;
	[1a] https://ted.europa.eu/de/notice/-/detail/791442-2023

Or. en

Änderungsantrag 102
Gerben-Jan Gerbrandy, Vlad Vasile-Voiculescu, Michal Wiezik, Olivier Chastel, Gilles Boyer

Entschließungsantrag
Ziffer 52

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
52. weist darauf hin, dass sich die Europäische Union in einem anhaltenden Ringen um den Erhalt ihrer Werte und die Wahrung der Integrität der demokratischen Prozesse befindet; nimmt die zunehmenden Versuche ausländischer Akteure zur Kenntnis, Einfluss auf die Arbeit des Parlaments zu nehmen, und betont, dass beim Vorgehen gegen Desinformationskampagnen, die ihren Ursprung außerhalb der Union haben, Wachsamkeit vonnöten ist; begrüßt die Maßnahmen, die das Parlament ergriffen hat, um Desinformation zu verhindern und darauf zu reagieren; räumt zwar ein, dass es bisher keinen erheblichen Zwischenfall gab, betont jedoch, wie wichtig es ist, proaktive Maßnahmen aufrechtzuerhalten, um die Integrität der öffentlichen Debatte und der Abstimmungen des Parlaments zu wahren; hebt den Mehrwert von Initiativen wie Treffen und Gipfeltreffen zur Faktenprüfung hervor, die eine entscheidende Rolle spielen, wenn es darum geht, Transparenz zu fördern, den Interessenträgern Instrumente für das Vorgehen gegen Fehlinformationen an die Hand zu geben und die Zusammenarbeit zwischen Faktenprüforganisationen innerhalb und außerhalb der Union zu stärken;	52. weist darauf hin, dass sich die Europäische Union in einem anhaltenden Ringen um den Erhalt ihrer Werte und die Wahrung der Integrität der demokratischen Prozesse befindet; nimmt die zunehmenden Versuche ausländischer Akteure ***und undemokratischer Akteure in der Union*** zur Kenntnis, ***die demokratische Grundsätze infrage stellen, um*** Einfluss auf die Arbeit des Parlaments zu nehmen, und betont, dass beim Vorgehen gegen Desinformationskampagnen, die ihren Ursprung außerhalb ***und innerhalb*** der Union haben, Wachsamkeit vonnöten ist; begrüßt die Maßnahmen, die das Parlament ergriffen hat, um Desinformation zu verhindern und darauf zu reagieren; räumt zwar ein, dass es bisher keinen erheblichen Zwischenfall gab, betont jedoch, wie wichtig es ist, proaktive Maßnahmen aufrechtzuerhalten ***und zu stärken***, um die Integrität der öffentlichen Debatte und der Abstimmungen des Parlaments zu wahren; hebt den Mehrwert von Initiativen wie Treffen und Gipfeltreffen zur Faktenprüfung hervor, die eine entscheidende Rolle spielen, wenn es darum geht, Transparenz zu fördern, den Interessenträgern Instrumente für das Vorgehen gegen Fehlinformationen an die Hand zu geben und die Zusammenarbeit zwischen Faktenprüforganisationen innerhalb und außerhalb der Union zu stärken;

Or. en

Änderungsantrag 103
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 52

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
52. weist darauf hin, dass sich die Europäische Union in einem anhaltenden Ringen um den Erhalt ihrer Werte und die Wahrung der Integrität der demokratischen Prozesse befindet; nimmt die zunehmenden Versuche ausländischer Akteure zur Kenntnis, Einfluss auf die Arbeit des Parlaments zu nehmen, und betont, dass beim Vorgehen gegen ***Desinformationskampagnen***, die ihren Ursprung außerhalb der Union haben, Wachsamkeit vonnöten ist; begrüßt die Maßnahmen, die das Parlament ergriffen hat, um Desinformation zu verhindern und darauf zu reagieren; räumt zwar ein, dass es bisher keinen erheblichen Zwischenfall gab, betont jedoch, wie wichtig es ist, proaktive Maßnahmen aufrechtzuerhalten, um die Integrität der öffentlichen Debatte und der Abstimmungen des Parlaments zu wahren; hebt den Mehrwert von Initiativen wie Treffen und Gipfeltreffen zur Faktenprüfung hervor, die eine entscheidende Rolle spielen, wenn es darum geht, Transparenz zu fördern, den Interessenträgern Instrumente für das Vorgehen gegen Fehlinformationen an die Hand zu geben und die Zusammenarbeit zwischen Faktenprüforganisationen innerhalb und außerhalb der Union zu stärken;	52. weist darauf hin, dass sich die Europäische Union in einem anhaltenden Ringen um den Erhalt ihrer Werte und die Wahrung der Integrität der demokratischen Prozesse befindet; nimmt die zunehmenden Versuche ausländischer Akteure zur Kenntnis, Einfluss auf die Arbeit des Parlaments zu nehmen, und betont, dass beim Vorgehen gegen ***Desinformation und der Bekämpfung von Informationsmanipulationskampagnen***, die ihren Ursprung außerhalb der Union haben, Wachsamkeit vonnöten ist; begrüßt die Maßnahmen, die das Parlament ergriffen hat, um Desinformation zu verhindern und darauf zu reagieren***, und fordert, diese Maßnahmen zu verstärken***; räumt zwar ein, dass es bisher keinen erheblichen Zwischenfall gab, betont jedoch, wie wichtig es ist, proaktive Maßnahmen aufrechtzuerhalten, um die Integrität der öffentlichen Debatte und der Abstimmungen des Parlaments zu wahren; hebt den Mehrwert von Initiativen wie Treffen und Gipfeltreffen zur Faktenprüfung hervor, die eine entscheidende Rolle spielen, wenn es darum geht, Transparenz zu fördern, den Interessenträgern Instrumente für das Vorgehen gegen Fehlinformationen an die Hand zu geben und die Zusammenarbeit zwischen Faktenprüforganisationen innerhalb und außerhalb der Union zu stärken;

Or. en

Änderungsantrag 104
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 52

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
52. weist darauf hin, dass sich die Europäische Union in einem anhaltenden Ringen um den Erhalt ihrer Werte und die Wahrung der Integrität der demokratischen Prozesse befindet; nimmt die zunehmenden Versuche ausländischer Akteure zur Kenntnis, Einfluss auf die Arbeit des Parlaments zu nehmen, und betont, dass beim Vorgehen gegen Desinformationskampagnen, die ihren Ursprung außerhalb der Union haben, Wachsamkeit vonnöten ist; begrüßt die Maßnahmen, die das Parlament ergriffen hat, um Desinformation zu verhindern und darauf zu reagieren; räumt zwar ein, dass es bisher keinen erheblichen Zwischenfall gab, betont jedoch, wie wichtig es ist, proaktive Maßnahmen aufrechtzuerhalten, um die Integrität der öffentlichen Debatte und der Abstimmungen des Parlaments zu wahren; hebt den Mehrwert von Initiativen wie Treffen und Gipfeltreffen zur Faktenprüfung hervor, die eine entscheidende Rolle spielen, wenn es darum geht, Transparenz zu fördern, den Interessenträgern Instrumente für das Vorgehen gegen ***Fehlinformationen*** an die Hand zu geben und die Zusammenarbeit zwischen Faktenprüforganisationen innerhalb und außerhalb der Union zu stärken;	52. weist darauf hin, dass sich die Europäische Union in einem anhaltenden Ringen um den Erhalt ihrer Werte und die Wahrung der Integrität der demokratischen Prozesse befindet; nimmt die zunehmenden Versuche ausländischer Akteure zur Kenntnis, Einfluss auf die Arbeit des Parlaments zu nehmen, und betont, dass beim Vorgehen gegen Desinformationskampagnen, die ihren Ursprung außerhalb der Union haben, Wachsamkeit vonnöten ist; begrüßt die Maßnahmen, die das Parlament ergriffen hat, um Desinformation zu verhindern und darauf zu reagieren; räumt zwar ein, dass es bisher keinen erheblichen Zwischenfall gab, betont jedoch, wie wichtig es ist, proaktive Maßnahmen aufrechtzuerhalten, um die Integrität der öffentlichen Debatte und der Abstimmungen des Parlaments zu wahren; hebt den Mehrwert von Initiativen wie Treffen und Gipfeltreffen zur Faktenprüfung hervor, die eine entscheidende Rolle spielen, wenn es darum geht, Transparenz zu fördern, den Interessenträgern Instrumente für das Vorgehen gegen ***Fehl- und Desinformation und gegen Einflussnahme aus dem Ausland*** an die Hand zu geben und die Zusammenarbeit zwischen Faktenprüforganisationen innerhalb und außerhalb der Union zu stärken;

Or. en

Änderungsantrag 105
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion
Daniel Freund

Entschließungsantrag
Ziffer 52 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

52a. hält namentliche Abstimmungen für essenziell, um die Transparenz und Rechenschaftspflicht gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern der Union zu verbessern; fordert die Einführung automatischer namentlicher Abstimmungen bei allen Schlussabstimmungen mit Ausnahme von geheimen Abstimmungen und die Erhöhung der Zahl der namentlichen Abstimmungen, die eine Fraktion pro Tagung gemäß Artikel 190 Absatz 2 GO beantragen kann, oder die Befreiung von Gesetzgebungsdossiers von der Beschränkung;

Or. en

Änderungsantrag 106
Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 52 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	52a. weist auf den Vertrag über die Europäische Union hin, wonach die EU und ihre Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen die Solidarität und die Gleichstellung von Frauen und Männern fördern sollen;

Or. en

Änderungsantrag 107
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 56

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
56. begrüßt die allerersten staatsangehörigkeitsspezifischen	56. begrüßt die allerersten staatsangehörigkeitsspezifischen

Auswahlverfahren des Parlaments, mit denen die geografische Ausgewogenheit unter den Bediensteten des Parlaments verbessert werden soll, indem ein größerer Pool von Bewerbern aus unterrepräsentierten Mitgliedstaaten bereitgestellt wird; bedauert die geografische Unausgewogenheit in der oberen und mittleren Führungsebene des Parlaments; beharrt darauf, dass Dinge verbessert werden müssen, und fordert den Generalsekretär auf, der Entlastungsbehörde über die Fortschritte bei der Korrektur der geografischen Unausgewogenheit unter den Bediensteten des Parlaments Bericht zu erstatten;	Auswahlverfahren des Parlaments, mit denen die geografische Ausgewogenheit unter den Bediensteten des Parlaments verbessert werden soll, indem ein größerer Pool von Bewerbern aus unterrepräsentierten Mitgliedstaaten bereitgestellt wird; bedauert die geografische Unausgewogenheit in der oberen und mittleren Führungsebene des Parlaments; beharrt darauf, dass Dinge verbessert werden müssen, und fordert den Generalsekretär auf, der Entlastungsbehörde über die Fortschritte bei der Korrektur der geografischen Unausgewogenheit unter den Bediensteten des Parlaments Bericht zu erstatten; ***fordert die GD PERS auf, eine affirmative Einstellungspolitik einzuführen, um die Unterrepräsentation bestimmter Mitgliedstaaten zu beheben, einschließlich gezielter Einstellungskampagnen und Schulungsprogramme; spricht sich dafür aus, dem Haushaltskontrollausschuss jährlich einen Bericht über die Fortschritte bei der Erreichung der geografischen Ausgewogenheit vorzulegen;***

Or. en

Änderungsantrag 108
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 56

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
56. begrüßt die allerersten staatsangehörigkeitsspezifischen Auswahlverfahren des Parlaments, mit denen die geografische Ausgewogenheit unter den Bediensteten des Parlaments verbessert werden soll, indem ein größerer Pool von Bewerbern aus unterrepräsentierten Mitgliedstaaten bereitgestellt wird; bedauert die	56. begrüßt die allerersten staatsangehörigkeitsspezifischen Auswahlverfahren des Parlaments, mit denen die geografische Ausgewogenheit unter den Bediensteten des Parlaments verbessert werden soll, indem ein größerer Pool von Bewerbern aus unterrepräsentierten Mitgliedstaaten bereitgestellt wird; ***erinnert daran, dass in***

geografische Unausgewogenheit in der oberen und mittleren Führungsebene des Parlaments; beharrt darauf, dass Dinge verbessert werden müssen, und fordert den Generalsekretär auf, der Entlastungsbehörde über die Fortschritte bei der Korrektur der geografischen Unausgewogenheit unter den Bediensteten des Parlaments Bericht zu erstatten;

Artikel 27 des Statuts festgelegt ist, dass geografische Ausgewogenheit nur durch geeignete und gerechtfertigte Maßnahmen erreicht werden sollte, dass Auswahlverfahren stets auf Eignung beruhen und stets Grundprinzipien wie Gleichheit, Nichtdiskriminierung und Verhältnismäßigkeit Rechnung tragen sollten; bedauert die geografische Unausgewogenheit in der oberen und mittleren Führungsebene des Parlaments; beharrt darauf, dass Dinge verbessert werden müssen, und fordert den Generalsekretär auf, der Entlastungsbehörde über die Fortschritte bei der Korrektur der geografischen Unausgewogenheit unter den Bediensteten des Parlaments Bericht zu erstatten;

Or. en

Änderungsantrag 109
Monika Hohlmeier

Entschließungsantrag
Ziffer 56

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
56. begrüßt die allerersten staatsangehörigkeitsspezifischen Auswahlverfahren ***des Parlaments***, mit denen die geografische Ausgewogenheit unter den Bediensteten des Parlaments verbessert werden soll, indem ein größerer Pool von Bewerbern aus unterrepräsentierten Mitgliedstaaten bereitgestellt wird; bedauert die geografische Unausgewogenheit in der oberen und mittleren Führungsebene des Parlaments; beharrt darauf, dass Dinge verbessert werden müssen, und fordert den Generalsekretär auf, der Entlastungsbehörde über die Fortschritte bei der Korrektur der geografischen Unausgewogenheit unter den Bediensteten des Parlaments Bericht zu erstatten;	56. begrüßt die ***vom Parlament unternommenen Vorbereitungsarbeiten zur Durchführung seiner*** allerersten staatsangehörigkeitsspezifischen Auswahlverfahren, mit denen die geografische Ausgewogenheit unter den Bediensteten des Parlaments verbessert werden soll, indem ein größerer Pool von Bewerbern aus unterrepräsentierten Mitgliedstaaten bereitgestellt wird; bedauert die geografische Unausgewogenheit in der oberen und mittleren Führungsebene des Parlaments; beharrt darauf, dass Dinge verbessert werden müssen, und fordert den Generalsekretär auf, der Entlastungsbehörde über die Fortschritte bei der Korrektur der geografischen Unausgewogenheit unter den Bediensteten

des Parlaments Bericht zu erstatten;

Or. en

Änderungsantrag 110
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 56

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
56. ***begrüßt*** die allerersten staatsangehörigkeitsspezifischen Auswahlverfahren des Parlaments, mit denen die geografische Ausgewogenheit unter den Bediensteten des Parlaments verbessert werden soll, indem ein größerer Pool von Bewerbern aus unterrepräsentierten Mitgliedstaaten bereitgestellt wird; bedauert die geografische Unausgewogenheit in der oberen und mittleren Führungsebene des Parlaments; beharrt darauf, dass Dinge verbessert werden müssen, und fordert den Generalsekretär auf, der Entlastungsbehörde über die Fortschritte bei der Korrektur der geografischen Unausgewogenheit unter den Bediensteten des Parlaments Bericht zu erstatten;	56. ***nimmt*** die allerersten staatsangehörigkeitsspezifischen Auswahlverfahren des Parlaments ***zur Kenntnis***, mit denen die geografische Ausgewogenheit unter den Bediensteten des Parlaments verbessert werden soll, indem ein größerer Pool von Bewerbern aus unterrepräsentierten Mitgliedstaaten bereitgestellt wird; bedauert die geografische Unausgewogenheit in der oberen und mittleren Führungsebene des Parlaments; beharrt darauf, dass Dinge verbessert werden müssen, und fordert den Generalsekretär auf, der Entlastungsbehörde über die Fortschritte bei der Korrektur der geografischen Unausgewogenheit unter den Bediensteten des Parlaments Bericht zu erstatten;

Or. en

Änderungsantrag 111
Jonas Sjöstedt, Younous Omarjee

Entschließungsantrag
Ziffer 57

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
57. nimmt zur Kenntnis, dass mehrere Generaldirektionen ihre Besorgnis hinsichtlich der Anwerbung qualifizierter Arbeitskräfte und spezialisierter Profile, die für die Ausführung der Kernaufgaben	57. nimmt zur Kenntnis, dass mehrere Generaldirektionen ihre Besorgnis hinsichtlich der Anwerbung qualifizierter Arbeitskräfte und spezialisierter Profile, die für die Ausführung der Kernaufgaben

des Parlaments unerlässlich sind, zum Ausdruck gebracht haben; stellt fest, dass nur die wesentlichen Dienststellen für eine potenzielle Internalisierung in Betracht gezogen werden können; ***hebt hervor, dass einige*** Dienstleistungen ***von externen Dienstleistern erbracht werden, da sie aufgrund ihrer besonderen Beschaffenheit die Bedingungen für eine Internalisierung nicht erfüllen; ist daher der Ansicht, dass die Dienste, die diese Bedingungen nicht erfüllen, von den Leitungsgremien nicht für eine Internalisierung in Betracht gezogen werden können***;	des Parlaments unerlässlich sind, zum Ausdruck gebracht haben; stellt fest, dass nur die wesentlichen Dienststellen für eine potenzielle Internalisierung in Betracht gezogen werden können; ***fordert die Leitungsorgane des Parlaments daher auf, die Internalisierung wesentlicher*** Dienstleistungen ***wie Catering und Reinigung in Erwägung zu ziehen, wie dies das Parlament bereits mit Sicherheits- und IT-Diensten getan hat, und eine Machbarkeitsstudie über die Internalisierung dieser und anderer Dienste durchzuführen, um eine angemessene Kosten-Nutzen-Analyse zu erhalten, und dem Haushaltskontrollausschuss über das Ergebnis Bericht zu erstatten***;
	Or. en

Änderungsantrag 112
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 57 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	57a. fordert das Europäische Parlament auf, den Einsatz seiner Humanressourcen zu optimieren, unter anderem durch die Umsetzung geeigneter laufender Schulungsmaßnahmen, die darauf abzielen, die Wirksamkeit und Effizienz der internen Dienste zu verbessern und insbesondere die Unterstützung für Gesetzgebungs-, Haushalts- und Kontrolltätigkeiten, die die Kernfunktion des Europäischen Parlaments darstellen, zu verstärken;
	Or. en

Änderungsantrag 113
Giuseppe Lupo, Csaba Molnár

Entschließungsantrag
Ziffer 59

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
59. begrüßt die Arbeit, die die GD PERS in Bezug auf die akkreditierten parlamentarischen Assistenten (APA) leistet; hebt hervor, dass das Referat Front Office für das Personal ein breites Spektrum an Bildungsveranstaltungen angeboten hat, und zwar 62 Informationsveranstaltungen für Bedienstete, einschließlich APA, sowie vier Webinare zum Thema Ruhestand, zwei zur Vertragsbeendigung und sieben Konferenzen zu rechtlichen Themen wie internationale Besteuerung und Erbrecht; begrüßt das Referat Front Office für APA als Helfer und Informationsquelle für APA und Mitglieder; stellt fest, dass die GD PERS 2023 eine entscheidende Rolle bei der Ausarbeitung eines Vorschlags an das Präsidium für eine Überarbeitung der Regelung über die Beschäftigungsbedingungen für APA gespielt hat; betont, dass mit diesen Änderungen ein gewisses Maß an Flexibilität eingeführt wurde, insbesondere indem die Möglichkeit einer einvernehmlichen Kündigung eines APA-Vertrags geschaffen wurde;	59. begrüßt die Arbeit, die die GD PERS in Bezug auf die akkreditierten parlamentarischen Assistenten (APA) leistet; hebt hervor, dass das Referat Front Office für das Personal ein breites Spektrum an Bildungsveranstaltungen angeboten hat, und zwar 62 Informationsveranstaltungen für Bedienstete, einschließlich APA, sowie vier Webinare zum Thema Ruhestand, zwei zur Vertragsbeendigung und sieben Konferenzen zu rechtlichen Themen wie internationale Besteuerung und Erbrecht; begrüßt das Referat Front Office für APA als Helfer und Informationsquelle für APA und Mitglieder; stellt fest, dass die GD PERS 2023 eine entscheidende Rolle bei der Ausarbeitung eines Vorschlags an das Präsidium für eine Überarbeitung der Regelung über die Beschäftigungsbedingungen für APA gespielt hat; betont, dass mit diesen Änderungen ein gewisses Maß an Flexibilität eingeführt wurde, insbesondere indem die Möglichkeit einer einvernehmlichen Kündigung eines APA-Vertrags geschaffen wurde; ***fordert die Parlamentsverwaltung auf, die Durchführbarkeit der Aufnahme einer Kündigungsfrist in die APA-Verträge für den Fall des unerwarteten Ausscheidens eines Mitglieds, sei es freiwillig oder unfreiwillig, zu prüfen;***

Or. en

Änderungsantrag 114
Jonas Sjöstedt, Younous Omarjee

Entschließungsantrag
Ziffer 60

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
60. stellt fest, dass die Arbeit der APA ein integraler Bestandteil der Arbeit der Mitglieder und somit des Parlaments ist; stellt fest, dass nach der Verabschiedung des Statuts für APA im Jahr 2009 ihr Status im Laufe der Jahre durch die Regelung geschützt wurde; nimmt die Bemühungen des Parlaments zur Kenntnis, einen Rahmen für die Bereitstellung von Unterstützung für APA zu schaffen; fordert die ordnungsgemäße Einhaltung der geltenden Vorschriften; stellt fest, dass die APA seitdem an offiziellen Reisen zu den drei Arbeitsorten des Parlaments teilnehmen; begrüßt, dass die Bestimmungen für die Erstattung von Dienstreisen von APA zwischen den drei Arbeitsorten an die für Beamte geltenden Bestimmungen angeglichen wurden, wodurch für die Gleichbehandlung der APA gesorgt wurde;	60. stellt fest, dass die Arbeit der APA ein integraler Bestandteil der Arbeit der Mitglieder und somit des Parlaments ist; stellt fest, dass nach der Verabschiedung des Statuts für APA im Jahr 2009 ihr Status im Laufe der Jahre durch die Regelung geschützt wurde; nimmt die Bemühungen des Parlaments zur Kenntnis, einen Rahmen für die Bereitstellung von Unterstützung für APA zu schaffen; ***bedauert jedoch nach wie vor, dass in den geltenden Vorschriften nicht berücksichtigt wird, dass akkreditierte parlamentarische Assistenten aufgrund ihrer besonderen Beschäftigungssituation bei der Meldung von Missständen besonders schutzbedürftig sind; fordert den Generalsekretär daher erneut auf, den akkreditierten parlamentarischen Assistenten, die Missstände melden, einen ähnlichen Schutz wie Opfern von Belästigung zu gewähren, insbesondere im Hinblick auf vorläufige Maßnahmen während der Verwaltungsuntersuchung und Schutzmaßnahmen in Bezug auf Anonymität, Bezahlung bis zum Ende des Vertrags, Versetzung und Schutz vor Repressalien; fordert das Präsidium und die Parlamentsverwaltung auf, den APA-Ausschuss in Bezug auf Überarbeitungen und Reformen, die sich direkt auf die Rechte von APA auswirken, regelmäßig und förmlich anzuhören, und*** fordert die ordnungsgemäße Einhaltung der geltenden Vorschriften; ***fordert die Parlamentsverwaltung auf, die Durchführbarkeit der Aufnahme einer Kündigungsfrist in die APA-Verträge für den Fall des unerwarteten Ausscheidens eines Mitglieds, sei es freiwillig oder unfreiwillig, zu prüfen;*** stellt fest, dass die APA seitdem an offiziellen Reisen zu den drei Arbeitsorten des Parlaments teilnehmen***; bringt jedoch seine Besorgnis über den Fall der Reise einer Delegation des CONT-Ausschusses nach Luxemburg vom 30. bis 31. Oktober 2023 zum Ausdruck, bei der akkreditierten***

parlamentarischen Assistenten die Teilnahme untersagt wurde; fordert das Präsidium und die Konferenz der Präsidenten auf, die geltende Regelung zu ändern, damit APA unter bestimmten Bedingungen und unter Berücksichtigung der logistischen Beschränkungen für Dienstreisen Mitglieder auf offiziellen Reisen von Delegationen und Ausschüssen begleiten dürfen, zumal diese Forderung in mehreren Entschließungen zu Entlastungsberichten immer wieder bekräftigt wurde; begrüßt, dass die Bestimmungen für die Erstattung von Dienstreisen von APA zwischen den drei Arbeitsorten an die für Beamte geltenden Bestimmungen angeglichen wurden, wodurch für die Gleichbehandlung der APA gesorgt wurde;

Or. en

Änderungsantrag 115
Giuseppe Lupo, Csaba Molnár

Entschließungsantrag
Ziffer 60

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
60. stellt fest, dass die Arbeit der APA ein integraler Bestandteil der Arbeit der Mitglieder und somit des Parlaments ist; stellt fest, dass nach der Verabschiedung des Statuts für APA im Jahr 2009 ihr Status im Laufe der Jahre durch die Regelung geschützt wurde; nimmt die Bemühungen des Parlaments zur Kenntnis, einen Rahmen für die Bereitstellung von Unterstützung für APA zu schaffen; fordert die ordnungsgemäße Einhaltung der geltenden Vorschriften; stellt fest, dass die APA seitdem an offiziellen Reisen zu den drei Arbeitsorten des Parlaments teilnehmen; begrüßt, dass die Bestimmungen für die Erstattung von Dienstreisen von APA zwischen den drei Arbeitsorten an die für Beamte geltenden	60. stellt fest, dass die Arbeit der APA ein integraler Bestandteil der Arbeit der Mitglieder und somit des Parlaments ist; stellt fest, dass nach der Verabschiedung des Statuts für APA im Jahr 2009 ihr Status im Laufe der Jahre durch die Regelung geschützt wurde; nimmt die Bemühungen des Parlaments zur Kenntnis, einen Rahmen für die Bereitstellung von Unterstützung für APA zu schaffen; fordert die ordnungsgemäße Einhaltung der geltenden Vorschriften; stellt fest, dass die APA seitdem an offiziellen Reisen zu den drei Arbeitsorten des Parlaments teilnehmen; begrüßt, dass die Bestimmungen für die Erstattung von Dienstreisen von APA zwischen den drei Arbeitsorten an die für Beamte geltenden

Bestimmungen angeglichen wurden, wodurch für die Gleichbehandlung der APA gesorgt wurde;	Bestimmungen angeglichen wurden, wodurch für die Gleichbehandlung der APA gesorgt wurde; ***fordert das Präsidium und die Parlamentsverwaltung auf, den APA-Ausschuss in Bezug auf Überarbeitungen und Reformen, die sich direkt auf die Rechte von APA auswirken, regelmäßig und förmlich anzuhören; weist darauf hin, dass der APA-Ausschuss gemäß Artikel 35 der Durchführungsbestimmungen zu Titel VII der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union als Gesprächspartner der zuständigen Stellen des Parlaments fungiert; fordert die ordnungsgemäße Einhaltung der geltenden Vorschriften;***

Or. en

Änderungsantrag 116
Monika Hohlmeier

Entschließungsantrag
Ziffer 60 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	60a. nimmt zur Kenntnis, dass es der Beschluss des Präsidiums über Reisen der Ausschüsse außerhalb der drei Arbeitsorte des Europäischen Parlaments in der im Anschluss an Beratungen der Fraktionen in der Konferenz der Präsidenten im April 2011 und des Präsidiums im November 2011 geänderten Fassung von November 2011 APA zum jetzigen Zeitpunkt untersagt, Mitglieder auf offiziellen Delegations- und Ausschussreisen zu begleiten; stellt fest, dass die Ermöglichung der inoffiziellen Teilnahme von APA an EP-Dienstreisen für das Parlament ein ernsthaftes Reputationsrisiko darstellt und besondere Herausforderungen in Bezug auf ihren Versicherungsschutz mit sich bringt; weist darauf hin, dass

Mitglieder bei diesen Dienstreisen bereits von Vertretern der Fraktionen begleitet werden;

Or. en

Änderungsantrag 117
José Cepeda, Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 60 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	60a. bekräftigt seine Forderung an die Konferenz der Präsidenten und das Präsidium, die Durchführungsbestimmungen für die Tätigkeit der Delegationen und für Reisen außerhalb der Union zu überarbeiten; hebt hervor, dass bei einer solchen Überarbeitung die Möglichkeit in Erwägung gezogen werden sollte, dass akkreditierte parlamentarische Assistenten die Mitglieder unter bestimmten Voraussetzungen bei offiziellen Delegations- und Dienstreisen des Parlaments begleiten; betont, dass diese Änderung keinerlei Änderung der Mittelausstattung zur Folge hätte und haushaltsneutral wäre;

Or. en

Änderungsantrag 118
Giuseppe Lupo, Csaba Molnár

Entschließungsantrag
Ziffer 60 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	60a. weist erneut darauf hin, dass es notwendig und dringlich ist, die Bestimmung umzusetzen, die in den Entlastungsberichten der vergangenen

Jahre im Plenum bekräftigt wurde und die es den APA ermöglichen soll, vorbehaltlich der Genehmigung des Arbeitsprogramms an den offiziellen Delegationen und Missionen des Europäischen Parlaments außerhalb der drei Arbeitsorte teilzunehmen;

Or. en

Änderungsantrag 119
Gerben-Jan Gerbrandy, Vlad Vasile-Voiculescu, Michal Wiezik, Olivier Chastel, Gilles Boyer

Entschließungsantrag
Ziffer 61

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
61. nimmt mit großer Besorgnis die Berichte über ein Datenleck in der Einstellungsanwendung des Parlaments PEOPLE zur Kenntnis, von dem hauptsächlich nicht ständige Bedienstete des Parlaments, einschließlich APA, betroffen sind; bedauert, dass das Datenleck Personalausweisangaben, Geburtsurkunden, Abschlüsse, Erwerbsbiografien, Krankenakten, Rechte und Ansprüche, Versicherungen und Unterlagen im Zusammenhang mit Arbeitsnachweisen der vergangenen zehn Jahre betraf; fordert die Verwaltung auf, den Vorfall gründlich zu untersuchen, Schutzvorkehrungen zu treffen, um private Informationen besser zu schützen und ein weiteres Durchsickern von in Einstellungsdatenbanken gespeicherten Daten zu verhindern, und gleichzeitig zu überprüfen, warum bestimmte sensible Dokumente überhaupt über so lange Zeiträume gespeichert wurden; fordert die zuständigen Generaldirektionen auf, dem Haushaltskontrollausschuss des Parlaments gemeinsam über die Untersuchung und die Einzelheiten der Angriffe, die Suche nach den Angreifern, die Zusammenarbeit mit Europol und OLAF bei der Untersuchung	61. nimmt mit großer Besorgnis die Berichte über ein Datenleck in der Einstellungsanwendung des Parlaments PEOPLE zur Kenntnis, von dem hauptsächlich nicht ständige Bedienstete des Parlaments, einschließlich APA, betroffen sind; bedauert, dass das Datenleck Personalausweisangaben, Geburtsurkunden, Abschlüsse, Erwerbsbiografien, Krankenakten, Rechte und Ansprüche, Versicherungen und Unterlagen im Zusammenhang mit Arbeitsnachweisen der vergangenen zehn Jahre betraf; ***bedauert den erheblichen Verwaltungsaufwand für die betreffenden akkreditierten parlamentarischen Assistenten bei der Ausstellung neuer Ausweispapiere und bei Entschädigungszahlungen;*** fordert die Verwaltung auf, den Vorfall gründlich zu untersuchen, Schutzvorkehrungen zu treffen, um private Informationen besser zu schützen und ein weiteres Durchsickern von in Einstellungsdatenbanken gespeicherten Daten zu verhindern, und gleichzeitig zu überprüfen, warum bestimmte sensible Dokumente überhaupt über so lange Zeiträume gespeichert wurden; fordert die zuständigen

des Vorfalls und die nach dem Angriff getroffenen Maßnahmen, insbesondere die Minimierung der Datenspeicherung privater Informationen, Bericht zu erstatten;	Generaldirektionen auf, dem Haushaltskontrollausschuss des Parlaments gemeinsam über die Untersuchung und die Einzelheiten der Angriffe, die Suche nach den Angreifern, die Zusammenarbeit mit Europol und OLAF bei der Untersuchung des Vorfalls und die nach dem Angriff getroffenen Maßnahmen, insbesondere die Minimierung der Datenspeicherung privater Informationen, Bericht zu erstatten;

Or. en

Änderungsantrag 120
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 62 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	62 a. betont, dass hochwertige Kinderbetreuungsdienste für die Mitglieder und das Personal zu den zentralen Maßnahmen einer wirksamen Umsetzung der Politik zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben gehören; weist darauf hin, dass die Qualität der von der Kinderbetreuungseinrichtung Brüssel-Wayenberg für Kinder im Vorschulalter erbrachten Dienstleistungen aufgrund des häufigen Wechsels des Anbieters seit 2020 gelitten hat; fordert in diesem Zusammenhang, eine parlamentsinterne vorschulische Kinderbetreuung und die Notwendigkeit der Einführung hochwertiger Standards in Erwägung zu ziehen;

Or. en

Änderungsantrag 121
Gerben-Jan Gerbrandy, Vlad Vasile-Voiculescu, Michal Wiezik, Brigitte van den Berg

Entschließungsantrag

Ziffer 62 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	62 a. stellt fest, dass es der GD PERS an besonderen unterstützenden Strukturen für die Einstellung von Praktikanten im Anschluss an eine Berufsausbildung mangelt; fordert die GD PERS nachdrücklich auf, auf die Integration von Werkspraktikanten hinzuarbeiten;

Or. en

Änderungsantrag 122
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 62 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	62 a. bekräftigt, dass die Einstellung von Vertragsbediensteten in begründeten Fällen akzeptiert werden kann, besteht jedoch darauf, dass die Kernaufgaben von fest angestelltem Personal wahrgenommen werden sollten;

Or. en

Änderungsantrag 123
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 62 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	62 b. begrüßt, dass die GD PERS weiterhin Schulungen für das Wohlbefinden von Bediensteten und akkreditierten parlamentarischen Assistenten mit besonderem Schwerpunkt auf der psychischen Gesundheit angeboten hat, insbesondere im

Zusammenhang mit der Zeit nach der COVID-19-Pandemie;

Or. en

Änderungsantrag 124
Julien Sanchez, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 64

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
64. stellt fest, dass die GD PERS im Jahr 2023 die Umsetzung des Aktionsplans für die Gleichstellung und des dazugehörigen Fahrplans abschloss und Fortschritte beim Fahrplan für Vielfalt erzielen konnte, wobei flankierende Maßnahmen in Bezug auf Behinderung, sexuelle Ausrichtung, Geschlechtsidentität und Rassismus umgesetzt wurden; hebt hervor, dass die Maßnahmen unter anderem die Durchführung von Umfragen zur ethnischen Vielfalt, die Einführung einer dritten nicht-binären Option in Verwaltungsformularen, die Einführung eines Sonderurlaubs zur Erleichterung der Ankunft eines neugeborenen Kindes in einem Haushalt in Fällen, in denen keines der Elternteile die Voraussetzungen für Mutterschaftsurlaub oder Adoptionsurlaub erfüllt, sowie Verbesserungen der physischen oder digitalen Barrierefreiheit umfassten; weist darauf hin, dass die GD PERS mit diesen Maßnahmen die Hochrangige Gruppe für die Gleichstellung der Geschlechter und Vielfalt in ihrem Bestreben unterstützte, das Parlament zu einem führenden Beispiel für Inklusion in der Union und der Welt zu machen, indem die Gleichstellung der Geschlechter und die Vielfalt in allen ihren Tätigkeiten durchgängig berücksichtigt werden;	64. stellt fest, dass die GD PERS im Jahr 2023 die Umsetzung des Aktionsplans für die Gleichstellung und des dazugehörigen Fahrplans abschloss und Fortschritte beim Fahrplan für Vielfalt erzielen konnte, wobei flankierende Maßnahmen in Bezug auf Behinderung, sexuelle Ausrichtung, Geschlechtsidentität und Rassismus umgesetzt wurden; hebt hervor, dass die Maßnahmen unter anderem die Durchführung von Umfragen zur ethnischen Vielfalt, die Einführung einer dritten nicht-binären Option in Verwaltungsformularen, die Einführung eines Sonderurlaubs zur Erleichterung der Ankunft eines neugeborenen Kindes in einem Haushalt in Fällen, in denen keines der Elternteile die Voraussetzungen für Mutterschaftsurlaub oder Adoptionsurlaub erfüllt, sowie Verbesserungen der physischen oder digitalen Barrierefreiheit umfassten; weist darauf hin, dass die GD PERS mit diesen Maßnahmen die Hochrangige Gruppe für die Gleichstellung der Geschlechter und Vielfalt in ihrem Bestreben unterstützte, das Parlament zu einem führenden Beispiel für Inklusion in der Union und der Welt zu machen, indem die Gleichstellung der Geschlechter und die Vielfalt in allen ihren Tätigkeiten durchgängig berücksichtigt werden; ***bedauert, dass das Parlament offensichtlich nicht in der Lage ist, die Kosten dieser Maßnahmen zu beziffern;***

Or. fr

Änderungsantrag 125
Gerben-Jan Gerbrandy, Vlad Vasile-Voiculescu, Michal Wiezik, Olivier Chastel, Gilles Boyer

Entschließungsantrag
Ziffer 64

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
64. ***stellt fest***, dass die GD PERS im Jahr 2023 die Umsetzung des Aktionsplans für die Gleichstellung und des dazugehörigen Fahrplans abschloss und Fortschritte beim Fahrplan für Vielfalt erzielen konnte, wobei flankierende Maßnahmen in Bezug auf Behinderung, sexuelle Ausrichtung, Geschlechtsidentität und Rassismus umgesetzt wurden; hebt hervor, dass die Maßnahmen unter anderem die Durchführung von Umfragen zur ethnischen Vielfalt, die Einführung einer dritten nicht-binären Option in Verwaltungsformularen, die Einführung eines Sonderurlaubs zur Erleichterung der Ankunft eines neugeborenen Kindes in einem Haushalt in Fällen, in denen keines der Elternteile die Voraussetzungen für Mutterschaftsurlaub oder Adoptionsurlaub erfüllt, sowie Verbesserungen der physischen oder digitalen Barrierefreiheit umfassten; weist darauf hin, dass die GD PERS mit diesen Maßnahmen die Hochrangige Gruppe für die Gleichstellung der Geschlechter und Vielfalt in ihrem Bestreben unterstützte, das Parlament zu einem führenden Beispiel für Inklusion in der Union und der Welt zu machen, indem die Gleichstellung der Geschlechter und die Vielfalt in allen ihren Tätigkeiten durchgängig berücksichtigt werden;	64. ***begrüßt***, dass die GD PERS im Jahr 2023 die Umsetzung des Aktionsplans für die Gleichstellung und des dazugehörigen Fahrplans abschloss und Fortschritte beim Fahrplan für Vielfalt erzielen konnte, wobei flankierende Maßnahmen in Bezug auf Behinderung, sexuelle Ausrichtung, Geschlechtsidentität und Rassismus umgesetzt wurden; hebt hervor, dass die Maßnahmen unter anderem die Durchführung von Umfragen zur ethnischen Vielfalt, die Einführung einer dritten nicht-binären Option in Verwaltungsformularen, die Einführung eines Sonderurlaubs zur Erleichterung der Ankunft eines neugeborenen Kindes in einem Haushalt in Fällen, in denen keines der Elternteile die Voraussetzungen für Mutterschaftsurlaub oder Adoptionsurlaub erfüllt, sowie Verbesserungen der physischen oder digitalen Barrierefreiheit umfassten; weist darauf hin, dass die GD PERS mit diesen Maßnahmen die Hochrangige Gruppe für die Gleichstellung der Geschlechter und Vielfalt in ihrem Bestreben unterstützte, das Parlament zu einem führenden Beispiel für Inklusion in der Union und der Welt zu machen, indem die Gleichstellung der Geschlechter und die Vielfalt in allen ihren Tätigkeiten durchgängig berücksichtigt werden;

Or. en

Änderungsantrag 126

Bert-Jan Ruissen

Entschließungsantrag
Ziffer 64 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	64a. ist besorgt darüber, dass bei den derzeitigen internen Vorschriften bezüglich der Gleichstellung der Geschlechter anscheinend der Vielfalt Vorrang gegenüber der Qualität eingeräumt wird; fordert, dass die Gleichstellungspolitik in Bezug auf politische Positionen überdacht wird und insbesondere eine größere Flexibilität im Hinblick auf ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis ermöglicht wird; fordert, dass bei der Wahl von MdEP für politische Positionen ein Multi-Kriterien-Ansatz auf der Grundlage von Dienstalter, Wissen und Bereitschaft zum Einsatz kommt;

Or. nl

Änderungsantrag 127
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 66

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
66. begrüßt die ***Überprüfung*** der Telearbeitsvorschriften***, die vom*** Generalsekretär in enger Zusammenarbeit mit der GD PERS und allen Generaldirektionen ***durchgeführt wurde***; stellt fest, dass die neuen Vorschriften mehr Flexibilität bieten, wodurch ein wirksames Gleichgewicht zwischen der operativen Effizienz des Organs und dem Wohlergehen und der Zufriedenheit der Bediensteten des Parlaments gefunden wurde, was sich auf die Attraktivität des Parlaments als Arbeitgeber auswirkt;	66. begrüßt die ***Überarbeitung*** der Telearbeitsvorschriften ***durch den*** Generalsekretär in enger Zusammenarbeit mit der GD PERS und allen Generaldirektionen ***in der im Dezember 2023 angenommenen Fassung***; stellt fest, dass die neuen Vorschriften mehr Flexibilität bieten, wodurch ein wirksames Gleichgewicht zwischen der operativen Effizienz des Organs und dem Wohlergehen und der Zufriedenheit der Bediensteten des Parlaments gefunden wurde, was sich auf die Attraktivität des Parlaments als Arbeitgeber auswirkt;

bedauert, dass die Möglichkeit der Telearbeitsoption „Maxi“ trotz des überwältigenden Engagements des Personalrats für ihre Beibehaltung abgeschafft wurde; weist erneut auf die Bedeutung eines echten sozialen Dialogs mit der Personalvertretung über entscheidende Fragen im Zusammenhang mit der neuen Arbeitsweise hin;

Or. en

Änderungsantrag 128
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 66 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	66a. fordert das Parlament auf, eine umfassende Strategie für das Wohlbefinden des Personals zu entwickeln, um Stress am Arbeitsplatz, psychische Gesundheit und die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben anzugehen, einschließlich Bestimmungen über kostenfreie psychologische Unterstützung und Beratung, regelmäßige Bewertungen von Stress am Arbeitsplatz und Maßnahmen zur Burnout-Prävention; fordert, dass das Parlament ein „Recht auf Nichterreichbarkeit“ einführt, mit dem sichergestellt wird, dass nicht erwartet wird, dass Mitarbeiter außerhalb der Arbeitszeit zur Verfügung stehen; fordert das Parlament auf, zu bewerten, ob die Ziele der Strategien zur Prävention von Belästigung erreicht wurden, einschließlich der Qualität der Melde- und Beschwerdemechanismen und sonstiger Unterstützungsdienste, die Opfern zur Verfügung stehen; fordert, dass das Parlament anonymisierte Umfragen zur Zufriedenheit des Personals durchführt und die Ergebnisse jährlich veröffentlicht, gegebenenfalls

einschließlich vorgeschlagener Abhilfemaßnahmen;

Or. en

Änderungsantrag 129
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 67

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
67. begrüßt, dass dem Personal die Möglichkeit eingeräumt wurde, fünf Tage pro Jahr Telearbeit aus dem Ausland zu leisten; fordert eine proaktive Überwachung und Bewertung der neuen Arbeitsformen;	67. begrüßt, dass dem Personal die Möglichkeit eingeräumt wurde, fünf Tage pro Jahr Telearbeit aus dem Ausland zu leisten; fordert eine proaktive Überwachung und Bewertung der neuen Arbeitsformen; ***spricht sich für eine regelmäßige Überprüfung der Regelungen über Telearbeit aus, wobei der Schwerpunkt auf mehr Flexibilität und Möglichkeiten für Telearbeit liegen sollte;***

Or. en

Änderungsantrag 130
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 67

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
67. begrüßt, dass dem Personal die Möglichkeit eingeräumt wurde, ***fünf Tage*** pro Jahr ***Telearbeit aus dem Ausland zu leisten***; fordert eine proaktive Überwachung und Bewertung der neuen Arbeitsformen;	67. begrüßt, dass dem Personal die Möglichkeit eingeräumt wurde, ***Telearbeit aus dem Ausland zu leisten, auch wenn dies lediglich an fünf Tagen*** pro Jahr ***möglich ist, während die anderen EU-Organe diesbezüglich durchschnittlich 15 Tage pro Jahr gewähren***; fordert eine proaktive Überwachung und Bewertung der neuen Arbeitsformen;

Or. en

Änderungsantrag 131
Csaba Molnár

Entschließungsantrag
Ziffer 67 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	67a. weist darauf hin, dass APA unabhängig von ihrer Erfahrung und ihren Qualifikationen von der Teilnahme an internen Auswahlverfahren des Europäischen Parlaments ausgeschlossen sind; fordert das Präsidium auf, zu erörtern, APA auf fairer Grundlage, nach Kriterien, die von den betroffenen GD aufgestellt werden, und unter noch festzulegenden Bedingungen gleiche Möglichkeiten einzuräumen, in gleicher Weise wie die Mitarbeiter des Europäischen Parlaments an internen Auswahlverfahren teilzunehmen; stellt fest, dass APA im Laufe ihrer mehrjährigen Berufserfahrung ein umfassendes Wissen über die politischen und fachlichen Aspekte, die mit der Ausübung des Mandats eines Mitglieds verbunden sind, sowie über die unterschiedlichen rechtlichen Verfahren der Union erwerben; betont, dass eine stärkere Einbeziehung von APA in die internen Strukturen des Parlaments zu einer inklusiveren, diverseren und geografisch ausgewogeneren Belegschaft führen könnte; hebt hervor, dass der Bewahrung und Weitergabe von Erfahrung und Wissen innerhalb des Europäischen Parlaments in Bezug auf die internen Arbeitsmethoden große Bedeutung zukommt;

Or. en

Änderungsantrag 132

Younous Omarjee, Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 67 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	67a. weist darauf hin, dass APA unabhängig von ihrer Erfahrung und ihren Qualifikationen von der Teilnahme an internen Auswahlverfahren des Europäischen Parlaments ausgeschlossen sind; fordert das Präsidium auf, die Möglichkeit zu prüfen, APA unter noch festzulegenden Bedingungen die Teilnahme an internen Auswahlverfahren in ähnlicher Weise zu gestatten, wie es bei Mitarbeitern des Europäischen Parlaments getan wird; betont, dass eine stärkere Einbeziehung von APA in die internen Strukturen des Parlaments zu einer inklusiveren, diverseren und geografisch ausgewogeneren Belegschaft führen könnte; hebt hervor, dass der Bewahrung und Weitergabe von Erfahrung und Wissen innerhalb des Europäischen Parlaments in Bezug auf die internen Arbeitsmethoden große Bedeutung zukommt;

Or. en

Änderungsantrag 133
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 67 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	67a. weist erneut darauf hin, dass das Parlament die Kommission in seiner Entschließung vom 18. April 2018 aufgefordert hat, „ihr Verwaltungsverfahren zur Ernennung hoher Beamter zu überarbeiten, um sicherzustellen, dass die besten Bewerber im Rahmen größtmöglicher Transparenz

und Chancengleichheit ausgewählt werden, und dadurch auch mit gutem Beispiel für die anderen EU-Organe voranzugehen"; ist der Ansicht, dass das Parlament bei Ernennungsverfahren stets den höchsten Standards im Hinblick auf Transparenz, Rechenschaftspflicht und eine gute Verwaltungspraxis gerecht werden sollte;

Or. en

Änderungsantrag 134
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 67 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	67a. begrüßt, dass Praktikanten Zugang zum Schulungsangebot von LinkedIn gewährt wird;

Or. en

Änderungsantrag 135
Giuseppe Lupo, Csaba Molnár

Entschließungsantrag
Ziffer 67 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	67b. stellt fest, dass APA im Vergleich zu anderen Mitarbeitern des Parlaments unzuverlässigere Reisemöglichkeiten angeboten werden, wenn die gecharterten Eurostar-Züge ausgebucht sind; fordert das Parlament auf, zu prüfen, ob ein zusätzlicher Zug erforderlich ist, sowie die Möglichkeit zu prüfen, den zugewiesenen Platz im Büro vorzuhalten, falls akkreditierte parlamentarische Assistenten ihre Dienstreise aus legitimen Gründen wie Krankheit, familiären

Gründen oder beruflichen Verpflichtungen annullieren;

Or. en

Änderungsantrag 136
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 67 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	67b. fordert ein ausnahmsloses Verbot von Reisen von Mitgliedern, die von Drittstaaten oder drittstaatlichen Einrichtungen finanziert werden; ist der Auffassung, dass ähnliche Regeln für Reisen von akkreditierten parlamentarischen Assistenten oder Fraktionsbediensteten erlassen werden sollten; fordert, dass der Ausschluss von Vertretern Katars und Marokkos aus den Räumlichkeiten des Parlaments verlängert wird, bis die Untersuchungen abgeschlossen sind;

Or. en

Änderungsantrag 137
Bert-Jan Ruissen

Entschließungsantrag
Ziffer 68 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	68a. bedauert, dass das Parlament häufig zwischen Brüssel und Straßburg reisen muss, um die im Vertrag festgelegte Anforderung, mehrere Standorte beizubehalten, zu erfüllen; fordert die Dienststellen auf, die monatlichen Kosten im Zusammenhang mit dem monatlichen Umzug nach Straßburg transparent zu machen; fordert den Europäischen Rat

außerdem zum wiederholten Male auf, sich für Brüssel als einzigen Tagungsort des Europäischen Parlaments zu entscheiden;

Or. nl

Änderungsantrag 138
Julien Sanchez, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 69

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
69. stellt fest, dass sich die endgültigen Mittel der GD INLO im Jahr 2023 auf 223 331 000 EUR beliefen, was 10,5 % des Haushalts des Parlaments entspricht; betont, dass von diesem Betrag insgesamt 221 658 618 EUR gebunden wurden; begrüßt die hohe Ausschöpfung der Mittel;	69. stellt fest, dass sich die endgültigen Mittel der GD INLO im Jahr 2023 auf 223 331 000 EUR beliefen, was 10,5 % des Haushalts des Parlaments entspricht; betont, dass von diesem Betrag insgesamt 221 658 618 EUR gebunden wurden; begrüßt die hohe Ausschöpfung der Mittel; ***bedauert die inkohärente und kostspielige Gebäudestrategie des Europäischen Parlaments seit 2019;***

Or. fr

Änderungsantrag 139
Ondřej Knotek, Julien Sanchez

Entschließungsantrag
Ziffer 69 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	69a. weist erneut darauf hin, dass die überwiegende Parlamentsmehrheit einen einzigen Sitz in Straßburg unterstützt, um eine effiziente Verwendung der Haushaltsmittel der Europäischen Union zu gewährleisten und zu verhindern, dass Steuergelder verschwendet werden;

Or. en

Änderungsantrag 140
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 70

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
70. begrüßt, dass die Verwaltung im Laufe des Jahres 2023 die Umsetzung der vom Präsidium im April 2018 gebilligten „Gebäudestrategie des Parlaments für die Zeit nach 2019“ fortgesetzt hat;	70. begrüßt, dass die Verwaltung im Laufe des Jahres 2023 die Umsetzung der vom Präsidium im April 2018 gebilligten „Gebäudestrategie des Parlaments für die Zeit nach 2019“ fortgesetzt hat; ***fordert einen indikativen Zeitplan für die Verbindung der Gebäude Trèves I und Trèves II mit den Hauptgebäuden des Parlaments in Brüssel; fordert die Verwaltung auf, die Entlastungsbehörde über die anstehenden Schritte auf dem Laufenden zu halten: fordert, dass einige strukturelle Probleme angegangen werden, die im Gebäude Trèves I noch offen sind, etwa das instabile Heizungssystem, der Mangel an Klimaanlagen und Toiletten für Personen mit eingeschränkter Mobilität, die schlechte Schalldämmung sowie das Abwasserproblem; weist erneut darauf hin, dass das Gebäude an die neuesten Energie- und Umweltnormen angepasst werden muss;***

Or. en

Änderungsantrag 141
José Cepeda

Entschließungsantrag
Ziffer 71 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	71a. stellt fest, dass der Mietvertrag für eine Dauer von 99 Jahren für das Osmose-Gebäude in Straßburg am 25. September 2023 unterzeichnet wurde;

stellt fest, dass sich der jährliche Mietzins auf 0,7 Mio. EUR beläuft und dass die anfängliche Ausstattung, die erforderlich ist, um das VEIL-Gebäude nutzen zu können, schätzungsweise Gesamtkosten von 10,4 Mio. EUR verursacht, die endgültigen Kosten allerdings erst bekannt sein werden, sobald alle Arbeiten, die erforderlich sind, um die Belegung durch das Personal des Parlaments zu ermöglichen, abgeschlossen und abgenommen wurden; stellt fest, dass der Gesamtbetrag für den Erwerb von Mobiliar auf 1,8 Mio. EUR geschätzt wird;

Or. en

Änderungsantrag 142
Dick Erixon, Charlie Weimers, Beatrice Timgren

Entschließungsantrag
Ziffer 71 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	71a. stellt fest, dass dem Europäischen Parlament im Jahr 2023 für die Rubriken „Mieten“ und „Errichtung von Gebäuden und Herrichtung der Diensträume“ 89,9 Mio. EUR entstanden sind;

Or. en

Änderungsantrag 143
Dick Erixon, Charlie Weimers, Beatrice Timgren

Entschließungsantrag
Ziffer 72

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
72. stellt fest, dass das Präsidium in seiner Sitzung vom 12. Juni 2023 die nächsten Schritte für die Erneuerung des Spaak-Gebäudes erörterte; stellt fest, dass	72. stellt fest, dass das Präsidium in seiner Sitzung vom 12. Juni 2023 die nächsten Schritte für die Erneuerung des Spaak-Gebäudes erörterte; stellt fest, dass

das Präsidium zum Ausdruck brachte, dass es eine umfassende ökologische Renovierung bevorzugt, und das Projekt am 11. Dezember 2023 billigte; betont, dass das Spaak-Gebäude seit 1993 genutzt wird und sich in seinem derzeitigen Zustand dem Ende seines Lebenszyklus nähert; betont, dass mit einer Renovierung das Ziel verfolgt wird, eine hochwertige ökologische Erneuerung des Gebäudes zu erreichen, wobei gleichzeitig sein architektonisches Design und seine Funktionalität erhalten bleiben sollen; betont, dass das Ergebnis ein Niedrigstenergiegebäude, ein Nullemissionsgebäude, ein proaktives Regenwassermanagementsystem und eine Verringerung des CO_2-Fußabdrucks durch Kreislaufwirtschaft und Lebenszyklusanalyse von Materialien wäre; begrüßt, dass das Projekt zur Erneuerung des Spaak-Gebäudes als Referenz für nachhaltige Gebäudetechniken dienen wird; stellt fest, dass die ehrgeizige Renovierung voraussichtlich rechtzeitig vor dem Jubiläum anlässlich des 200. Jahrestags der Gründung des Königreichs Belgien im Juli 2030 abgeschlossen sein wird;	das Präsidium zum Ausdruck brachte, dass es eine umfassende ökologische Renovierung bevorzugt, und das Projekt am 11. Dezember 2023 billigte; betont, dass das Spaak-Gebäude seit 1993 genutzt wird und sich in seinem derzeitigen Zustand dem Ende seines Lebenszyklus nähert; betont, dass mit einer Renovierung das Ziel verfolgt wird, eine hochwertige ökologische Erneuerung des Gebäudes zu erreichen, wobei gleichzeitig sein architektonisches Design und seine Funktionalität erhalten bleiben sollen; betont, dass das Ergebnis ein Niedrigstenergiegebäude, ein Nullemissionsgebäude, ein proaktives Regenwassermanagementsystem und eine Verringerung des CO_2-Fußabdrucks durch Kreislaufwirtschaft und Lebenszyklusanalyse von Materialien wäre; begrüßt, dass das Projekt zur Erneuerung des Spaak-Gebäudes als Referenz für nachhaltige Gebäudetechniken dienen wird; stellt fest, dass die ehrgeizige Renovierung voraussichtlich rechtzeitig vor dem Jubiläum anlässlich des 200. Jahrestags der Gründung des Königreichs Belgien im Juli 2030 abgeschlossen sein wird; ***weist erneut darauf hin, dass die Renovierungskosten des Spaak-Gebäudes im April 2023 auf 455 Mio. EUR geschätzt wurden;***

Or. en

Änderungsantrag 144
Julien Sanchez, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 72 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	72 a. bedauert die abstrusen Vorschriften, die von der EU im Rahmen der ökologischen Sanierung ihrer Gebäude erlassen wurden und die zu keine nennenswerten Ergebnisse erbracht

haben, sondern beispielsweise zur Folge hatten, dass elf der 18 Parlamentsgebäude in Brüssel mit Photovoltaikanlagen ausgestattet wurden, die 1,8 Mio. Euro (ohne Wartungskosten) gekostet haben, mit denen aber schätzungsweise nur 1 bis 7 % des Energieverbrauchs der Gebäude erzeugt werden;

Or. fr

Änderungsantrag 145
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 74

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
74. begrüßt den Abschluss der Renovierungsarbeiten für die multifunktionale Restauranteinrichtung im Spinelli-Gebäude, die am 24. April 2023 eröffnet wurde;	74. begrüßt den Abschluss der Renovierungsarbeiten für die multifunktionale Restauranteinrichtung im Spinelli-Gebäude, die am 24. April 2023 eröffnet wurde; ***weist jedoch erneut auf die anhaltenden Beschwerden der Bediensteten über ein unbefriedigendes Verhältnis zwischen der Qualität des Essens und den Preisen der Kantinendienstleistungen hin;***

Or. en

Änderungsantrag 146
José Cepeda

Entschließungsantrag
Ziffer 74 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	74a. weist erneut auf den Beschluss des Präsidiums vom 23. Oktober 2019 hin, die Einrichtung eines IDEA Labs zu genehmigen, um neue, innovative Lösungen im Rahmen des Büro- und

Facility-Managements zu erproben; bekräftigt seine Forderung nach der Einrichtung einer gesonderten Haushaltslinie, um für Transparenz und Überwachung zu sorgen, was getätigte Investitionen und potenzielle Einsparungen durch zu testende Lösungen betrifft; weist darauf hin, dass die Mitglieder keine Informationen über die für Tests verfügbaren Innovationen oder über die Kosten solcher Innovationen erhalten, und zwar ganz unabhängig davon, ob sie für die größer angelegte Nutzung eingeführt werden oder ihre Nutzung ausgeschlossen wird; fordert die Arbeitsgruppe des Präsidiums „Gebäude und Verwaltung des Parlaments“ auf, für mehr Transparenz in Bezug auf das IDEA Lab zu sorgen und dem Haushaltskontrollausschuss regelmäßig die Liste der innovativen Lösungen, ihre Kosten und die erzielten Rückmeldungen sowie die potenziellen Einsparungen bei ihrer Umsetzung vorzulegen;

Or. en

Änderungsantrag 147
Julien Sanchez, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 75

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
75. stellt fest, dass die lokalen Behörden im Februar 2023 ***eine Genehmigung für das Projekt*** zur Renovierung des Hauses der Bürger erteilt haben***, und hebt hervor***, dass die Arbeiten ***voraussichtlich*** Mitte 2024 beginnen und bis Ende 2025 abgeschlossen sein sollten; ***begrüßt***, dass das Parlament eine Grünfläche in den Besucherrundgang integrieren und Mitgliedern, Unionsbürgern und Vertretern der Zivilgesellschaft einen Raum für	75. stellt fest, dass die lokalen Behörden im Februar 2023 ***im Rahmen des Projekts*** zur Renovierung des Hauses der Bürger ***eine Genehmigung*** erteilt haben***; betont***, dass die Arbeiten Mitte 2024 beginnen und bis Ende 2025 abgeschlossen sein sollten; ***bedauert***, dass das Parlament eine Grünfläche in den Besucherrundgang integrieren und Mitgliedern, Unionsbürgern und Vertretern der Zivilgesellschaft einen Raum für Begegnungen schaffen wollte; stellt fest,

Begegnungen schaffen wollte; stellt fest, dass das den Mitgliedern 2017 vorgelegte ursprüngliche Budget von 1,9 Mio. EUR aufgrund des Status des Gebäudes als geschütztes materielles Erbe, der geltenden verschärften Umwelt- und Energieeffizienzkriterien, die in den neuen EU-Rechtsvorschriften des Pakets „Fit für 55“ festgelegt sind, sowie der schwerwiegenden wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf 5,36 Mio. EUR gestiegen ist, ***und fordert die*** GD INLO und ***die*** GD COMM ***auf***, ***zu prüfen***, wie sie externe Faktoren, die zu einem erheblichen Kostenanstieg führen könnten, besser in ihre Planung einbeziehen können;

dass das den Mitgliedern 2017 vorgelegte ursprüngliche Budget von 1,9 Mio. EUR aufgrund des Status des Gebäudes als geschütztes materielles Erbe, der geltenden verschärften Umwelt- und Energieeffizienzkriterien, die in den neuen EU-Rechtsvorschriften des Pakets „Fit für 55“ festgelegt sind, sowie der schwerwiegenden wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf 5,36 Mio. EUR gestiegen ist,***„ was eine gewaltige und skandalöse Aufblähung des Etats darstellt, was nicht allein damit gerechtfertigt werden kann, sondern zumindest von amateurhaftem Verhalten und einer mangelnden Vorbereitung (trotz Kosten für Vorstudien in Höhe von 488 127 EUR) sowie von fehlender Rücksichtnahme auf die europäischen Steuerzahler zeugt; fordert von der*** GD INLO und ***der*** GD COMM, ***regelmäßig darauf zu achten***, wie sie externe Faktoren, die zu einem erheblichen Kostenanstieg führen könnten, besser in ihre Planung einbeziehen können;

Or. fr

Änderungsantrag 148
Julien Sanchez, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 76

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
76. nimmt zur Kenntnis, dass ***die strategische Ausrichtung „Going local***“ und „bürgernäher“ bei der Umsetzung der Ausstellungen „Erlebnis Europa“ im Laufe des Jahres 2023 weiterverfolgt wurde; stellt fest, dass im Laufe des Jahres drei „Erlebnis Europa“-Ausstellungen in Stockholm, Wien und Warschau der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden; hebt hervor, dass bis Ende 2023 50 % der geplanten „Erlebnis Europa“-	76. nimmt zur Kenntnis, dass ***der kostspielige und nutzlose Ansatz, „lokaler***“ und „bürgernäher" ***zu sein,*** bei der Umsetzung der Ausstellungen „Erlebnis Europa“ im Laufe des Jahres 2023 weiterverfolgt wurde; stellt fest, dass im Laufe des Jahres drei „Erlebnis Europa“-Ausstellungen in Stockholm, Wien und Warschau der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden; hebt hervor, dass bis Ende 2023 50 % der geplanten „Erlebnis Europa“-Ausstellungen eröffnet

Ausstellungen eröffnet wurden;	wurden;

Or. fr

Änderungsantrag 149
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 78

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
78. begrüßt, dass Anfang 2023 der Leitfaden des Parlaments für eine sozial verantwortliche Vergabe öffentlicher Aufträge vom Auftragsvergabeforum angenommen wurde, das auch den Helpdesk für die umweltgerechte Vergabe öffentlicher Aufträge in Abstimmung mit 23 anderen teilnehmenden Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union verwaltet; stellt fest, dass eine Arbeitsgruppe für die nachhaltige Vergabe öffentlicher Aufträge eingerichtet wurde, die den Auftrag hat, kontinuierlich bewährte Verfahren für nachhaltige Beschaffungsmethoden zu ermitteln und sich darüber auszutauschen;	78. begrüßt, dass Anfang 2023 der Leitfaden des Parlaments für eine sozial verantwortliche Vergabe öffentlicher Aufträge vom Auftragsvergabeforum angenommen wurde, das auch den Helpdesk für die umweltgerechte Vergabe öffentlicher Aufträge in Abstimmung mit 23 anderen teilnehmenden Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union verwaltet; stellt fest, dass eine Arbeitsgruppe für die nachhaltige Vergabe öffentlicher Aufträge eingerichtet wurde, die den Auftrag hat, kontinuierlich bewährte Verfahren für nachhaltige Beschaffungsmethoden zu ermitteln und sich darüber auszutauschen; ***fordert, dass bei allen Vergabeverfahren des Parlaments Qualität und Nachhaltigkeit im Einklang mit den Leitlinien der EU für eine umweltgerechte Vergabe öffentlicher Aufträge Vorrang vor dem Preis haben und spezifische Kriterien eingeführt werden, um die Beteiligung von Start-up-Unternehmen an der Vergabe von Unteraufträgen zu fördern;***

Or. en

Änderungsantrag 150
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag

Ziffer 78 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	78a. fordert das Europäische Parlament auf, sich zu verpflichten, bis 2040 CO_2-Neutralität zu erreichen, einschließlich der Verpflichtung, die Verwendung von Einwegkunststoffartikeln in den Gebäuden des Parlaments stufenweise abzuschaffen, verbindlicher Nachhaltigkeitskriterien für die Vergabe öffentlicher Aufträge und einer Verpflichtung für alle Lieferanten, strenge Umweltstandards einzuhalten; fordert die Umsetzung einer Strategie für die umweltgerechte Vergabe öffentlicher Aufträge, mit der sichergestellt wird, dass alle Beschaffungen mit den Grundsätzen der Kreislaufwirtschaft und den Null-Abfall-Zielen im Einklang stehen;

Or. en

Änderungsantrag 151
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 78 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	78a. merkt an, dass im Jahr 2022 ein großer Anteil der verfügbaren Sitzplätze in den für den Pendelverkehr zwischen Brüssel und Straßburg anlässlich der Plenartagungen eingesetzten Fahrzeuge unbesetzt blieben; bekräftigt seine an die Verwaltung des Parlaments gerichtete Forderung, die diesbezügliche Zielgruppe zu erweitern und Bediensteten des Parlaments zu gestatten, auch ohne ein Mitglied von und nach Straßburg zu reisen, wobei sicherzustellen ist, dass Mitglieder stets einen Sitzplatz bekommen;

Or. en

Änderungsantrag 152
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 78 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	78b. fordert nachdrücklich die Annahme umweltfreundlicher verkehrspolitischer Maßnahmen, einschließlich der obligatorischen Nutzung CO_2-armer Verkehrsoptionen für offizielle Reisen und von Anreizen für Telearbeit, um den CO_2-Fußabdruck des Parlaments zu verringern; fordert das Präsidium nachdrücklich auf, nicht unbedingt notwendige Kurzstreckenflüge innerhalb der EU abzuschaffen und stattdessen auf das Reisen mit der Bahn umzustellen, wann immer das möglich ist; fordert die Veröffentlichung eines jährlichen Nachhaltigkeitsberichts, in dem der CO_2-Fußabdruck des Parlaments und die zur Verringerung der Umweltauswirkungen ergriffenen Maßnahmen dargelegt werden;

Or. en

Änderungsantrag 153
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 78 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	78c. fordert eine Nachhaltigkeitsprüfung für alle Infrastrukturprojekte, um sicherzustellen, dass künftige Gebäuderenovierungen mit

den Normen für Niedrigstenergiegebäude im Einklang stehen; betont, dass Renovierungen der Gebäude des Parlaments zur Verbesserung der Energieeffizienz erforderlich sind, um den Normen für Niedrigstenergiegebäude zu entsprechen, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf der Verringerung des Energieverbrauchs bei der Renovierung des Spaak-Gebäudes liegen sollte;

Or. en

Änderungsantrag 154
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 78 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	78d. erkennt wohlwollend an, dass das Personal, während der Tagungen in Straßburg herkömmliche Fahrräder sowie Elektrofahrräder mieten kann; nimmt die energiesparende Infrastruktur in den Gebäuden im Parlamentssitz Straßburg zur Kenntnis; stellt fest, dass die Fahrzeugflotte um emissionsfreie Hybridfahrzeuge oder Plug-in-Hybridfahrzeuge erweitert wurde; weist jedoch darauf hin, dass eine beträchtliche Zahl der Plätze in dieser Fahrzeugflotte während der Reise nach und von Straßburg unbesetzt bleibt; bedauert, dass die Charterzüge immer ausgebucht sind und sie zahlenmäßig nicht dem Bedarf entsprechen;

Or. en

Änderungsantrag 155
Julien Sanchez, Virginie Joron

Entschließungsantrag

Ziffer 79

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
79. weist erneut darauf hin, dass die Generaldirektion Übersetzung (GD TRAD) für die Bereitstellung qualitativ hochwertiger mehrsprachiger Rechtsvorschriften und anderer Sprachendienste für das Parlament, die Dienststellen des Parlaments und alle Unionsbürger auf der Grundlage des Grundsatzes der ressourceneffizienten Mehrsprachigkeit zuständig ist; ***stellt fest***, dass die GD TRAD am 31. Dezember 2023 1 161 Bedienstete beschäftigte, davon 950 Beamte, 109 Bedienstete auf Zeit, 88 Vertragsbedienstete und 14 Bedienstete einer Agentur;	79. weist erneut darauf hin, dass die Generaldirektion Übersetzung (GD TRAD) für die Bereitstellung qualitativ hochwertiger mehrsprachiger Rechtsvorschriften und anderer Sprachendienste für das Parlament, die Dienststellen des Parlaments und alle Unionsbürger auf der Grundlage des Grundsatzes der ressourceneffizienten Mehrsprachigkeit zuständig ist; ***bedauert, dass trotz der Verpflichtungen und Werte, die die Union seit ihrer Gründung eingegangen ist, Englisch zur vorherrschenden, wenn nicht sogar inoffiziell fast einzigen Arbeitssprache geworden ist, insbesondere auf Kosten von Französisch und Deutsch; dies gilt vor allem seit dem Brexit, seitdem viele englischsprachige Muttersprachler die EU-Organe verlassen haben; nimmt zur Kenntnis***, dass die GD TRAD am 31. Dezember 2023 1 161 Bedienstete beschäftigte, davon 950 Beamte, 109 Bedienstete auf Zeit, 88 Vertragsbedienstete und 14 Bedienstete einer Agentur; ***[1] Verordnung (EG) Nr. 1/1958 vom 6. Oktober 1958 zur Regelung der Sprachenfrage für die Europäische Union*** Or. fr

Änderungsantrag 156
Julien Sanchez, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 80

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
80. stellt fest, dass sich die endgültigen Mittel der GD TRAD im Jahr 2023 auf 20 242 272 EUR beliefen, was 0,8 % des Haushalts des Parlaments entspricht;	80. stellt fest, dass sich die endgültigen Mittel der GD TRAD im Jahr 2023 auf 20 242 272 EUR beliefen, was 0,8 % des Haushalts des Parlaments entspricht;

betont, dass von diesem Betrag insgesamt 20 021 717 EUR gebunden wurden; begrüßt die hohe Ausschöpfung der Mittel;	betont, dass von diesem Betrag insgesamt 20 021 717 EUR gebunden wurden; begrüßt die hohe Ausschöpfung der Mittel; ***bedauert, dass Mittel (über 100 000 EUR) für die Übersetzung von laufenden Tätigkeiten des Parlaments, die keinen direkten Bezug zur Ukraine haben, ins Ukrainische, die Sprache eines Drittlands, die keine EU-Amtssprache ist, zusätzlich zu den EU-Amtssprachen bereitgestellt werden; gleiches gilt für Übersetzungen in andere außereuropäische Sprachen;***
	Or. fr

Änderungsantrag 157
Jonas Sjöstedt, Younous Omarjee

Entschließungsantrag
Ziffer 83

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
83. stellt fest, dass die GD TRAD im Jahr 2023 343 Audioprogramme (mit insgesamt ***6 667*** Sprachfassungen) produziert hat, und stellt mit Besorgnis fest, dass diese Programme auf der Europarl-Radio-Website und der Europarl-Radio-App ***9 394*** Mal und auf kommerziellen Audioplattformen ***28 096*** Mal abgespielt wurden; nimmt zur Kenntnis, dass an der Zusammenarbeit mit den Radiosendern der Union im Jahr 2023 25 Radiosender in Finnland, Frankreich, Irland, Litauen, Luxemburg, Malta, Österreich, Schweden, der Slowakei, Slowenien und Zypern beteiligt waren; stellt fest, dass das Parlament keine Angaben zur Größe der im Rahmen dieser Zusammenarbeit gewonnen Zuhörerschaft berichtet hat; stellt fest, dass die audiobezogenen Aufgaben etwa 25 % der Arbeit der Direktion Bürgernahe Sprache der GD TRAD ausmachen; stellt fest, dass das Kernteam für Audioprogramme aus vier Toningenieuren und fünf Produzenten (alle Zeit- und Vertragsbedienstete) in	83. stellt fest, dass die GD TRAD im Jahr 2023 343 Audioprogramme (mit insgesamt ***6 667*** Sprachfassungen) produziert hat, und stellt mit Besorgnis fest, dass diese Programme auf der Europarl-Radio-Website und der Europarl-Radio-App ***9 394*** Mal und auf kommerziellen Audioplattformen ***28 096*** Mal abgespielt wurden***; fordert die Verwaltung auf, unter Berücksichtigung der Bilanz, der Kosteneffizienz und der Hörerzahlen der bestehenden Programme die Einstellung dieser Radiosendungen zu prüfen, die keine öffentliche Hörerschaft erreichen konnten***; nimmt zur Kenntnis, dass an der Zusammenarbeit mit den Radiosendern der Union im Jahr 2023 25 Radiosender in Finnland, Frankreich, Irland, Litauen, Luxemburg, Malta, Österreich, Schweden, der Slowakei, Slowenien und Zypern beteiligt waren; stellt fest, dass das Parlament keine Angaben zur Größe der im Rahmen dieser Zusammenarbeit gewonnen Zuhörerschaft berichtet hat; stellt fest, dass die

Luxemburg besteht; fordert die GD TRAD auf, die für Audioprogramme eingesetzten Ressourcen effizienter zu nutzen und sie möglicherweise für Aktivitäten mit größerer Reichweite umzuwidmen;	audiobezogenen Aufgaben etwa 25 % der Arbeit der Direktion Bürgernahe Sprache der GD TRAD ausmachen; stellt fest, dass das Kernteam für Audioprogramme aus vier Toningenieuren und fünf Produzenten (alle Zeit- und Vertragsbedienstete) in Luxemburg besteht; fordert die GD TRAD auf, die für Audioprogramme eingesetzten Ressourcen effizienter zu nutzen und sie möglicherweise für Aktivitäten mit größerer Reichweite umzuwidmen;

Or. en

Änderungsantrag 158
Julien Sanchez, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 83

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
83. stellt fest, dass die GD TRAD im Jahr 2023 343 Audioprogramme (mit insgesamt 6 667 Sprachfassungen) produziert hat, und stellt mit Besorgnis fest, dass diese Programme auf der Europarl-Radio-Website und der Europarl-Radio-App 9 394 Mal und auf kommerziellen Audioplattformen 28 096 Mal abgespielt wurden; nimmt zur Kenntnis, dass an der Zusammenarbeit mit den Radiosendern der Union im Jahr 2023 25 Radiosender in Finnland, Frankreich, Irland, Litauen, Luxemburg, Malta, Österreich, Schweden, der Slowakei, Slowenien und Zypern beteiligt waren; stellt fest, dass das Parlament keine Angaben zur Größe der im Rahmen dieser Zusammenarbeit gewonnen Zuhörerschaft berichtet hat; stellt fest, dass die audiobezogenen Aufgaben etwa 25 % der Arbeit der Direktion Bürgernahe Sprache der GD TRAD ausmachen; stellt fest, dass das Kernteam für Audioprogramme aus vier Toningenieuren und fünf Produzenten (alle Zeit- und Vertragsbedienstete) in Luxemburg besteht; fordert die GD TRAD	83. stellt fest, dass die GD TRAD im Jahr 2023 343 Audioprogramme (mit insgesamt 6 667 Sprachfassungen) produziert hat, und stellt mit Besorgnis fest, dass diese Programme auf der Europarl-Radio-Website und der Europarl-Radio-App 9 394 Mal und auf kommerziellen Audioplattformen 28 096 Mal abgespielt wurden; nimmt zur Kenntnis, dass an der Zusammenarbeit mit den Radiosendern der Union im Jahr 2023 25 Radiosender in Finnland, Frankreich, Irland, Litauen, Luxemburg, Malta, Österreich, Schweden, der Slowakei, Slowenien und Zypern beteiligt waren; stellt fest, dass das Parlament keine Angaben zur Größe der im Rahmen dieser Zusammenarbeit gewonnen Zuhörerschaft berichtet hat; stellt fest, dass die audiobezogenen Aufgaben etwa 25 % der Arbeit der Direktion Bürgernahe Sprache der GD TRAD ausmachen; stellt fest, dass das Kernteam für Audioprogramme aus vier Toningenieuren und fünf Produzenten (alle Zeit- und Vertragsbedienstete) in Luxemburg besteht; fordert die GD TRAD

auf, die für Audioprogramme eingesetzten Ressourcen effizienter zu nutzen und sie möglicherweise für Aktivitäten mit größerer Reichweite umzuwidmen;

auf, die für Audioprogramme eingesetzten Ressourcen effizienter zu nutzen und sie möglicherweise für Aktivitäten mit größerer Reichweite umzuwidmen; ***bedauert die Kosten, die trotz mangelnden Hörerinteresses verursacht werden, und fordert, dieser Verschwendung ein Ende zu setzen;***

Or. fr

Änderungsantrag 159
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 86

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
86. begrüßt, dass sich die GD TRAD mit ihren Werkzeugen der maschinellen Übersetzung bereits die Vorteile von Technologie zunutze macht und dass sie mit Blick auf ihre IT-Landschaft einen Weg hin zu künstlicher Intelligenz eingeschlagen hat und prüft, wie diese in ihre Arbeitsabläufe integriert werden kann; begrüßt, dass die GD TRAD mögliche Optionen im Hinblick auf ein Einziges digitales Workflow-Tool (Single Digital Workflow Tool) geprüft hat; hebt die Arbeit an dem Spracherkennungssystem (zur Verschriftung gesprochener Sprache) der GD TRAD hervor, wodurch die Sprachabdeckung auf alle 24 Amtssprachen der Union erweitert wurde; ***weist darauf hin, dass mithilfe des Systems mehrsprachige parlamentarische Debatten automatisch und in Echtzeit transkribiert und übersetzt werden können, und betont, dass die Innovationspartnerschaft für die Entwicklung und den Erwerb des Systems beendet ist und die Vorbereitungen für die Implementierung des Systems in die Infrastruktur des Parlaments begonnen haben;*** fordert die GD TRAD auf, zu quantifizieren, wie die Einführung solcher	86. begrüßt, dass sich die GD TRAD mit ihren Werkzeugen der maschinellen Übersetzung bereits die Vorteile von Technologie zunutze macht und dass sie mit Blick auf ihre IT-Landschaft einen Weg hin zu künstlicher Intelligenz eingeschlagen hat und prüft, wie diese in ihre Arbeitsabläufe integriert werden kann; begrüßt, dass die GD TRAD mögliche Optionen im Hinblick auf ein Einziges digitales Workflow-Tool (Single Digital Workflow Tool) geprüft hat; hebt die Arbeit an dem Spracherkennungssystem (zur Verschriftung gesprochener Sprache) der GD TRAD hervor, wodurch die Sprachabdeckung auf alle 24 Amtssprachen der Union erweitert wurde; fordert die GD TRAD auf, zu quantifizieren, wie die Einführung solcher neuen Technologien zu finanziellen Einsparungen und zu Synergien im Arbeitsablauf des Parlaments beitragen wird;

neuen Technologien zu finanziellen Einsparungen und zu Synergien im Arbeitsablauf des Parlaments beitragen wird;

Or. en

Änderungsantrag 160
Julien Sanchez, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 88 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	88 a. bedauert, dass trotz der Verpflichtungen und Werte, die die Union seit ihrer Gründung eingegangen ist, Englisch zur vorherrschenden, wenn nicht sogar inoffiziell fast einzigen Arbeitssprache geworden ist, insbesondere auf Kosten von Französisch und Deutsch; dies gilt vor allem seit dem Brexit, seit viele englischsprachige Muttersprachler die EU-Organe verlassen haben;

Or. fr

Änderungsantrag 161
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 91 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	91a. betont, dass die Mitglieder gemäß der Geschäftsordnung des Parlaments das Recht haben, in der Amtssprache ihrer Wahl zu sprechen, worin die kulturelle und sprachliche Vielfalt Europas zum Ausdruck kommt und was die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union für alle Unionsbürgerinnen und Unionsbürger nahbarer und

transparenter macht; erkennt die Arbeit der Dolmetscher an, die sichergestellt haben, dass öffentliche Debatten in alle Amtssprachen der EU möglichst umfassend verdolmetscht wurden;

Or. en

Änderungsantrag 162
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 96

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
96. empfiehlt, dass die GD FINS einen risikobasierten Ansatz für die Kontrolle und Prüfung der Mitglieder festlegt; erkennt an, dass ein ***Mindestmaß*** an Kontrolle notwendig ist, um die Einhaltung der Vorschriften sicherzustellen; begrüßt, dass die Verwaltung bei zweifelhaften Ausgaben eines Mitglieds das Recht hat, die betreffenden Mittel zu kontrollieren; betont ***jedoch, dass ein Ansatz des Generalverdachts gegenüber den Mitgliedern, bei dem die Zahl der Vorschriften ständig*** in einem ***Maße und in einer Komplexität zunimmt, dass die*** Mitglieder ***und ihre Büros Schwierigkeiten haben, sie vollständig einzuhalten, nur für die Verwaltung Rechtssicherheit schafft***; unterstreicht, dass auch für die Mitglieder und ihre Büros Rechtssicherheit gewährleistet sein muss;	96. empfiehlt, dass die GD FINS einen risikobasierten Ansatz für die Kontrolle und Prüfung der Mitglieder festlegt; erkennt an, dass ein ***hohes Maß*** an Kontrolle notwendig ist, um die Einhaltung der Vorschriften sicherzustellen; begrüßt, dass die Verwaltung bei zweifelhaften Ausgaben eines Mitglieds das Recht hat, die betreffenden Mittel zu kontrollieren; betont***, dass mit den den Mitgliedern auferlegten Vorschriften zwar zusätzliche Verwaltungsanforderungen für die Mitglieder geschaffen wurden, diese aber*** in einem ***angemessenen Verhältnis zu dem höchsten Maß an Transparenz stehen, das angesichts der Rolle der*** Mitglieder ***auf sie angewandt werden sollte, sowie auch im Hinblick auf die Stärkung der die demokratische Legitimität des Organs***; unterstreicht, dass auch für die Mitglieder und ihre Büros Rechtssicherheit ***im Hinblick auf ihre Tätigkeiten*** gewährleistet sein muss***, und fordert die Verwaltung auf, jede ihr mögliche Unterstützung zu leisten, damit die Vorschriften klar sind und angewendet werden können***;

Or. en

Änderungsantrag 163
José Cepeda, Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 96

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
96. ***empfiehlt, dass die GD FINS einen risikobasierten Ansatz für die Kontrolle und Prüfung der Mitglieder festlegt;*** erkennt an, dass ein Mindestmaß an Kontrolle notwendig ist, um die Einhaltung der Vorschriften sicherzustellen; begrüßt, dass die Verwaltung bei zweifelhaften Ausgaben eines Mitglieds das Recht hat, die betreffenden Mittel zu kontrollieren; betont jedoch, dass ein ***Ansatz des Generalverdachts gegenüber den Mitgliedern, bei dem die Zahl*** der Vorschriften ***ständig*** in einem Maße und in einer Komplexität ***zunimmt***, dass die Mitglieder und ihre Büros Schwierigkeiten haben, sie vollständig einzuhalten, ***nur*** für die Verwaltung Rechtssicherheit ***schafft***; unterstreicht, dass auch für die Mitglieder und ihre Büros Rechtssicherheit gewährleistet sein muss;	96. erkennt an, dass ein Mindestmaß an Kontrolle notwendig ist, um die Einhaltung der Vorschriften sicherzustellen; begrüßt, dass die Verwaltung bei zweifelhaften Ausgaben eines Mitglieds das Recht hat, die betreffenden Mittel zu kontrollieren; betont jedoch, dass ein ***Anstieg der Anzahl*** der Vorschriften in einem Maße und in einer Komplexität, dass die Mitglieder und ihre Büros Schwierigkeiten haben, sie vollständig einzuhalten, ***lediglich*** für die Verwaltung Rechtssicherheit ***schaffen würde***; unterstreicht, dass auch für die Mitglieder und ihre Büros Rechtssicherheit gewährleistet sein muss;

Or. en

Änderungsantrag 164
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 96

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
96. ***empfiehlt, dass die GD FINS einen risikobasierten Ansatz für die Kontrolle und Prüfung der Mitglieder festlegt;*** erkennt an, dass ein Mindestmaß an Kontrolle notwendig ist, um die Einhaltung der Vorschriften sicherzustellen; begrüßt, dass die Verwaltung bei zweifelhaften Ausgaben eines Mitglieds das Recht hat, die betreffenden Mittel zu kontrollieren;	96. erkennt an, dass ein Mindestmaß an Kontrolle notwendig ist, um die Einhaltung der Vorschriften sicherzustellen; begrüßt, dass die Verwaltung bei zweifelhaften Ausgaben eines Mitglieds das Recht hat, die betreffenden Mittel zu kontrollieren; betont jedoch, dass ein ***Anstieg der Anzahl*** der Vorschriften in einem Maße und in einer Komplexität, dass die Mitglieder und

betont jedoch, dass ein ***Ansatz des Generalverdachts gegenüber den Mitgliedern, bei dem die Zahl*** der Vorschriften ***ständig*** in einem Maße und in einer Komplexität ***zunimmt***, dass die Mitglieder und ihre Büros Schwierigkeiten haben, sie vollständig einzuhalten, ***nur*** für die Verwaltung Rechtssicherheit ***schafft***; unterstreicht, dass auch für die Mitglieder und ihre Büros Rechtssicherheit gewährleistet sein muss;	ihre Büros Schwierigkeiten haben, sie vollständig einzuhalten, ***lediglich*** für die Verwaltung Rechtssicherheit ***schaffen würde***; unterstreicht, dass auch für die Mitglieder und ihre Büros Rechtssicherheit gewährleistet sein muss;

Or. en

Änderungsantrag 165
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 97

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
97. räumt ein, dass es schwierig ist, in Luxemburg, wo 37 % der Stellen der GD FINS angesiedelt sind, Personal zu finden, und stellt fest, dass die Schwierigkeiten bei der Einstellung vor allem auf das unterschiedliche Gehaltsniveau auf dem Arbeitsmarkt und die unterschiedlichen Lebenshaltungskosten, insbesondere in Bezug auf die Wohnkosten, zurückzuführen sind; fordert die GD FINS, die GD PERS und die GD PRES auf, sich mit diesem Problem zu befassen und einen speziellen Plan auszuarbeiten, um Anreize für die Besetzung freier Stellen zu schaffen oder die Verlegung einiger dringend benötigter Bediensteter nach Brüssel zu erwägen, wo der Arbeitsmarkt bessere Bedingungen bietet;	97. räumt ein, dass es schwierig ist, in Luxemburg, wo 37 % der Stellen der GD FINS angesiedelt sind, Personal zu finden, und stellt fest, dass die Schwierigkeiten bei der Einstellung vor allem auf das unterschiedliche Gehaltsniveau auf dem Arbeitsmarkt und die unterschiedlichen Lebenshaltungskosten, insbesondere in Bezug auf die Wohnkosten, zurückzuführen sind; fordert die GD FINS, die GD PERS und die GD PRES auf, sich mit diesem Problem zu befassen und einen speziellen Plan auszuarbeiten, um Anreize für die Besetzung freier Stellen zu schaffen oder die Verlegung einiger dringend benötigter Bediensteter nach Brüssel zu erwägen, wo der Arbeitsmarkt bessere Bedingungen bietet; ***stellt fest, dass die geringe Attraktivität der Stellen des EP in Luxemburg und damit die Schwierigkeiten bei der Anwerbung qualifizierter Mitarbeiter ein systemisches Problem darstellen; fordert das Präsidium nachdrücklich auf, für dieses Problem***

nachhaltige Abhilfemaßnahmen zu prüfen und einen möglichen Beschluss über die Übertragung bestimmter Planstellen von Luxemburg nach Brüssel nicht auszuschließen;

Or. en

Änderungsantrag 166
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 97

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
97. räumt ein, dass es schwierig ist, in Luxemburg, wo 37 % der Stellen der GD FINS angesiedelt sind, Personal zu finden, und stellt fest, dass die Schwierigkeiten bei der Einstellung vor allem auf das unterschiedliche Gehaltsniveau auf dem Arbeitsmarkt und die unterschiedlichen Lebenshaltungskosten, insbesondere in Bezug auf die Wohnkosten, zurückzuführen sind; fordert die GD FINS, die GD PERS und die GD PRES auf, sich mit diesem Problem zu befassen und ***einen speziellen Plan auszuarbeiten, um Anreize für die Besetzung freier Stellen zu schaffen oder die Verlegung einiger dringend benötigter Bediensteter*** nach Brüssel zu erwägen, wo der Arbeitsmarkt bessere Bedingungen bietet;	97. räumt ein, dass es schwierig ist, in Luxemburg, wo 37 % der Stellen der GD FINS angesiedelt sind, Personal zu finden, und stellt fest, dass die Schwierigkeiten bei der Einstellung vor allem auf das unterschiedliche Gehaltsniveau auf dem Arbeitsmarkt und die unterschiedlichen Lebenshaltungskosten, insbesondere in Bezug auf die Wohnkosten, zurückzuführen sind; fordert die GD FINS, die GD PERS und die GD PRES auf, sich mit diesem Problem zu befassen und ***in diesem Sinne eine Versetzung von Bediensteten*** nach Brüssel zu erwägen, wo der Arbeitsmarkt bessere Bedingungen bietet***, oder eine solche Versetzung zu prüfen***;

Or. en

Änderungsantrag 167
José Cepeda, Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 101

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
101. begrüßt, dass die GD FINS den	101. begrüßt, dass die GD FINS den

Einsatz von SAP-Lösungen im Parlament fortgesetzt hat, und zwar im Rahmen von zwei Projekten, mit denen die Rationalisierung der Instrumente für die Verwaltung der sozialen Ansprüche der Mitglieder und die Entwicklung der Finanzberichterstattungskapazitäten des Parlaments unterstützt werden; fordert verstärkte Investitionen in die IT-Infrastruktur, insbesondere in Systeme wie SAP, um die Datenverwaltungskapazitäten zu verbessern, redundante Datenübermittlungen zu minimieren und die Datenzugänglichkeit zu verbessern; ***unterstreicht die Notwendigkeit, bei der Handhabung der finanziellen Zuwendungen der Mitglieder von einem vorwiegend risikobasierten Ansatz zu einem vertrauensbasierten Ansatz überzugehen; weist darauf hin, dass dieser Ansatz darauf abzielt, eine Kultur des gegenseitigen Respekts zu fördern und die vorherrschende Atmosphäre des Misstrauens gegenüber den Mitgliedern abzubauen, um ein produktiveres und kooperativeres Umfeld zu schaffen;***

Einsatz von SAP-Lösungen im Parlament fortgesetzt hat, und zwar im Rahmen von zwei Projekten, mit denen die Rationalisierung der Instrumente für die Verwaltung der sozialen Ansprüche der Mitglieder und die Entwicklung der Finanzberichterstattungskapazitäten des Parlaments unterstützt werden; fordert verstärkte Investitionen in die IT-Infrastruktur, insbesondere in Systeme wie SAP, um die Datenverwaltungskapazitäten zu verbessern, redundante Datenübermittlungen zu minimieren und die Datenzugänglichkeit zu verbessern;

Or. en

Änderungsantrag 168
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 101

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
101. begrüßt, dass die GD FINS den Einsatz von SAP-Lösungen im Parlament fortgesetzt hat, und zwar im Rahmen von zwei Projekten, mit denen die Rationalisierung der Instrumente für die Verwaltung der sozialen Ansprüche der Mitglieder und die Entwicklung der Finanzberichterstattungskapazitäten des Parlaments unterstützt werden; fordert verstärkte Investitionen in die IT-Infrastruktur, insbesondere in Systeme wie	101. begrüßt, dass die GD FINS den Einsatz von SAP-Lösungen im Parlament fortgesetzt hat, und zwar im Rahmen von zwei Projekten, mit denen die Rationalisierung der Instrumente für die Verwaltung der sozialen Ansprüche der Mitglieder und die Entwicklung der Finanzberichterstattungskapazitäten des Parlaments unterstützt werden; fordert verstärkte Investitionen in die IT-Infrastruktur, insbesondere in Systeme wie

SAP, um die Datenverwaltungskapazitäten zu verbessern, redundante Datenübermittlungen zu minimieren und die Datenzugänglichkeit zu verbessern; ***unterstreicht die Notwendigkeit, bei der Handhabung der finanziellen Zuwendungen der Mitglieder von einem vorwiegend risikobasierten Ansatz zu einem vertrauensbasierten Ansatz überzugehen; weist darauf hin, dass dieser Ansatz darauf abzielt, eine Kultur des gegenseitigen Respekts zu fördern und die vorherrschende Atmosphäre des Misstrauens gegenüber den Mitgliedern abzubauen, um ein produktiveres und kooperativeres Umfeld zu schaffen;***	SAP, um die Datenverwaltungskapazitäten zu verbessern, redundante Datenübermittlungen zu minimieren und die Datenzugänglichkeit zu verbessern;

Or. en

Änderungsantrag 169
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 101

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
101. begrüßt, dass die GD FINS den Einsatz von SAP-Lösungen im Parlament fortgesetzt hat, und zwar im Rahmen von zwei Projekten, mit denen die Rationalisierung der Instrumente für die Verwaltung der sozialen Ansprüche der Mitglieder und die Entwicklung der Finanzberichterstattungskapazitäten des Parlaments unterstützt werden; fordert verstärkte Investitionen in die IT-Infrastruktur, insbesondere in Systeme wie SAP, um die Datenverwaltungskapazitäten zu verbessern, redundante Datenübermittlungen zu minimieren und die Datenzugänglichkeit zu verbessern; ***unterstreicht die Notwendigkeit, bei der Handhabung der finanziellen Zuwendungen der Mitglieder von einem vorwiegend risikobasierten Ansatz zu einem vertrauensbasierten Ansatz überzugehen; weist darauf hin, dass***	101. begrüßt, dass die GD FINS den Einsatz von SAP-Lösungen im Parlament fortgesetzt hat, und zwar im Rahmen von zwei Projekten, mit denen die Rationalisierung der Instrumente für die Verwaltung der sozialen Ansprüche der Mitglieder und die Entwicklung der Finanzberichterstattungskapazitäten des Parlaments unterstützt werden; fordert verstärkte Investitionen in die IT-Infrastruktur, insbesondere in Systeme wie SAP, um die Datenverwaltungskapazitäten zu verbessern, redundante Datenübermittlungen zu minimieren und die Datenzugänglichkeit zu verbessern;

dieser Ansatz darauf abzielt, eine Kultur des gegenseitigen Respekts zu fördern und die vorherrschende Atmosphäre des Misstrauens gegenüber den Mitgliedern abzubauen, um ein produktiveres und kooperativeres Umfeld zu schaffen;

Or. en

Änderungsantrag 170
Monika Hohlmeier

Entschließungsantrag
Ziffer 104 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	104a. ersucht die GD FINS, die Integration zusätzlicher Finanzanwendungen in SAP-Systeme zu prüfen und zu unterstützen, um das Finanzmanagement zu verbessern, Prozesse zu optimieren, die Berichterstattung zu verbessern, die Einhaltung der Vorschriften sicherzustellen, Daten zu integrieren, die Skalierbarkeit zu unterstützen und den Nutzern effizientere Tools zur Verfügung zu stellen;

Or. en

Änderungsantrag 171
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 107

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
107. ***betont, dass es keinen Generalverdacht gegenüber örtlichen Assistenten geben sollte***, die gleichzeitig Mitglied einer politischen Partei sind oder sich ehrenamtlich an der politischen Entscheidungsfindung auf lokaler Ebene	107. ***weist erneut darauf hin, dass örtliche Assistenten von allen Handlungen absehen müssen, die den Interessen der von ihnen unterstützten Mitglieder und denen des Parlaments zuwiderlaufen, und dass alle externen***

beteiligen, z. B. in einem Stadtrat; ist sich ***der Tatsache*** bewusst, dass Fälle, an denen ehemalige französische Mitglieder beteiligt waren, zu großem Misstrauen gegenüber der Arbeit der örtlichen Assistenten geführt haben; betont, dass die Verfehlungen einiger nicht auf alle Assistenten zurückfallen sollten; betont, dass stichprobenartige Überprüfungen von örtlichen Assistenten und die Anforderung von Arbeitsnachweisen legitime Instrumente sind, die von der Verwaltung eingesetzt werden, um die Arbeit der örtlichen Assistenten zu überprüfen; fordert die GD FINS jedoch auf, die örtlichen Assistenten zu Beginn ihrer Tätigkeit darüber zu informieren, welche Art von Arbeitsunterlagen sie während der Überprüfungen benötigen, und ihnen rechtzeitig Leitlinien mit klaren Beispielen zur Verfügung zu stellen;

Aktivitäten, einschließlich Aktivitäten mit politischen Parteien, gemeldet werden müssen; betont, dass örtliche Assistenten, die gleichzeitig Mitglied einer politischen Partei sind oder sich ehrenamtlich an der politischen Entscheidungsfindung auf lokaler Ebene beteiligen, z. B. in einem Stadtrat***, nicht unter Generalverdacht gestellt werden sollten***; ist sich bewusst, dass Fälle, an denen ehemalige französische Mitglieder beteiligt waren, zu großem Misstrauen gegenüber der Arbeit der örtlichen Assistenten geführt haben***; bedauert, dass eine in diese Fälle verwickelte Zahlstelle weiterhin vom Parlament beauftragt wurde, obwohl sie in Betrugsfälle verwickelt war***; betont, dass die Verfehlungen einiger nicht auf alle Assistenten zurückfallen sollten; betont, dass stichprobenartige Überprüfungen von örtlichen Assistenten und die Anforderung von Arbeitsnachweisen legitime Instrumente sind, die von der Verwaltung eingesetzt werden, um die Arbeit der örtlichen Assistenten zu überprüfen; fordert die GD FINS jedoch auf, die örtlichen Assistenten zu Beginn ihrer Tätigkeit darüber zu informieren, welche Art von Arbeitsunterlagen sie während der Überprüfungen benötigen, und ihnen rechtzeitig Leitlinien mit klaren Beispielen zur Verfügung zu stellen;

Or. en

Änderungsantrag 172
Tamás Deutsch, Ondřej Knotek

Entschließungsantrag
Ziffer 107

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
107. betont, dass ***es keinen Generalverdacht gegenüber örtlichen*** Assistenten ***geben sollte***, die gleichzeitig Mitglied einer politischen Partei sind oder sich ehrenamtlich an der politischen	107. betont, dass ***örtliche*** Assistenten, die gleichzeitig Mitglied einer politischen Partei sind oder sich ehrenamtlich an der politischen Entscheidungsfindung auf lokaler Ebene beteiligen, z. B. in einem

Entscheidungsfindung auf lokaler Ebene beteiligen, z. B. in einem Stadtrat; ist sich der Tatsache bewusst, dass Fälle, an denen ehemalige ***französische*** Mitglieder beteiligt waren, zu großem Misstrauen gegenüber der Arbeit der örtlichen Assistenten geführt haben; betont, dass die Verfehlungen einiger nicht auf alle Assistenten zurückfallen sollten; betont, dass stichprobenartige Überprüfungen von örtlichen Assistenten und die Anforderung von Arbeitsnachweisen legitime Instrumente sind, die von der Verwaltung eingesetzt werden, um die Arbeit der örtlichen Assistenten zu überprüfen; fordert die GD FINS jedoch auf, die örtlichen Assistenten zu Beginn ihrer Tätigkeit darüber zu informieren, welche Art von Arbeitsunterlagen sie während der Überprüfungen benötigen, und ihnen rechtzeitig Leitlinien mit klaren Beispielen zur Verfügung zu stellen;	Stadtrat***, nicht unter Generalverdacht gestellt werden sollten***; ist sich der Tatsache bewusst, dass Fälle, an denen ehemalige Mitglieder ***des Parlaments*** beteiligt waren, zu großem Misstrauen gegenüber der Arbeit der örtlichen Assistenten geführt haben; betont, dass die Verfehlungen einiger nicht auf alle Assistenten zurückfallen sollten; betont, dass stichprobenartige Überprüfungen von örtlichen Assistenten und die Anforderung von Arbeitsnachweisen legitime Instrumente sind, die von der Verwaltung eingesetzt werden, um die Arbeit der örtlichen Assistenten zu überprüfen; fordert die GD FINS jedoch auf, die örtlichen Assistenten zu Beginn ihrer Tätigkeit darüber zu informieren, welche Art von Arbeitsunterlagen sie während der Überprüfungen benötigen, und ihnen rechtzeitig Leitlinien mit klaren Beispielen zur Verfügung zu stellen;

Or. en

Änderungsantrag 173
Gerben-Jan Gerbrandy, Vlad Vasile-Voiculescu, Michal Wiezik, Olivier Chastel, Gilles Boyer

Entschließungsantrag
Ziffer 107

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
107. betont, dass ***es keinen Generalverdacht gegenüber örtlichen*** Assistenten ***geben sollte***, die gleichzeitig Mitglied einer politischen Partei sind oder sich ehrenamtlich an der politischen Entscheidungsfindung auf lokaler Ebene beteiligen, z. B. in einem Stadtrat; ist sich der Tatsache bewusst, dass Fälle, an denen ehemalige ***französische*** Mitglieder beteiligt waren, zu großem Misstrauen gegenüber der Arbeit der örtlichen Assistenten geführt haben; betont, dass die Verfehlungen einiger nicht auf alle Assistenten zurückfallen sollten; betont,	107. betont, dass ***örtliche*** Assistenten, die gleichzeitig Mitglied einer politischen Partei sind oder sich ehrenamtlich an der politischen Entscheidungsfindung auf lokaler Ebene beteiligen, z. B. in einem Stadtrat***, nicht unter Generalverdacht gestellt werden sollten***; ist sich der Tatsache bewusst, dass Fälle, an denen ehemalige Mitglieder beteiligt waren, zu großem Misstrauen gegenüber der Arbeit der örtlichen Assistenten geführt haben; betont, dass die Verfehlungen einiger nicht auf alle Assistenten zurückfallen sollten; betont, dass stichprobenartige

dass stichprobenartige Überprüfungen von örtlichen Assistenten und die Anforderung von Arbeitsnachweisen legitime Instrumente sind, die von der Verwaltung eingesetzt werden, um die Arbeit der örtlichen Assistenten zu überprüfen; fordert die GD FINS jedoch auf, die örtlichen Assistenten zu Beginn ihrer Tätigkeit darüber zu informieren, welche Art von Arbeitsunterlagen sie während der Überprüfungen benötigen, und ihnen rechtzeitig Leitlinien mit klaren Beispielen zur Verfügung zu stellen;	Überprüfungen von örtlichen Assistenten und die Anforderung von Arbeitsnachweisen legitime Instrumente sind, die von der Verwaltung eingesetzt werden, um die Arbeit der örtlichen Assistenten zu überprüfen; fordert die GD FINS jedoch auf, die örtlichen Assistenten zu Beginn ihrer Tätigkeit darüber zu informieren, welche Art von Arbeitsunterlagen sie während der Überprüfungen benötigen, und ihnen rechtzeitig Leitlinien mit klaren Beispielen zur Verfügung zu stellen;

Or. en

Änderungsantrag 174
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 108

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
108. fordert das Parlament auf, dafür zu sorgen, dass örtliche Assistenten beim Zugang zu Informationen ***und Daten*** genauso behandelt werden wie APA; unterstreicht die Notwendigkeit, Informationsveranstaltungen für örtliche Assistenten zur Erläuterung ihrer Rechte und Pflichten anzubieten; betont, dass solche Kurse auch in anderen Sprachen als Englisch angeboten werden sollten, um den Bedürfnissen der örtlichen Assistenten gerecht zu werden; betont, dass Gleichbehandlung den Teamgeist in allen Mitgliederbüros stärkt;	108. fordert das Parlament auf, dafür zu sorgen, dass örtliche Assistenten beim Zugang zu Informationen***, Daten und Rechten*** genauso behandelt werden wie APA; unterstreicht die Notwendigkeit, Informationsveranstaltungen ***und Unterstützungsdienste*** für örtliche Assistenten zur Erläuterung ihrer Rechte und Pflichten anzubieten; betont, dass solche Kurse auch in anderen Sprachen als Englisch angeboten werden sollten, um den Bedürfnissen der örtlichen Assistenten gerecht zu werden; betont, dass Gleichbehandlung den Teamgeist in allen Mitgliederbüros stärkt;

Or. en

Änderungsantrag 175
Bert-Jan Ruissen

Entschließungsantrag
Ziffer 109 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	109a. stellt fest, dass das Parlament im Interesse einer optimalen Sicherheit am Arbeitsplatz sowohl für MdEP als auch für APA obligatorische Kurse in Bezug auf sexuelle Belästigung, Cybersicherheit und andere wichtige Themen eingeführt hat; begrüßt die Ziele und den Inhalt dieser Kurse; sieht jedoch die Tatsache, dass diese Kurse obligatorisch sind, als ineffektiv an; fordert, dass die obligatorische Teilnahme sowohl für MdEP als auch für APA überdacht wird; fordert, dass die Kurse auf freiwilliger Basis angeboten werden, um die Bereitschaft sowohl der MdEP als auch der APA zur Teilnahme an den Kursen zu erhöhen;

Or. nl

Änderungsantrag 176
José Cepeda, Sandra Gómez López, Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 110 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	110a. weist auf die Änderungen in der Geschäftsordnung des Parlaments vom 20. Dezember 2020 hin, die Fernabstimmungen ermöglichen, sowie darauf, dass Fernabstimmungen im Ausschuss derzeit nur zulässig sind, wenn die Präsidentin das Vorliegen außergewöhnlicher Umstände feststellt; wiederholt seine bei mehreren Gelegenheiten im Plenum angenommene Aufforderung an das Präsidium, es den Mitgliedern zu ermöglichen, ihr Recht auf Fernabstimmung während der Inanspruchnahme von Mutterschaftsurlaub oder Elternzeit,

während einer Langzeiterkrankung oder im Falle höherer Gewalt auszuüben, und dadurch einen Nutzen aus den großen Verwaltungsbemühungen und finanziellen Investitionen zu ziehen, die das Parlament im Hinblick auf technische Lösungen zur Ermöglichung der Fernabstimmung geleistet bzw. getätigt hat;

Or. en

Änderungsantrag 177
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 111

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
111. stellt fest, dass die GD FINS im Anschluss an den Beschluss des Präsidiums in seiner Sitzung vom 17. Oktober 2022 zur Änderung der DBAS in Bezug auf die allgemeine Kostenvergütung, die in Form eines Pauschalbetrags gezahlt wird, die notwendigen Schritte unternommen hat, um diesen Beschluss im Jahr 2023 umzusetzen; hebt hervor, dass die GD FINS 49 Verwaltungsformulare zu den finanziellen und sozialen Rechten der Mitglieder sowie andere Dokumente und Veröffentlichungen im Anschluss an die Änderung der Nummerierung der DBAS-Artikel aktualisiert hat; stellt fest, dass die GD FINS Leitlinien für die von den Mitgliedern benannten Zahlstellen ausgearbeitet hat, um sie bei der freiwilligen Offenlegung der Verwendung ihrer allgemeinen Kostenvergütungen zu unterstützen; stellt fest, dass die Arbeiten in der Bekanntmachung 29/2023 der Quästoren im Oktober erörtert wurden, und unterstreicht die Notwendigkeit, die Aspekte der Transparenz, Rechenschaftspflicht und der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung in	111. stellt fest, dass die GD FINS im Anschluss an den Beschluss des Präsidiums in seiner Sitzung vom 17. Oktober 2022 zur Änderung der DBAS in Bezug auf die allgemeine Kostenvergütung, die in Form eines Pauschalbetrags gezahlt wird, die notwendigen Schritte unternommen hat, um diesen Beschluss im Jahr 2023 umzusetzen; hebt hervor, dass die GD FINS 49 Verwaltungsformulare zu den finanziellen und sozialen Rechten der Mitglieder sowie andere Dokumente und Veröffentlichungen im Anschluss an die Änderung der Nummerierung der DBAS-Artikel aktualisiert hat; stellt fest, dass die GD FINS Leitlinien für die von den Mitgliedern benannten Zahlstellen ausgearbeitet hat, um sie bei der freiwilligen Offenlegung der Verwendung ihrer allgemeinen Kostenvergütungen zu unterstützen; stellt fest, dass die Arbeiten in der Bekanntmachung 29/2023 der Quästoren im Oktober erörtert wurden, und unterstreicht die Notwendigkeit, die Aspekte der Transparenz, Rechenschaftspflicht und der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung in

Bezug auf die Mittel, die den Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden, gebührend zu berücksichtigen sowie den Grundsatz der Freiheit und Unabhängigkeit des parlamentarischen Mandats und das Ziel, Rechtssicherheit ***zu schaffen und unnötigen Verwaltungsaufwand*** für die Mitglieder***, ihre Büros und die Dienststellen des Parlaments zu verhindern***, nicht außer Acht zu lassen;	Bezug auf die Mittel, die den Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden, gebührend zu berücksichtigen sowie den Grundsatz der Freiheit und Unabhängigkeit des parlamentarischen Mandats und das Ziel, Rechtssicherheit für die Mitglieder ***zu schaffen***, nicht außer Acht zu lassen;

Or. en

Änderungsantrag 178
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 112

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
112. betont, dass es den Mitgliedern gemäß Artikel 11 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Parlaments freisteht, ihre Nutzung der allgemeinen Kostenvergütung im Einzelnen oder nach Art der Kosten eigenständig oder mit Unterstützung eines externen Prüfers zu dokumentieren ***und*** diese Informationen ganz oder teilweise auf ihrer Seite der Website des Europäischen Parlaments veröffentlichen zu lassen; begrüßt, dass eine vereinfachte Liste der Arten von Kosten in die DBAS aufgenommen wird und dass auch eine Änderung angenommen wird, mit der klargestellt wird, dass die Mitglieder die allgemeine Kostenvergütung nutzen können, wenn andere Vergütungen ausgeschöpft sind; stellt fest, dass alle Mitglieder über die Einzelheiten dieser Vergütung informiert wurden;	112. betont, dass es den Mitgliedern gemäß Artikel 11 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Parlaments freisteht, ihre Nutzung der allgemeinen Kostenvergütung im Einzelnen oder nach Art der Kosten eigenständig oder mit Unterstützung eines externen Prüfers zu dokumentieren***, und fordert die Mitglieder auf,*** diese Informationen ganz oder teilweise auf ihrer Seite der Website des Europäischen Parlaments veröffentlichen zu lassen; begrüßt, dass eine vereinfachte Liste der Arten von Kosten in die DBAS aufgenommen wird und dass auch eine Änderung angenommen wird, mit der klargestellt wird, dass die Mitglieder die allgemeine Kostenvergütung nutzen können, wenn andere Vergütungen ausgeschöpft sind; stellt fest, dass alle Mitglieder über die Einzelheiten dieser Vergütung informiert wurden;

Or. en

Änderungsantrag 179

Jonas Sjöstedt, Damian Boeselager

Entschließungsantrag
Ziffer 112 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	112a. wiederholt seine Forderung nach einer Reform der allgemeinen Kostenvergütung, in deren Zuge die Mitglieder dazu verpflichten würden, alle Belege im Zusammenhang mit der allgemeinen Kostenvergütung aufzubewahren, jährlich eine Übersicht über die Ausgaben nach Kategorien sowie einen Bestätigungsvermerk eines unabhängigen Prüfers auf der Website des EP zu veröffentlichen und den nicht ausgegebenen Anteil der allgemeinen Kostenvergütung am Ende des Mandats zurückzugeben, und in deren Zuge eine jährliche Stichprobekontrolle von fünf Prozent der Ausgaben im Zusammenhang mit der allgemeinen Kostenvergütung der Mitglieder durch die Dienste des Parlaments eingeführt würde, wie in zahlreichen früheren Entlastungsbeschlüssen ausdrücklich gefordert und im Einklang mit dem ursprünglichen Vorschlag der vom Präsidium eingesetzten einschlägigen Arbeitsgruppe; fordert eine Verpflichtung der Mitglieder, die allgemeine Kostenvergütung extern prüfen zu lassen; fordert mehr Klarheit und Anleitung für Mitglieder, wofür die allgemeine Kostenvergütung verwendet werden kann;

Or. en

Änderungsantrag 180
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 112 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

	112b. fordert, dass eine Studie über die finanziellen Auswirkungen des Übergangs vom derzeitigen System zu dem reformierten System, wie es vom Parlament für mehr Transparenz gefordert wird, erstellt wird, wobei zusätzliche Kosten, aber auch Einsparmöglichkeiten, insbesondere durch die Rückgabe der allgemeinen Kostenvergütung am Ende des Mandats, ermittelt werden sollen;

Or. en

Änderungsantrag 181
Monika Hohlmeier

Entschließungsantrag
Ziffer 113

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
113. weist darauf hin, dass das OLAF den Auftrag hat, Fälle von Verdacht auf schwerwiegendes Fehlverhalten von Mitarbeitern und Mitgliedern der Unionsorgane, einschließlich etwaiger Verstöße gegen den Verhaltenskodex für die Mitglieder des Europäischen Parlaments, zu untersuchen; stellt fest, dass ein Verfahren eingeführt werden könnte, mit dem das Mandat des OLAF innerhalb des Europäischen Parlaments in Fällen, in denen ein begründeter Verdacht ***gegenüber einzelnen Mitgliedern*** vorliegt und in denen dies zu Zwecken der Aufklärung unbedingt erforderlich ist, im Einklang mit dem im Protokoll (Nr. ***7)*** zum Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Union festgelegten Grundsatz der Befreiungen gestärkt wird; fordert ***das Präsidium erneut*** auf, ein solches Verfahren unverzüglich einzurichten;	113. weist darauf hin, dass das OLAF den Auftrag hat, Fälle von Verdacht auf schwerwiegendes Fehlverhalten von Mitarbeitern und Mitgliedern der Unionsorgane, einschließlich etwaiger Verstöße gegen den Verhaltenskodex für die Mitglieder des Europäischen Parlaments, zu untersuchen; stellt fest, dass ein Verfahren eingeführt werden könnte, mit dem das Mandat des OLAF innerhalb des Europäischen Parlaments in Fällen, in denen ein begründeter Verdacht ***gegen einzelne Mitglieder*** vorliegt und in denen dies zu Zwecken der Aufklärung unbedingt erforderlich ist, im Einklang mit dem im Protokoll (Nr. ***7)*** zum Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Union festgelegten Grundsatz der Befreiungen gestärkt wird; fordert ***den AFCO-Ausschuss*** auf, ein solches Verfahren unverzüglich einzurichten;

Or. en

Änderungsantrag 182
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 113

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
113. weist darauf hin, dass das OLAF den Auftrag hat, Fälle von Verdacht auf schwerwiegendes Fehlverhalten von Mitarbeitern und Mitgliedern der Unionsorgane, einschließlich etwaiger Verstöße gegen den Verhaltenskodex für die Mitglieder des Europäischen Parlaments, zu untersuchen; stellt fest, dass ein Verfahren eingeführt werden könnte, mit dem das Mandat des OLAF innerhalb des Europäischen Parlaments in Fällen, in denen ein begründeter Verdacht ***gegenüber einzelnen Mitgliedern*** vorliegt und in denen dies zu Zwecken der Aufklärung unbedingt erforderlich ist, im Einklang mit dem im Protokoll (Nr. ***7)*** zum Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Union festgelegten Grundsatz der Befreiungen gestärkt wird; fordert das Präsidium erneut auf, ein solches Verfahren unverzüglich einzurichten;	113. weist darauf hin, dass das OLAF den Auftrag hat, Fälle von Verdacht auf schwerwiegendes Fehlverhalten von Mitarbeitern und Mitgliedern der Unionsorgane, einschließlich etwaiger Verstöße gegen den Verhaltenskodex für die Mitglieder des Europäischen Parlaments, zu untersuchen; stellt fest, dass ein Verfahren eingeführt werden könnte, mit dem das Mandat des OLAF innerhalb des Europäischen Parlaments in Fällen, in denen ein begründeter Verdacht ***gegen einzelne Mitglieder*** vorliegt und in denen dies zu Zwecken der Aufklärung unbedingt erforderlich ist, im Einklang mit dem im Protokoll (Nr. ***7)*** zum Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Union festgelegten Grundsatz der Befreiungen gestärkt wird***, auch durch eine Aktualisierung der praktischen Vereinbarung zwischen dem Parlament und dem Amt, die aus dem Jahr 2013 stammt***; fordert das Präsidium erneut auf, ein solches Verfahren unverzüglich einzurichten;

Or. en

Änderungsantrag 183
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion
Daniel Freund

Entschließungsantrag
Ziffer 113 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	113a. weist erneut auf die entscheidende Aufgabe hin, mit der das Ethikgremium betraut wurde, und wiederholt daher seine Forderung, dass das Gremium Untersuchungsbefugnisse erhalten sollte, um in der Lage zu sein, aus eigener Initiative Untersuchungen zu potenziellen Interessenkonflikten, Unregelmäßigkeiten bei der Lobbyarbeit und finanzielles Missmanagement durch Mitglieder einzuleiten;

Or. en

Änderungsantrag 184
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion
Daniel Freund

Entschließungsantrag
Ziffer 113 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	113b. fordert die Einführung verbindlicher Regeln zur Offenlegung der Finanzen für alle Mitglieder, leitenden Amtsträger und Berater, um sicherzustellen, dass regelmäßig über externe Einkünfte, Vermögenswerte und finanzielle Interessen informiert wird;

Or. en

Änderungsantrag 185
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion
Daniel Freund

Entschließungsantrag
Ziffer 113 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

	113c. weist darauf hin, dass eine der wichtigsten Verpflichtungen der Mitglieder des Europäischen Parlaments darin besteht, dass sie bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben keinen bezahlten Lobbytätigkeiten nachgehen dürfen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Beschlussfassungsprozess der Union stehen; bedauert, dass einige der Nebentätigkeiten seiner Mitglieder Fragen aufwerfen, ob möglicherweise gegen diese Verpflichtung verstoßen wird; fordert seine eigenen zuständigen Gremien auf, den Gegenstand dieser Vorwürfe zu untersuchen und gegebenenfalls Verstöße gegen diese Regeln zu sanktionieren; ruft dazu auf, auf das interinstitutionelle Ethikgremium der EU zurückzugreifen, um diese Angelegenheit zu untersuchen und der Öffentlichkeit zu versichern, dass das Parlament nichts zu verbergen hat;

Or. en

Änderungsantrag 186
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion
Daniel Freund

Entschließungsantrag
Ziffer 113 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	113d. stellt fest, dass im Jahr 2023 mindestens ein Mitglied des Europäischen Parlaments Reisekostenerstattungen in Höhe von 179 846,75 EUR beantragt hat; betont, dass derart außergewöhnlich hohe Beträge Fragen hinsichtlich der Einhaltung der geltenden Vorschriften sowie des potenziellen Missbrauchs der Haushaltsmittel des Parlaments aufwerfen; fordert die Verwaltung des Parlaments auf, ihre Überprüfungsmechanismen zu verbessern

und gründlichere und systematischere Kontrollen durchzuführen, um sicherzustellen, dass alle Erstattungsanträge strikt den einschlägigen Vorschriften entsprechen und die tatsächlichen, gerechtfertigten Reisekosten widerspiegeln;

Or. en

Änderungsantrag 187
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 114

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
114. hebt hervor, dass die Mitglieder dahin gehend Schutz genießen, dass sie nicht für in Ausübung ihres Amtes abgegebene Stimmen und getätigte Meinungsäußerungen haften und bei der Ausübung ihres Amtes im Parlament vor Strafverfolgung und Freiheitsbeschränkungen geschützt sind; weist darauf hin, dass das OLAF nur dann Zugang zu den Büros der Mitglieder hat, wenn die Präsidentin des Parlaments einen solchen Zugang auf Antrag einer zuständigen Behörde eines Mitgliedstaats, wobei es sich in den meisten Fällen um einen Richter handelt, gewährt; weist darauf hin, dass das OLAF die für die Mitglieder in solchen Fällen geltenden rechtsstaatlichen Standards uneingeschränkt achten muss, insbesondere das Recht auf Zugang zu Daten, das Recht auf Rechtsbeistand und den übergeordneten Grundsatz der Unschuldsvermutung; betont, dass der Rechtsausschuss (JURI) gemäß seinem Mandat in Anlage VI der Geschäftsordnung eine Schlüsselrolle bei der Auslegung und Anwendung der Vorrechte und Befreiungen der Mitglieder spielt; hebt hervor, dass der JURI-Ausschuss dafür verantwortlich ist, den	114. hebt hervor, dass die Mitglieder dahin gehend Schutz genießen, dass sie nicht für in Ausübung ihres Amtes abgegebene Stimmen und getätigte Meinungsäußerungen haften und bei der Ausübung ihres Amtes im Parlament vor Strafverfolgung und Freiheitsbeschränkungen geschützt sind; ***ist der Auffassung, dass die Immunität, die die Mitglieder genießen, zwar vor strafrechtlichen Ermittlungen schützt, jedoch nicht ausschließt, dass das OLAF gegen sie ermitteln und demnach ihre Büros durchsuchen oder IT-Geräte beschlagnahmen kann, da seine Untersuchungen administrativer Natur sind; weist in diesem Zusammenhang erneut auf den Beschluss des Parlaments vom 18. November 1999 über die internen Untersuchungen des OLAF hin, mit dem sich das Parlament verpflichtete, bei den Untersuchungen des OLAF uneingeschränkt mit dem OLAF zusammenzuarbeiten, und fordert die vollständige Umsetzung dieses Beschlusses durch das Parlament; betont, dass das OLAF noch die aktualisierten Leitlinien zu den Untersuchungsverfahren annehmen muss, um der Notwendigkeit***

rechtlichen Schutz der Rechte und Vorrechte des Parlaments sicherzustellen, die für den Schutz der Unabhängigkeit der Mitglieder bei der Ausübung ihres Amtes von wesentlicher Bedeutung sind; ***weist darauf hin, dass das OLAF diese Grenzen bei der Wahrnehmung seiner Pflichten einhalten muss, und betont, dass mutmaßliches Fehlverhalten nicht als Vorwand dafür genutzt werden kann, einen unmittelbaren Zugang zu Büroräumen zu verlangen;***	***unabhängiger Untersuchungen in Bezug auf Transparenz und Rechenschaftspflicht gemäß Artikel 17 der OLAF-Verordnung in der 2020 geänderten Fassung nachzukommen, was auch für eine Überarbeitung der praktischen Vereinbarungen erforderlich wäre, die sich ausdrücklich auf die Dienstanweisungen für Untersuchungsverfahren beziehen – die derzeit durch die Leitlinien zu den Untersuchungsverfahren ersetzt werden;*** weist darauf hin, dass das OLAF nur dann Zugang zu den Büros der Mitglieder hat, wenn die Präsidentin des Parlaments einen solchen Zugang auf Antrag einer zuständigen Behörde eines Mitgliedstaats, wobei es sich in den meisten Fällen um einen Richter handelt, gewährt; weist darauf hin, dass das OLAF die für die Mitglieder in solchen Fällen geltenden rechtsstaatlichen Standards uneingeschränkt achten muss, insbesondere das Recht auf Zugang zu Daten, das Recht auf Rechtsbeistand und den übergeordneten Grundsatz der Unschuldsvermutung***, wobei ihm jedoch in den 25 Jahren seiner Tätigkeit noch nie Zugang zu den Büros der Mitglieder gewährt wurde***; betont, dass der Rechtsausschuss (JURI) gemäß seinem Mandat in Anlage VI der Geschäftsordnung eine Schlüsselrolle bei der Auslegung und Anwendung der Vorrechte und Befreiungen der Mitglieder spielt; hebt hervor, dass der JURI-Ausschuss dafür verantwortlich ist, den rechtlichen Schutz der Rechte und Vorrechte des Parlaments sicherzustellen, die für den Schutz der Unabhängigkeit der Mitglieder bei der Ausübung ihres Amtes von wesentlicher Bedeutung sind;

Or. en

Änderungsantrag 188
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 115 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	115a. fordert das Parlament auf, eine umfassende Strategie für den digitalen Wandel zu verabschieden, die Ziele und einen Zeitplan sowie technische Lösungen für die Dokumentenverwaltung, die Abstimmung und die Kommunikation umfasst, um für Transparenz zu sorgen, die Effizienz der Arbeitsabläufe zu verbessern, die Sicherheit zu gewährleisten und den Übergang zu einer papierlosen Verwaltung zu vollziehen; betont, dass sich die Strategie für den digitalen Wandel auf Maßnahmen konzentrieren sollte, die die Nachhaltigkeit verbessern, Kosten einsparen und die Sicherheit erhöhen; fordert die Entwicklung benutzerfreundlicher digitaler Plattformen, um die elektronische Beteiligung zu verbessern, sodass die Unionsbürger Feedback zu Gesetzgebungsvorschlägen geben und in Echtzeit auf die Aktivitäten des Parlaments zugreifen können; fordert, dass sichergestellt wird, dass in der Strategie Schulungen zur digitalen Kompetenz vorgesehen werden; fordert das Parlament auf, die Einrichtung eines Digitalisierungsfonds in Betracht zu ziehen, mit dem im Rahmen der Strategie für den digitalen Wandel entwickelte Initiativen unterstützt werden sollen;

Or. en

Änderungsantrag 189
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 117 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	117a. weist erneut darauf hin, dass das Parlament im Jahr 2023 die Nutzung der Social-Media-Anwendung TikTok auf dienstlichen Geräten verboten und den Mitgliedern und Bediensteten empfohlen hat, die Anwendung aus Gründen der Cybersicherheit auch von ihren privaten Mobilgeräten zu löschen; fordert die Verwaltung des Parlaments angesichts der jüngsten Entwicklungen in der Social-Media-Landschaft auf, alle Entwicklungen genau zu beobachten und geeignete Maßnahmen zum Schutz der Mitglieder, Bediensteten und des Organs zu ergreifen;

Or. en

Änderungsantrag 190
Gerben-Jan Gerbrandy, Vlad Vasile-Voiculescu, Michal Wiezik, Olivier Chastel, Gilles Boyer

Entschließungsantrag
Ziffer 121 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	121a. ist zutiefst besorgt über die mutmaßlichen Cyberspionage-Aktivitäten, die Berichten zufolge von Elementen innerhalb der ungarischen Regierung geleitet wurden und die gegen Beamte der Europäischen Union, einschließlich Beamte des Europäischen Parlaments, gerichtet waren; unterstreicht, dass solche Handlungen, wenn sie sich als wahr erweisen sollten, einen schweren Vertrauensbruch darstellen und die Integrität der demokratischen Organe der Union grundlegend gefährden;

Or. en

Änderungsantrag 191

José Cepeda, Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 125

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
125. fordert kontinuierliche Investitionen in ***die Cybersicherheitsinfrastruktur*** sowie laufende Schulungsmaßnahmen und Ressourcen für das Personal, um eine Kultur des Sicherheitsbewusstseins zu stärken, mit der die Widerstandsfähigkeit des Parlaments gegenüber potenziellen digitalen Bedrohungen gestärkt wird;	125. ***weist auf die Bedeutung von Erwägung 14 und Artikel 6 Absatz 7 der Verordnung (EU, EURATOM) 2023/2841 hin;*** fordert kontinuierliche Investitionen in ***ausreichender Höhe in die Cybersicherheit in Richtung des längerfristigen Richtwerts in der Größenordnung von mindestens 10 % der gesamten IT-Ausgaben*** sowie laufende Schulungsmaßnahmen und Ressourcen für das Personal, um eine Kultur des Sicherheitsbewusstseins zu stärken, mit der die Widerstandsfähigkeit des Parlaments gegenüber potenziellen digitalen Bedrohungen gestärkt wird;

Or. en

Änderungsantrag 192
Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 132 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	132a. betont die Bedeutung des Krisenstabs in seiner Rolle bei der Unterstützung der offiziellen Delegationen des Europäischen Parlaments, insbesondere im aktuellen geopolitischen Kontext; fordert daher die Parlamentsverwaltung auf, dafür zu sorgen, dass diese Einheit stets mit den erforderlichen Ressourcen ausgestattet ist; ist äußerst besorgt darüber, dass der Zugang zu Sicherheitsschulungen (Hostile Environment Awareness Training – HEAT), die für Bedienstete der Verwaltung obligatorisch sind, um offizielle Delegationen des Parlaments

begleiten zu können, in der Praxis weiterhin stark auf Bedienstete der Fraktionen beschränkt ist; erinnert in diesem Zusammenhang an die Fürsorgepflicht des Parlaments gegenüber seinen Mitgliedern und Bediensteten;

Or. en

Änderungsantrag 193
Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 132 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	132a. weist darauf hin, dass der Haushaltskontrollausschuss sicherstellen soll, dass die finanziellen Interessen der Union durch Transparenz, Rechenschaftspflicht und eine effiziente Verwaltung von EU-Mitteln geschützt werden, wobei er zudem hohe Standards in Bezug auf Ethik und Rechenschaft in der EU-Verwaltung aufrechterhalten, ein transparentes und rechenschaftspflichtiges Finanzsystem der EU schaffen und so das Vertrauen der Öffentlichkeit stärken soll;

Or. en

Änderungsantrag 194
Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 132 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	132b. ist der Ansicht, dass sowohl das Europäische Parlament als auch sein Haushaltskontrollausschuss ihre Aufgaben und ihr Mandat in

schwerwiegender Weise nicht erfüllt haben, weshalb in Reaktion auf die Ermittlungen eine gründliche institutionelle Selbstreflexion sowie ein Überdenken ihrer Arbeitsmethoden erforderlich sind;

Or. en

Änderungsantrag 195
Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 132 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	132c. ist der Ansicht, dass das Betrugsbekämpfungssystem des Parlaments, einschließlich des Haushaltskontrollausschusses, davon profitieren würde, wenn ein externes Gremium oder eine externe Sachverständigengruppe Analysen und Beratung dazu bereitstellen würde, wie seine Arbeitsabläufe geändert und die Themen und Angelegenheiten, denen Vorrang eingeräumt wird, überdacht werden können;

Or. en

Änderungsantrag 196
Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 132 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	132d. ist der festen Überzeugung, dass durch Erteilung der Entlastung des Europäischen Parlaments für das Haushaltsjahr 2023 eine falsche Botschaft an die anderen Organe und an die Bürger der Europäischen Union

gesendet würde, da noch ein offener Fall aussteht und eine laufende Untersuchung noch nicht abgeschlossen ist;

Or. en

Änderungsantrag 197
Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 132 e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	132e. weist erneut darauf hin, dass der Ausschuss dasselbe Verfahren anwenden sollte, das er gegenüber allen anderen EU-Organen in einer ähnlichen Situation anwenden würde, und hebt hervor, dass das Entlastungsverfahren den Organen eine Gelegenheit bietet, über vergangene Entwicklungen und gewonnene Erkenntnisse nachzudenken und sowohl bewährte Verfahren als auch Schwachstellen zu ermitteln, die es zwecks weiterer Verbesserung des Finanzmanagements der EU und künftiger besserer Ergebnisse bei der Ausführung des EU-Haushalts anzugehen gilt;

Or. en

Änderungsantrag 198
Tamás Deutsch, Julien Sanchez, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 132 f (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	132f. empfiehlt, ein externes Gremium oder eine externe Sachverständigengruppe einzubeziehen, um zu bewerten, ob die vom Parlament im Jahr 2023 verabschiedeten Maßnahmen

ausreichend waren, um Korruptionsfälle und Fehlverhalten großen Ausmaßes sowie Interessenkonflikte zu vermeiden, und festzustellen, ob dem Europäischen Parlament Entlastung für das Jahr 2023 erteilt werden kann;

Or. en

Änderungsantrag 199
Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 132 g (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	132g. ist der Ansicht, dass ein besserer Schutz der finanziellen Interessen der Union und eine wirksamere Betrugsbekämpfung nur möglich sind, wenn aus den tatsächlichen Fällen Konsequenzen und Lehren gezogen werden, und dass dies eine gute Gelegenheit für das Europäische Parlament und seinen Haushaltskontrollausschuss darstellt, neue Möglichkeiten zu erschließen, ihrem Mandat gerecht zu werden, hohe Standards in Bezug auf Ethik und Rechenschaft in der EU-Verwaltung aufrechterhalten und erneut das Vertrauen der Öffentlichkeit zu gewinnen;

Or. en

Änderungsantrag 200
Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 132 h (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	132h. fordert das Organ auf, zu prüfen,

wie andere Unionsorgane mit ähnlichen Fällen von Fehlverhalten und Betrug umgehen, und ist der Ansicht, dass die anderen Organe dem Europäischen Parlament und seinem Haushaltskontrollausschuss auf der Grundlage ihrer eigenen institutionellen Erfahrung und der aus ihren Fällen in der Vergangenheit gezogenen Lehren Empfehlungen für neue Wege für das Vorgehen gegen Fehlverhalten und Missbrauch von Unionsmitteln geben könnten, und ist der Ansicht, dass das Parlament von einer neuen Perspektive in dieser Angelegenheit und von Beiträgen der Organe profitieren könnte;

Or. en

Änderungsantrag 201
Tamás Deutsch, Ondřej Knotek

Entschließungsantrag
Ziffer 132 i (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	132i. weist auf den Vertrag über die Europäische Union hin, wonach das Ziel der EU und ihrer Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen darin besteht, den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern, den Frieden zu erhalten, Konflikte zu verhüten und die internationale Sicherheit zu stärken;

Or. en

Änderungsantrag 202
Tamás Deutsch, Julien Sanchez, Virginie Joron, Ondřej Knotek

Entschließungsantrag
Ziffer 132 j (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

132j. fordert das Organ auf, sich unter Einsatz all seiner verfügbaren Maßnahmen und Mittel uneingeschränkt dafür einzusetzen und seine Bemühungen vollständig darauf zu richten, für den Frieden einzutreten und den Krieg in der Ukraine so bald wie möglich zu beenden sowie den Frieden zu erhalten und die Sicherheit in Europa zu stärken;

Or. en

Änderungsantrag 203
Tamás Deutsch, Ondřej Knotek

Entschließungsantrag
Ziffer 132 k (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	132k. weist auf den Vertrag über die Europäische Union hin, wonach die Union, ihre Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen die Gleichheit der Mitgliedstaaten vor den Verträgen und ihre jeweilige nationale Identität zu achten haben, die in ihren grundlegenden politischen und verfassungsmäßigen Strukturen einschließlich der regionalen und lokalen Selbstverwaltung zum Ausdruck kommt;

Or. en

Änderungsantrag 204
Tamás Deutsch, Ondřej Knotek

Entschließungsantrag
Ziffer 132 l (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	132l. fordert das Organ auf, stets die Gleichheit der Mitgliedstaaten und ihre jeweilige Souveränität sowie nationale Identität, die in ihren grundlegenden

politischen und verfassungsmäßigen Strukturen einschließlich der regionalen und lokalen Selbstverwaltung zum Ausdruck kommt, zu achten und alle Mitgliedstaaten gleichzubehandeln;

Or. en

Änderungsantrag 205
Monika Hohlmeier

Entschließungsantrag
Ziffer 133

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
133. stellt fest, dass die GD PERS im Jahr 2023 eine entscheidende Rolle bei der erfolgreichen Umsetzung wesentlicher Verbesserungen bei der Personalpolitik gespielt hat, insbesondere durch die Ausarbeitung der Vorschläge an das Präsidium ***zur*** Einrichtung einer Mediationsstelle im Parlament, neue interne Vorschriften über die Meldung von Missständen und Änderungen der Vorschriften für den Beratenden Ausschuss für Beschwerden über Mitglieder wegen Belästigung;	133. stellt fest, dass die GD PERS im Jahr 2023 eine entscheidende Rolle bei der erfolgreichen Umsetzung wesentlicher Verbesserungen bei der Personalpolitik gespielt hat, insbesondere durch die Ausarbeitung der Vorschläge an das Präsidium ***für die*** Einrichtung einer Mediationsstelle im Parlament, ***für*** neue interne Vorschriften über die Meldung von Missständen und ***für*** Änderungen der Vorschriften für den Beratenden Ausschuss für Beschwerden über Mitglieder wegen Belästigung; ***bedauert, dass einige Fraktionen in der Vergangenheit bei der Meldung von Beschwerden mit zweierlei Maß gemessen haben, und fordert alle Fraktionen auf, Fälle von Belästigung den zuständigen internen Gremien und Strukturen des Europäischen Parlaments zu melden und dabei sicherzustellen, dass alle an einer Beschwerde Beteiligten ein Verfahren erhalten, das rechtsstaatlichen Normen genügt;***

Or. en

Änderungsantrag 206
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 133

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
133. stellt fest, dass die GD PERS im Jahr 2023 eine entscheidende Rolle bei der erfolgreichen Umsetzung ***wesentlicher*** Verbesserungen bei der Personalpolitik gespielt hat, insbesondere durch die Ausarbeitung der Vorschläge an das Präsidium zur Einrichtung einer Mediationsstelle im Parlament, neue interne Vorschriften über die Meldung von Missständen und Änderungen der Vorschriften für den Beratenden Ausschuss für Beschwerden über Mitglieder wegen Belästigung;	133. stellt fest, dass die GD PERS im Jahr 2023 eine entscheidende Rolle bei der erfolgreichen Umsetzung ***von Maßnahmen für wesentliche*** Verbesserungen bei der Personalpolitik gespielt hat, insbesondere durch die Ausarbeitung der Vorschläge an das Präsidium zur Einrichtung einer Mediationsstelle im Parlament, neue interne Vorschriften über die Meldung von Missständen und Änderungen der Vorschriften für den Beratenden Ausschuss für Beschwerden über Mitglieder wegen Belästigung;

Or. en

Änderungsantrag 207
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 133 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	133a. stellt fest, dass der Europäische Gerichtshof am 11. September 2024 entschieden hat, dass der bestehende Rahmen des Europäischen Parlaments Hinweisgebern keinen ausgewogenen und wirksamen Schutz vor Vergeltungsmaßnahmen bietet; fordert das Parlament auf, dringend für die ordnungsgemäße Umsetzung der Richtlinie über den Schutz von Hinweisgebern zu sorgen und die erforderlichen Vorschriften zum Schutz von Hinweisgebern innerhalb seiner eigenen Organe zu erlassen;

Or. en

Änderungsantrag 208
Jonas Sjöstedt, Younous Omarjee

Entschließungsantrag
Ziffer 134 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	134a. begrüßt, dass mit der neuen Wahlperiode im Jahr 2024 die Pflicht für Mitglieder und APA eingeführt wurde, an Schulungen zur Bekämpfung von Belästigung teilzunehmen; fordert, dass der gleiche verpflichtende Charakter auch für Bedienstete gilt, insbesondere in Führungspositionen;

Or. en

Änderungsantrag 209
Rudi Kennes

Entschließungsantrag
Ziffer 136 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	136a. betont, dass die offiziellen Ruhegehälter, die das Parlament an ehemalige Mitglieder zahlt, insgesamt großzügig sind, und ist daher der Ansicht, dass die finanziellen Schwierigkeiten des freiwilligen Pensionsfonds nicht durch öffentliche Gelder hätten gedeckt werden dürfen; schlägt vor, den Fonds aufzulösen und den teilnehmenden (ehemaligen) Mitgliedern die von ihnen selbst gezahlten Beiträge zurückzuerstatten;

Or. en

Änderungsantrag 210
Julien Sanchez, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag

Ziffer 139

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
139. stellt fest, dass der Beschluss des Präsidiums vom 12. Juni 2023[4]von einer Reihe von Begünstigten einer freiwilligen Altersversorgung angefochten wurde und dass sie ***beim Europäischen Gerichtshof eine Beschwerde*** eingereicht haben; ersucht die Verwaltung und das Präsidium, sich erst nach der ***rechtlichen Prüfung durch den*** EuGH erneut mit der Angelegenheit zu befassen, um die mögliche Zukunft des FPF auszuloten;	139. stellt fest, dass der Beschluss des Präsidiums vom 12. Juni 2023[4] von einer Reihe von Begünstigten einer freiwilligen Altersversorgung angefochten wurde und dass sie ***eine Nichtigkeitsklage vor dem Gericht der Europäischen Union*** eingereicht haben; ersucht die Verwaltung und das Präsidium, sich erst nach der ***Entscheidung des*** EuGH erneut mit der Angelegenheit zu befassen, um die mögliche Zukunft des FPF auszuloten;
[4] Beschluss des Präsidiums des Europäischen Parlaments vom 12. Juni 2023 zur Änderung der Durchführungsbestimmungen zum Statut der Mitglieder des Europäischen Parlaments (ABl. C 227 vom 29.6.2011, S. 5).	[4] Beschluss des Präsidiums des Europäischen Parlaments vom 12. Juni 2023 zur Änderung der Durchführungsbestimmungen zum Statut der Mitglieder des Europäischen Parlaments (ABl. C 227 vom 29.6.2011, S. 5).

Or. fr

Änderungsantrag 211
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion
Daniel Freund

Entschließungsantrag
Ziffer 139

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
139. stellt fest, dass der Beschluss des Präsidiums vom 12. Juni 2023[4]von einer Reihe von Begünstigten ***einer*** freiwilligen ***Altersversorgung*** angefochten wurde und dass sie beim Europäischen Gerichtshof eine Beschwerde eingereicht haben; ersucht die Verwaltung und das Präsidium, sich erst nach der rechtlichen Prüfung durch den EuGH erneut mit der Angelegenheit zu befassen, um die mögliche Zukunft des ***FPF*** auszuloten;	139. stellt fest, dass der Beschluss des Präsidiums vom 12. Juni 2023[4] von einer Reihe von Begünstigten ***des*** freiwilligen ***Altersversorgungssystems*** angefochten wurde und dass sie beim Europäischen Gerichtshof eine Beschwerde eingereicht haben; ersucht die Verwaltung und das Präsidium, sich erst nach der rechtlichen Prüfung durch den EuGH erneut mit der Angelegenheit zu befassen, um die mögliche Zukunft des ***freiwilligen***

	Pensionsfonds auszuloten; ***fordert die Verwaltung und das Präsidium auf, sicherzustellen, dass keine Steuergelder für eine künftige Rettungsaktion verwendet werden;***
[4] Beschluss des Präsidiums des Europäischen Parlaments vom 12. Juni 2023 zur Änderung der Durchführungsbestimmungen zum Statut der Mitglieder des Europäischen Parlaments (ABl. C 227 vom 29.6.2011, S. ***5)***.	[4] Beschluss des Präsidiums des Europäischen Parlaments vom 12. Juni 2023 zur Änderung der Durchführungsbestimmungen zum Statut der Mitglieder des Europäischen Parlaments (ABl. C 227 vom 29.6.2011, S. ***5)***.
	Or. en

Änderungsantrag 212
Jonas Sjöstedt

Entschließungsantrag
Ziffer 139 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	139a. begrüßt alle Bemühungen, das Defizit des Fonds zu reduzieren, insbesondere seit 2023, weist jedoch darauf hin, dass es letztendlich zur Erschöpfung kommen wird; fordert das Parlament auf, dafür zu sorgen, dass keine öffentlichen Gelder zur Deckung des Fonds verwendet werden, und fragt sich, ob nach einem möglichen positiven Urteil des Gerichtshofs ein neuer Beschluss des Präsidiums zur Überprüfung seines eigenen Beschlusses vom 1. April 2009 über die finanzielle Haftung des Parlaments dafür ein möglicher Weg wäre, um sicherzustellen, dass keine Steuergelder für eine künftige Rettungsaktion verwendet werden;
	Or. en

Änderungsantrag 213

Giuseppe Lupo

Entschließungsantrag
Ziffer 144

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
144. betont, wie wichtig es ist, die Vorschriften und Verfahren im Rahmen des GKFS und des PMO zu vereinfachen, um ***den Verwaltungsaufwand für die Mitglieder, ehemaligen Mitglieder und Bediensteten zu verringern und sicherzustellen,*** dass die ***Prozesse benutzerfreundlich, klar und effizient sind***; fordert, dass Anstrengungen unternommen werden, um eine unnötige Überregulierung von Verfahren zu vermeiden, die zu einer erhöhten Komplexität ohne eindeutige Vorteile führen könnte; betont, dass die Kosteneffizienz und die operative Effizienz verbessert werden müssen und gleichzeitig hohe Dienstleistungs- und Versorgungsstandards für alle Begünstigten aufrechterhalten werden müssen;	144. betont, wie wichtig es ist, die Vorschriften und Verfahren im Rahmen des GKFS und des PMO zu vereinfachen, um ***sicherzustellen, dass die Prozesse benutzerfreundlich, klar und effizient sind, ohne*** dass die ***Effizienz des Dienstes beeinträchtigt wird***; fordert, dass Anstrengungen unternommen werden, um eine unnötige Überregulierung von Verfahren zu vermeiden, die zu einer erhöhten Komplexität ohne eindeutige Vorteile führen könnte; betont, dass die Kosteneffizienz und die operative Effizienz verbessert werden müssen und gleichzeitig hohe Dienstleistungs- und Versorgungsstandards für alle Begünstigten aufrechterhalten werden müssen;

Or. en

Änderungsantrag 214
Julien Sanchez, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 153

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
153. betont, dass die Wahrung der demokratischen Integrität und die Schaffung eines fairen Umfelds für europäische politische Parteien und europäische politische Stiftungen für das wirksame Funktionieren und die Glaubwürdigkeit der EU von entscheidender Bedeutung sind; stellt fest, dass die Behörde für europäische politische Parteien und europäische politische	153. betont, dass die Wahrung der demokratischen Integrität und die Schaffung eines fairen Umfelds für europäische politische Parteien und europäische politische Stiftungen für das wirksame Funktionieren und die Glaubwürdigkeit der EU von entscheidender Bedeutung sind; ***ist daher besorgt darüber, dass einige europäische politische Parteien (hauptsächlich***

Stiftungen (im Folgenden „Behörde“), eine unabhängige Einrichtung der EU, seit ihrer Einrichtung am 1. September 2016 und seit dem 1. Januar 2017, als sie ihren vollen operativen Status erlangt hat, aktiv an diesen Bemühungen beteiligt ist; weist darauf hin, dass die Behörde vom EU-Gesetzgeber beauftragt wurde, die Einhaltung der Vorschriften zu registrieren, zu überwachen und erforderlichenfalls Sanktionen gegen europäische politische Parteien und europäische politische Stiftungen zu verhängen;

Spenden an ALDE von Janssen Pharmaceutica, Microsoft usw.) und europäische politische Stiftungen (Spenden an das Wilfried Martens Centre for European Studies unter anderem von Facebook, Janssen, Apple, Google und Uber, von der Open Society von George Soros für die Foundation for European Progressive Studies und die Green European Foundation, von Google für das European Liberal Forum usw.) teilweise von großen Konzernen – insbesondere aus den USA – aus der IT-, Pharma- und anderen Branchen[1] finanziert werden, was als Lobbyarbeit angesehen werden kann und auf eine Einflussnahme auf den Gesetzgebungsprozess hindeutet; warnt daher vor möglichen Interessenkonflikten, die sich aus diesen , die sich aus dieser legalen, wenn auch ethisch fragwürdigen Konstellationen ergeben könnten, insbesondere wenn MdEP dieser Fraktionen Berichterstatter für Dossiers in diesen Bereichen sind; bringt seine tiefe Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass dies den Verdacht auf Einflussnahme aus dem Ausland erregen könnte; stellt fest, dass die Behörde für europäische politische Parteien und europäische politische Stiftungen (im Folgenden „Behörde“), eine unabhängige Einrichtung der EU, seit ihrer Einrichtung am 1. September 2016 und seit dem 1. Januar 2017, als sie ihren vollen operativen Status erlangt hat, aktiv an diesen Bemühungen beteiligt ist; weist darauf hin, dass die Behörde vom EU-Gesetzgeber beauftragt wurde, die Einhaltung der Vorschriften zu registrieren, zu überwachen und erforderlichenfalls Sanktionen gegen europäische politische Parteien und europäische politische Stiftungen zu verhängen;

[1]https://www.appf.europa.eu/cmsdata/291910/2023%20PARTIES%20Contributions%20and%20Donations.pdf und https://www.appf.europa.eu/cmsdata/291550/2023%20FOUNDATIONS%20Contrib

utions%20and%20Donations.pdf

Or. fr

Änderungsantrag 215
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 153

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
153. betont, dass die Wahrung der demokratischen Integrität und die Schaffung eines fairen Umfelds für ***europäische politische*** Parteien und ***europäische politische*** Stiftungen für das wirksame Funktionieren und die Glaubwürdigkeit der EU von entscheidender Bedeutung sind; stellt fest, dass die Behörde für europäische politische Parteien und europäische politische Stiftungen (im Folgenden „Behörde“), eine unabhängige Einrichtung der EU, seit ihrer Einrichtung am 1. September 2016 und seit dem 1. Januar 2017, als sie ihren vollen operativen Status ***erlangt hat***, aktiv an diesen Bemühungen beteiligt ist; weist darauf hin, dass die Behörde vom EU-Gesetzgeber beauftragt wurde, die Einhaltung der Vorschriften zu registrieren, zu überwachen und erforderlichenfalls Sanktionen gegen europäische politische Parteien und europäische politische Stiftungen zu verhängen;	153. betont, dass die Wahrung der demokratischen Integrität und ***des politischen Pluralismus sowie*** die Schaffung eines fairen Umfelds für ***die europäischen politischen*** Parteien und ***europäischen politischen*** Stiftungen für das wirksame Funktionieren und die Glaubwürdigkeit der EU von entscheidender Bedeutung sind; stellt fest, dass die Behörde für europäische politische Parteien und europäische politische Stiftungen (im Folgenden „Behörde“), eine unabhängige Einrichtung der EU, seit ihrer Einrichtung am 1. September 2016 und seit dem 1. Januar 2017, als sie ihren vollen operativen Status ***erlangte***, aktiv an diesen Bemühungen beteiligt ist; weist darauf hin, dass die Behörde vom EU-Gesetzgeber beauftragt wurde, die Einhaltung der Vorschriften zu registrieren, zu überwachen und erforderlichenfalls Sanktionen gegen europäische politische Parteien und europäische politische Stiftungen zu verhängen;

Or. en

Änderungsantrag 216
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 157

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
157. stellt fest, dass die Behörde den europäischen politischen Parteien und europäischen politischen Stiftungen in fünf Fällen die Möglichkeit eingeräumt hat, Korrekturmaßnahmen in Bezug auf Angelegenheiten zu ergreifen, die gemäß der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1141/2014[6]überprüft werden müssen; stellt fest, dass es sich dabei um Fälle im Zusammenhang mit Berichtspflichten, Antworten auf Auskunftsersuchen der Behörde und der Bereitstellung von Unterlagen handelte; stellt fest, dass nach Angaben der Behörde die frühzeitige Prüfung darauf hindeutet, dass die betroffenen europäischen politischen Parteien und europäischen politischen Stiftungen in all diesen Fällen mit einer Ausnahme die entsprechenden Abhilfemaßnahmen umgesetzt haben; begrüßt, dass die Behörde weiterhin darauf achtet, dass mit Abhilfemaßnahmen mit langfristiger Wirkung die dauerhafte Einhaltung der Vorschriften in den betreffenden Bereichen sichergestellt wird; stellt fest, dass die Behörde im Laufe des Jahres 2023 einen Sanktionsbeschluss erlassen hat, der derzeit Gegenstand eines Gerichtsverfahrens ist;	157. stellt fest, dass die Behörde den europäischen politischen Parteien und europäischen politischen Stiftungen in fünf Fällen die Möglichkeit eingeräumt hat, Korrekturmaßnahmen in Bezug auf Angelegenheiten zu ergreifen, die gemäß der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1141/2014[6] überprüft werden müssen; stellt fest, dass es sich dabei um Fälle im Zusammenhang mit Berichtspflichten, Antworten auf Auskunftsersuchen der Behörde und der Bereitstellung von Unterlagen handelte; stellt fest, dass nach Angaben der Behörde die frühzeitige Prüfung darauf hindeutet, dass die betroffenen europäischen politischen Parteien und europäischen politischen Stiftungen in all diesen Fällen mit einer Ausnahme die entsprechenden Abhilfemaßnahmen umgesetzt haben; begrüßt, dass die Behörde weiterhin darauf achtet, dass mit Abhilfemaßnahmen mit langfristiger Wirkung die dauerhafte Einhaltung der Vorschriften in den betreffenden Bereichen sichergestellt wird; stellt fest, dass die Behörde im Laufe des Jahres 2023 einen Sanktionsbeschluss erlassen hat, der derzeit Gegenstand eines Gerichtsverfahrens ist; ***bedauert, dass die Behörde über begrenzte Befugnisse für die Umsetzung derartiger Sanktionen verfügt;***
[6] Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1141/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 über das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen (ABl. L 317 vom 4.11.2014, S. 1, ELI:***). https://eur-lex.europa.eu/eli/reg/2014/1141/oj?eliuri=eli%3Areg%3A2014%3A1141%3Aoj&locale=de)***.	[6] Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1141/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 über das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen (ABl. L 317 vom 4.11.2014, S. 1, ELI: ***http://data.europa.eu/eli/reg/2014/1141/oj)***.

Or. en

Änderungsantrag 217
Julien Sanchez, Virginie Joron, Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 160

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
160. stellt fest, dass gemäß Artikel 10a der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1141/2014 die Verhinderung von Bedrohungen durch Einflussnahme aus dem Ausland auf die Demokratie in der Europäischen Union eine zentrale Aufgabe der Behörde im Vorfeld der Wahl zum Europäischen Parlament 2024 ist, und zwar in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen nationalen Behörden, wie gesetzlich vorgeschrieben; nimmt die diesbezüglichen Tätigkeiten der Behörde zur Kenntnis, die in ihrem jährlichen Tätigkeitsbericht ausführlich dargelegt werden;	160. stellt fest, dass gemäß Artikel 10a der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1141/2014 die Verhinderung von Bedrohungen durch Einflussnahme aus dem Ausland auf die Demokratie in der Europäischen Union eine zentrale Aufgabe der Behörde im Vorfeld der Wahl zum Europäischen Parlament 2024 ist, und zwar in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen nationalen Behörden, wie gesetzlich vorgeschrieben; nimmt die diesbezüglichen Tätigkeiten der Behörde zur Kenntnis, die in ihrem jährlichen Tätigkeitsbericht ausführlich dargelegt werden; ***bedauert jedoch, dass dies im Nachhinein geschieht, obwohl viele europäische politische Parteien und Stiftungen von außereuropäischen Privatunternehmen finanziert werden, wodurch de facto die Gefahr einer direkten und sichtbaren Einflussnahme besteht;***

Or. fr